



PRVÁ STAVEBNÁ SPORITELŇA

Výročná správa Geschäftsbericht 2010

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	5
Unternehmensprofil	7
Unternehmensgrundsätze	13
Unternehmensführung	19
Tätigkeitsbericht.....	33
Mit den Menschen und für die Menschen	51
Bilanz.....	61
Berichte	127
Résumé.....	I – IX

Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. auf einen Blick

	2010	2009	2008	2007	2006
1. Vorgelegtes Neugeschäft					
1.1. Anzahl	201 223	211 616	165 862	169 801	155 493
1.2. Bausparvolumen in Mio. EUR	1 740	1 935	1 867	1 668	1 594
2. Zuteilungen					
2.1. Anzahl	21 152	17 630	21 693	17 020	10 724
2.2. Bausparvolumen in Mio. EUR	258	223	248	190	115
3. Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und ÚmfSS PO¹					
3.1. Anzahl der Darlehen	24 398	16 492	35 029	37 070	38 535
3.2. genehmigte Bauspardarlehen in Mio. EUR*	428	255	405	392	385
4. Widmungsgemäss verwendete Bausparguthaben in Mio. EUR*	57	72	101	107	92
5. Finanzierungsvolumen für Wohnbau gesamt in Mio. EUR²	485	326	506	499	477
6. Vertragsbestand					
6.1. Anzahl	907 768	913 370	928 018	956 958	982 765
6.2. Bausparsumme in Mio. EUR	11 711	11 395	11 071	10 696	10 617
6.3. Bauspareinlagenbestand in Mio. EUR	1 792	1 667	1 615	1 458	1 351
7. Bilanzsumme in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	2 125	2 000	1 949	1 808	1 669
8. Forderungen aus Darlehen (Brutto) in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	1 797	1 724	1 704	1 556	1 381
9. Eigenkapital in Mio. EUR³ (ab 2005 laut IFRS)	253	253	254	261	265
10. Gewinn nach Steuern in Mio. EUR (ab 2005 laut IFRS)	29	28	23	27	31
11. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bilanzsumme in %	84,58	86,21	87,41	86,03	82,75
12. Bauspareinlagenbestand / Bilanzsumme in %	84,35	83,38	82,85	80,61	80,97
13. Eigenkapital / Bilanzsumme in %	11,91	12,65	13,03	14,41	15,88
14. Forderungen aus Darlehen (Brutto) / Bauspareinlagenbestand in %	100,28	103,39	105,50	106,72	102,21
15. Wertverlustige Forderungen aus Darlehen / Forderungen aus Darlehen (Brutto) in % zum 31. Dezember	4,61	4,42	3,45	3,03	3,09
16. Rentabilität des Eigenkapitals (ROE)³ in %	18,42	17,45	13,66	16,20	19,67
17. Rentabilität der Aktiva (ROA) in %	1,42	1,42	1,21	1,57	1,97
18. Angemessenheit der Eigenmittel (Kapitaladäquanz) in %	15,71	16,95	17,71	19,38	20,00
19. Anzahl der Mitarbeiter	387	392	392	393	390

¹Darlehen für juristische Personen aus ausserkollektiven Mitteln

²Summe der Zeilen die mit dem Sternchen (*) gekennzeichnet sind.

³Summe von Grundkapital, Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag, Gewinn nach Steuern und Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

PSS in 2010 - Übersicht der Ereignisse

Januar

- Im Nationalen Tenniszentrum in Bratislava fand ein Treffen der Angestellten der PSS und der Mitarbeiter des Vertriebsnetzes aus der ganzen Slowakei statt, bei dem die Vertriebsergebnisse des Jahres 2009 festlich ausgewertet und die Produktinnovationen zu Beginn des laufenden Jahres präsentiert wurden.

- Der Vorstand der PSS traf sich mit den Mitarbeitern der Zentrale der PSS und informierte sie über die Erfüllung des Geschäftsplans für das Vorjahr sowie über die Ziele des laufenden Jahres 2010.

- Die PSS schloss sich dem Beihilfeprogramm für die Bürger an, die wegen der Wirtschaftskrise die Fähigkeit verloren haben, die Darlehen zurückzuzahlen.

Februar

- Pressekonferenz der PSS über die Bilanzierung des Jahres 2009 und die wichtigsten Vorhaben für 2010

- „Extra Euros“ – neues Angebot für Bausparer – natürliche Personen

- Treuebonus – interessantes Angebot für langjährige Kunden – natürliche Personen, das ihnen ermöglichte, den Sparertrag zu erhöhen

- diverse Änderungen zur Verbesserung der Bedingungen für die Darlehenszuteilung

- Anpassung der Ermittlung des realen Veräußerungspreises der verpfändeten Immobilie und Einführung der Kategorie „ausgewählte vertragliche Sachverständige der PSS“

- Änderungen im Provisionssystem zur Erhöhung der Qualität der abzuschließenden Bausparverträge

- Ausrufung des Wettbewerbs Darlehen 2010 für die Handelsvertreter der PSS (dauerte bis zum 31. Juli 2010)

- Start der zweimonatigen Werbekampagne, die den Kunden extra Euros anbot

März

- Auswertung des Wettbewerbs Ocenenie za príkladnú obnovu (Honorierung einer vorbildhaften Wiederherstellung), der zusammen mit der PSS realisiert wurde

- Auswertung des Wettbewerbs Najlepšie obnovený bytový dom roka (Am besten renoviertes Wohnhaus des Jahres), bei dem die PSS einer der Hauptponsoren ist

April

- Darlehen zu lediglich 1,99% p. a. – neues Angebot der PSS für Bausparer – natürliche Personen und ausgewählte Gruppen von Kunden – juristischen Personen (Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten)

- Ordentliche Hauptversammlung der PSS und Sitzung des Aufsichtsrates in der Zentrale der PSS in Bratislava

- Start der Werbekampagne (dauerte bis Ende Juni 2010), in der Darlehen für jeden lediglich zu 1,99% angeboten wurden

- Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 70/2010 GBl., das mehrere Änderungen in der Verwaltung von Wohnhäusern brachte

- Spende von € 7.000 zur Förderung der Tätigkeit der slowakischen Antikrebsliga bei Anlass des Narzissentages

Mai

- Sitzung des TOP Klubs 2010, dem jene Handelsvertreter zugehören, die im Vorjahr die besten Vertriebsergebnisse erzielt haben

- Teilnahme von Herrn Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, an der Konferenz UN Habitat for Humanity, die in Bratislava stattfand

- Teilnahme von Herrn Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, am gemeinsamen Kongress der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen und der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV); der Kongress zum Thema Auswirkungen der Finanzkrise fand in München statt

- Titel Kampagne des Monats Mai 2010 für die Kampagne der PSS Darlehen fürs Wohnen zu lediglich 1,99%

- Verleihung der Preise der PSS im Rahmen des Wettbewerbs Progresívne, cenovo dostupné bývanie (Progressives, preisgünstiges Wohnen)

Juni

- Außerordentliches Beihilfeprogramm der PSS für die slowakischen Bürger, die vom Hochwasser betroffen waren
- Arbeitsbesuch der Vertreter der Vereinigung rumänischer Banken, der rumänischen Regierung, des rumänischen Parlaments und der Rumänischen Nationalbank bei der PSS
- Sportspiele der PSS in Donovaly
- Wahlen in den Betriebsrat der PSS
- Inkrafttreten des Verbraucherkreditgesetzes (Gesetz Nr. 129/2010 GBl.) und Umsetzung seiner Bestimmungen in die Praxis der PSS

Juli – August

- Wettbewerb TOP kancelária 2010 (TOB Büro 2010) um das schönste Büro der Handelsvertreter der PSS
- Sommerwettbewerb für ausgewählte Kunden der PSS

September

- Bausparverträge ohne Abschlussgebühr – Septemberangebot für Bausparer – natürliche Personen
- Neues Angebot für die Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten – Darlehen zum Zinssatz von lediglich 3,99% p. a.
- Auswertung des Wettbewerbs CE.ZA.AR 2010 – der Preis in der Kategorie Eigenheime wurde von Herrn Ing. Imrich Béreš, dem Vorstandsvorsitzenden der PSS, übergeben
- Teilnahme von Herrn Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, an der Sitzung von UN-ECE CHLM Human in Genf
- Auswertung des Wettbewerbs TOP kancelária 2010 (TOP Büro 2010)
- Werbekampagne, in der den Kunden die Möglichkeit angeboten wurde, bis zu € 50 zu sparen
- Verlosung der Gewinner des Sommerwettbewerbs der PSS

Oktober

- Motivations- und Arbeitsreise von 24 Handelsvertretern der PSS – den Gewinnern des Wettbewerbs Úvery 2010 (Darlehen 2010)
- 3. Platz für die PSS auf der Liste der größten Firmenphilanthropen in 2010 (Wettbewerb TOP firemný filantrop 2010 (TOP Firmenphilanthrop 2010) – den Preis für die PSS übernahm Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS
- Verleihung des PSS-Preises Bytový dom roka (Wohnhaus des Jahres) dem Wohnviertel Zentrum Gercenova im Bratislavaer Stadtbezirk Petržalka im Rahmen des Wettbewerbs Stavba roka (Bau des Jahres)
- Die PSS – Hauptpartner des 12. Jahrgangs des Projekts Hodina deťom (Stundenlohn für die Kinder)

November

- Großer Erfolg der PSS – 2. Platz in der Rangliste Banka roka 2010 (Bank des Jahres 2010) – vom Wirtschaftswochenblatt TREND für außerordentliche unternehmerische Ergebnisse verliehener Jahrespreis
- Jahressitzung der EuBV in Brüssel, an der Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, erneut zum Präsidenten der EuBV gewählt wurde
- Außerordentliche Hauptversammlung der PSS und Sitzung des Aufsichtsrates in der Zentrale der PSS in Bratislava

December

- 2. Platz für die PSS im Wettbewerb Zlatá minca 2010 (Goldene Münze 2010) in der Kategorie Bausparen und der Titel Objav roka (Entdeckung des Jahres) für das Senior Extra-Sparen
- Aufstieg des TV-Spots Večera (Abendessen) der PSS-Kampagne Zmluva bez poplatku (Vertrag ohne Abschlussgebühr) ins Finale des internationalen Wettbewerbs Zlatá pecka 2010 (Goldener Kern 2010)

Sehr geehrte Geschäftspartner, Kunden und Aktionäre!

Das Jahr 2010 war weltweit bereits das dritte Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es war aber auch das erste Jahr des wiederauflebenden Wirtschaftswachstums. Im EU-Vergleich verzeichnete die Slowakei eine der höchsten Wachstumsraten. Die makroökonomische Erholung und die leichte Verbesserung der Beschäftigungssituation war für die privaten Haushalte und die Mehrheit der Unternehmen nicht sofort spürbar.

Die zurückhaltenden vorsichtigen Prognosen hinsichtlich des Ausklingens der Wirtschaftskrise und die sich nur langsam erholende Wirtschaft führten nur zu einem langsamen Wiederaufleben der Investitionen in Wohnimmobilien. Die Analysten bezeichneten das Wirtschaftswachstum in 2010 als sehr mäßig und im Falle der Slowakei mit dem Export der Produkte nach Westeuropa eng verbunden. Nur eine langfristige Stabilität und Prosperität der Wirtschaft könne gemäß den Analysen das reale Ende der Krise bestätigen.

Die Stagnation dauerte 2010 insbesondere im Immobiliensegment an. Vor allem der Verkauf von neugebauten größeren Wohnungen blieb – auch nach Preisreduktionen – sehr schlecht realisierbar. Der Bedarf der slowakischen Haushalte ist jedoch unvermindert hoch. Aus diesem Grund, trotz der andauernden Krise auf dem Immobilienmarkt, kam es zur Wiederbelebung der Inanspruchnahme von Bankprodukten zur Wohnungsfinanzierung. Ein größerer Teil als zuvor, und zwar insbesondere aus den von der PSS bereitgestellten Finanzmitteln, wurde für die Wiederherstellung und Rekonstruktion und für die Restrukturierung älterer Darlehen für Wohnzwecke verwendet.

Der Bankensektor in der Slowakei war auch 2010 stabil und sicher. Keine Bank benötigte eine Staatsintervention. Sicherlich auch dank des gesetzlichen Einlagenschutzes in voller Höhe verzeichneten die Banken eine Erhöhung von Bilanzsumme und Einlagen, und einige sogar einen Gewinnanstieg. Bausparkassen bieten nicht das gesamte Spektrum von Bankprodukten an. Gemäß Bauspargengesetz können sie lediglich Zwecksparen und Darlehen für Wohnzwecke gewähren. Trotzdem konnte die PSS einen wesentlichen unterjährigen Anstieg ihrer Wirtschaftsindikatoren verzeichnen – die Zunahme der Bilanzsumme um 6,2%, der Einlagen um nicht weniger als 7,5% und des Jahresüberschusses um 4,5%.

Im Hinblick auf die Entwicklung des Wirtschaftsumfelds und insbesondere die Stagnation des Immobilienmarktes war die PSS in 2010 sehr erfolgreich. Dies bestätigten auch die Analysten des Wirtschaftswochenblatts TREND, indem sie die PSS aufgrund der erzielten Ergebnisse auf den 2. Platz in der Rangliste Banka roka 2010 (Bank des Jahres 2010), einer bereits traditionellen jährlichen Beurteilung von Banken, stellten. Diese Auszeichnung wurde ebenfalls durch die Abstimmung im Rahmen der Fachumfrage des Informellen ökonomischen Forums des Wirtschaftsclubs bestätigt, in der die Klubmitglieder der größten Bausparkasse den ersten Platz zuerkannten und die breite Öffentlichkeit in einer Internetabstimmung für 2010 die PSS auf Rang 3 stellte.

Die wirklich positiven Wirtschaftsergebnisse einschließlich der Erhöhung der Bilanzsumme sind im wesentlichen den konsequent kundenorientierten Dienstleistungen der PSS zu verdanken. Am erfolgreichsten waren die Sonderangebote, welche die PSS für ihre Kunden rund um das Jahr vorbereitete: das Frühlingsangebot Eurá navyše (Extra Euros), fast ein halbes Jahr gewährte Darlehen mit einem Zinssatz von „lediglich 1,99%“ oder im Herbst die „Bausparverträge ohne Abschlussgebühr“. Die erwähnten Finanzvorteile, welche die Rendite des Bausparen erhöhen, die in 2010 (im Durchschnitt über die 6 Sparjahre) nicht weniger als 5,95% betrug, spielten in der Zunahme der Wirtschaftskraft sowie des Images der PSS eine bedeutende Rolle.

Ähnlich wie im Vorjahr bestätigte auch das Jahr 2010, dass in Krisenzeiten eher gespart als investiert wird. In 2010 schlossen die Kunden der PSS nicht weniger als 201.223 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von über € 1,74 Mrd. ab, was in ihrer Anzahl im Vergleich zu 2008, dem letzten Vorkrisenjahr, einen Anstieg um nicht weniger als 21% darstellte. Im Vergleich zum Vorjahr zeichnete sich das Jahr 2010 durch eine viel reichere „Ernte“ an Bausparverträgen aus.

Gerade die Bauspar- und Zwischendarlehen bestätigten in 2010 für die PSS die Position des Marktführers sowohl am Bausparmarkt als auch in der Wohnungsfinanzierung im Bereich der für konkrete Zwecke gewährten Finanzmittel. Der unterjährige Anstieg der Anzahl sowie des Volumens der eingeräumten Darlehen (Anzahl: +48%, Volumen: sogar +68%) ist in der Geschichte der Bank einzigartig. Das Volumen der in Form von Darlehen gewährten Finanzmittel war in der 18-jährigen Geschichte der Bank absolut das höchste. Dieses Ergebnis war tatsächlich überraschend, da das gesamte Umfeld des Immobilienmarktes nach dem massiven Einbruch des Interesses an Darlehen in 2009 überhaupt nicht auf die Möglichkeit eines ähnlichen signifikanten Anstiegs hindeutete. Dank des enormen Kundeninteresses an der Wohnungsfinanzierung gelang es der PSS, in 2010 ihren Marktanteil bei Bauspar- und Zwischendarlehen auf 87,6% zu erhöhen.

Neben den erzielten Erfolgen glich die PSS in 2010 auch negative Erfahrungen der slowakischen Bürger mit der Wohnfinanzierung aus. Vor allem war es die nicht erfüllte Zusage der slowakischen Regierung, für die Finanzierung der Wiederherstellung von Wohnhäusern Finanzmittel zu begünstigten Bedingungen mit einem Zinssatz von Null % (ähnlich wie im Vorjahr) bereitzustellen. Aus Sicht der slowakischen Bürger, der Wohnungseigentümer, bedeutete dies die Verschiebung der Einreichung ihrer Darlehensanträge ins zweite Halbjahr und somit auch den Verfall vieler geplanter Investitionen im Rahmen der Renovierung, die in den Wintermonaten nicht realisiert werden kann. Für die Wohnungseigentümer brachte diese nichterfüllte Zusage zusätzliche Heizkosten mindestens für die Winter 2010 und 2011, und für die PSS geringeres Interesse an den Darlehen zur Finanzierung der Renovierung von Wohnhäusern.

Noch schädlicher, aber nach einer umfangreichen Diskussion und Argumentation mit den Experten vom slowakischen Finanzministerium und vom Ministerium für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung glücklicherweise nicht realisiert, war der Entwurf des Finanzministeriums vom September 2010, die Nutzung der Bausparmittel nach 6-jähriger Zweckgebundenheit zu beschränken. Obwohl der Entwurf dem legislativen Prozess nicht vorgelegt wurde, trug die breite Medialisierung dieser Problematik nicht zur Stabilität des Bausparumfelds bei, das auch in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise seine Begründung und Vorteilhaftigkeit sowohl für den Staat als auch für dessen Bürger nachweist.

Gerade die Unabhängigkeit von den Finanzmärkten und die Stabilität des Bausparens sind jene Attribute, die auch heute, bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum, den Mitarbeitern der PSS, dem Vertriebsnetz sowie den kooperierenden Partnern der größten slowakischen Bausparkasse ermöglichen, durch systematische Arbeit wirklich hervorragende Ergebnisse zu erzielen und somit den slowakischen Bürgern bei der Finanzierung ihres neuen oder renovierten Wohnens Hilfe zu leisten.

Die Erzielung dieser Ergebnisse und die Durchführung von Bankdienstleistungen höchster Qualität wären ohne den hohen Vertrauensgrad, den uns unsere Kunden erweisen, nicht möglich. Für deren Interesse, ihre Wohnbedürfnisse zu finanzieren, und ihr Vertrauen, mit dem sie diese Finanzierung gerade mit Hilfe unserer Bank realisieren, gehört ihnen ein großer Dank. Der gehört selbstverständlich auch allen Angestellten und Mitarbeitern der PSS, ihrem Vertriebsnetz sowie den Kooperationspartnern.



Ing. Imrich Béreš
Vorstandsvorsitzender



Mag. Herbert G. Pfeiffer
Vorstandsmitglied



Dipl. Ing. Erich Feix
Vorstandsmitglied

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen.

1. Unternehmensprofil

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen.

1.1. Gesetzlicher Rahmen

Die PSS übt ihre Geschäftstätigkeit in Übereinstimmung mit den in der Slowakei geltenden Rechtsvorschriften und -normen aus.

Die grundlegenden Regulierungsfaktoren, welche die Tätigkeit der PSS regeln und beeinflussen, können in drei Hauptgruppen aufgeteilt werden:

A. Die die Banktätigkeit regelnden Gesetze:

- * Bankengesetz (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Arbeitsgesetzbuch (Gesetz Nr. 40/1963 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Handelsgesetzbuch (Gesetz Nr. 513/1991 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Devisengesetz (Gesetz Nr. 202/1995 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Rechnungslegungsgesetz (Gesetz Nr. 431/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Zahlungsverkehrsgesetz (Gesetz Nr. 510/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Einlagenschutzgesetz (Gesetz Nr. 118/1996 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Finanzmarktaufsichtsgesetz (Gesetz Nr. 96/2002 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Geldwäschegesetz (Gesetz Nr. 367/2000 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wertpapier- und Investitionsdienstleistungsgesetz (Gesetz Nr. 566/2001 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Schuldverschreibungsgesetz (Gesetz Nr. 530/1990 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wechsel- und Scheckgesetz (Gesetz Nr. 191/1950 in der geltenden Fassung)
- * Ertragsteuergesetz (Gesetz Nr. 595/2003 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Umsatzsteuergesetz (Gesetz Nr. 222/2004 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Insolvenz- und Ausgleichsgesetz (Gesetz Nr. 328/1991 GBl. in der geltenden Fassung)

B. Die das Bausparen und die allgemeine Tätigkeit der PSS regelnden Gesetze:

- * Bauspargesetz (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung)
- * Wohnungsgesetz (Gesetz Nr. 182/1993 GBl. in der geltenden Fassung)

C. Die die staatliche Wohnförderung regelnden Gesetze:

- * Bankengesetz (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung) - Hypothekarkredite
- * Staatshaushaltsgesetz – Bausparprämie
- * Gesetz Nr. 607/2003 GBl. über den Staatsfonds zur Förderung des Wohnungswesens in der geltenden Fassung

1.2. Grundlegende Charakteristik

Prvá stavebná sporiteľňa (im Folgenden „PSS“) ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie entstand mit dem Tag der Eintragung ins Handelsregister am 15. Oktober 1992. Ihre Geschäftstätigkeit übt sie seit dem 16. November 1992 aus, als erste Bank ihrer Art in ehemaligen mittel- und osteuropäischen Ländern, womit sie eigentlich zum Pionier des Bausparens in dieser Region wurde. Die PSS wurde als eine spezialisierte Bank zur Förderung des Wohnungsbaus und des Wohnungswesens in der Slowakei gegründet. Dies bedeutet, dass das primäre Ziel, das ihre gesamte Geschäftstätigkeit vor Augen hat, ist, sich an der Lösung und Verbesserung der Wohnsituation und somit auch an der Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger zu beteiligen. Seit Anfang ihrer Geschäftstätigkeit zählt die PSS zu den sich am dynamischsten entwickelnden Geldinstituten auf dem slowakischen Finanzmarkt. Ihre gesamte bisherige Geschichte ist ein überzeugender Beweis dafür, dass ihre Gründung eine richtige Entscheidung zur richtigen Zeit war.

Unternehmensgegenstand – laut dem dem Beschluss der Národná banka Slovenska (Nationalbank der Slowakei) Nr. UBD-2114/99 entsprechenden Handelsregisterauszug vom 6.12.1999:

- Entgegennahme von Bauspareinlagen,
- Gewährung von Bauspardarlehen,
- Gewährung von Bürgschaften an andere Kreditinstitute für Bauspar-, Hypotheken- oder Kommunaldarlehen,
- Entgegennahme von Einlagen anderer Kreditinstitute,
- Handel auf eigene Rechnung mit Hypothekendarlehen, Kommunalobligationen, Staatsanleihen einschließlich der Schatzscheine oder mit Kassenobligationen der Nationalbank der Slowakei auf Basis der nach dem slowakischen Wertpapiergesetz (Gesetz Nr. 600/1992 Gbl. in der geltenden Fassung) erteilten Genehmigung,
- Zahlungsverkehr und bausparbezogene Verrechnung,
- Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens, sowie
- Gewährung von Bauspardarlehen für Bauzwecke aus ausserkollektiven Mitteln.

Grundkapital: 66.500.000,- €

1.3. Aktionärsstruktur

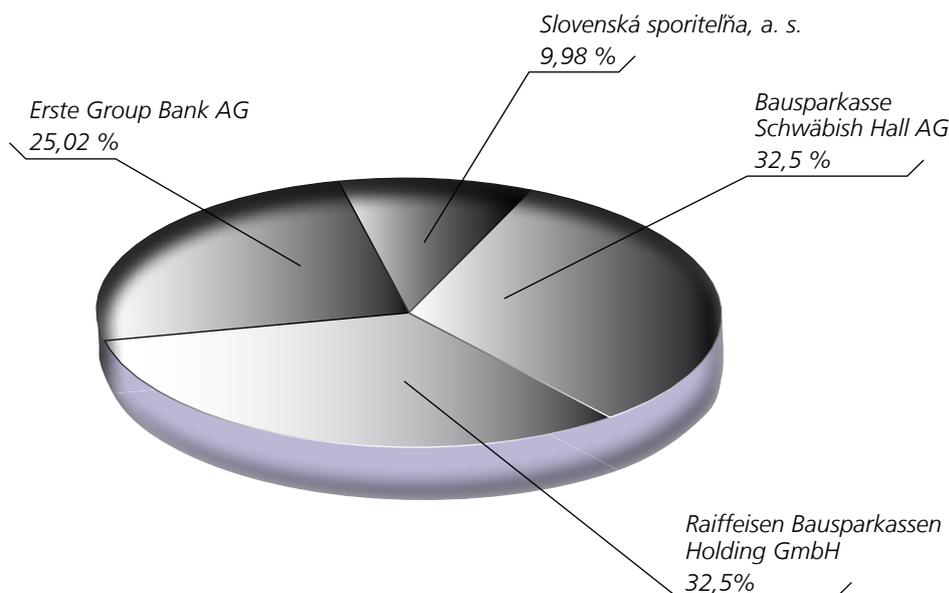
Die **Bausparkasse Schwäbisch Hall AG**, Schwäbisch Hall (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist seit fast 80 Jahren (gegründet 1931) erfolgreich im Bauspargeschäft tätig. Sie zählt zu den führenden Akteuren auf dem europäischen Bausparkmarkt; ihr kundenfreundlicher Ansatz, dem maßgeschneiderte, vielschichtige Programme zugrunde liegen, hat bereits Millionen von Kunden überzeugt.

Die **Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH**, Wien (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der Raiffeisen Bausparkasse, Gesellschaft m.b.H., Wien, eines auf Finanzierung des Wohnungsbaus spezialisierten Finanzinstituts des Raiffeisenbankkonzerns, das 1961 gegründet wurde. Diese größte österreichische Bausparkasse ist ein verlässlicher und kompetenter Partner in sämtlichen Fragen des Sparens, der Finanzierung und des Bauens.

Die **Erste Group Bank AG**, Wien (25,02%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist nach der Anzahl ihrer Kunden einer der größten Finanzdienstleister. Sie ist die führende Retail-Bank in Mitteleuropa; sie hat eine starke Marktposition auch bei der Finanzierung von Immobilien, im Geschäft mit Privatkunden sowie bei Dienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Die **Slovenská sporiteľňa, a.s., Bratislava** (9,98%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) ist die Bank mit der längsten Tradition im Sparbereich in der Slowakei, dem dichtesten Netz von eigenen Geschäftsstellen sowie dem größten Anteil am Einlagenmarkt. Derzeit ist sie die größte Handels- und Geschäftsbank in der Slowakei.

Aktionärsstruktur



1.4. Tochtergesellschaften

Die PSS hat zwei Tochtergesellschaften gegründet:

DomBytGLOBAL, spol. s r. o.	100%-iger Geschäftsanteil
------------------------------------	---------------------------

DomBytDevelopment, s. r. o.	5%-iger Geschäftsanteil
------------------------------------	-------------------------

DomBytGLOBAL, spol. s r.o. („DBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie wurde am 13. November 1997 gegründet und unter dem Datum des 30. Januar 1998 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I, Abteilung Sro, Einlage Nr. 16673/B) eingetragen. Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBG ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Immobilienverwaltung sowie die Vermittlung des Ankaufs, Verkaufs und der Vermietung von Immobilien. Die PSS ist der alleinige Gesellschafter der DGB.

DomBytDevelopment, s.r.o. („DBD“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, Bratislava. Sie wurde am 19. Juli 2007 gegründet und unter dem Datum des 12. September 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I, Abteilung Sro, Einlage Nr. 47838/B) eingetragen. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Baurärgertätigkeit bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten, die Realisierung von Bauten und deren Änderungen, sowie die Beratungstätigkeit im Bauwesen. Zum 31. Dezember 2010 hält die PSS einen direkten 5%-igen Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital der DBD. Indirekt, durch die DBG, hält sie auch die restlichen 95% am gezeichneten Kapital dieser Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag verfügt die PSS über 40% der Stimmrechte in der DBD, wobei die übrigen 60% der Stimmrechte von der DBG gehalten werden.

1.5. Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, welche die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen. Sie wurde 1962 in Brüssel gegründet; ihre Gründungsmitglieder stammen aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Brüssel ist auch derzeitiger Sitz der Vereinigung. Die EuBV verfolgt das Ziel, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Institutionen der EU wahrzunehmen, den Mitgliedern Informationen über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der EU ergriffenen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen sowie die gegenseitige Information und den Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik im allgemeinen zu unterstützen und zu intensivieren. Die PSS wurde 1996 als ordentliches Mitglied in die EuBV aufgenommen. Mag. Herbert G. Pfeiffer, Vorstandsmitglied der PSS, ist seit Oktober 2007 Präsident der EuBV.

Die International Union for Housing Finance (IUHF) ist die primäre Informationsquelle über Trends und Änderungen hinsichtlich der Wohnungsfinanzierung durch Darlehen weltweit. Das Ziel dieser Tätigkeit ist die weltweite Mehrung von Wohneigentum durch Erweiterung der Möglichkeiten der Darlehensfinanzierung. Die IUHF ist eine nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Handelsvereinigung, die in London anlässlich des ersten Welttreffens der Institute, die Wohnungen finanzieren, gegründet wurde. Mit Hilfe ihrer aus 60 Ländern der Welt stammenden Mitglieder ist sie imstande, spezifische, zur Erhöhung der Effektivität der Wohnungsfinanzierung beitragende Informationen zu sammeln und diese an Wohnungen finanzierende Organisationen weiterzuleiten. Somit hilft die IUHF, das Konzept des darlehensfinanzierten Wohnungsbaus den Kunden näher zu bringen und weltweit zu verbreiten. Im Einzelnen stellt die IUHF ihren Mitgliedern zusammengefasste Trends, Ergebnisse der durchgeführten Analysen sowie Auskünfte über Strategien zur Verfügung, die von Instituten, die Wohnungen finanzieren, weltweit verwendet werden. Den neuesten Erkenntnissen wird dabei eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die PSS ist Mitglied der IUHF seit 1996.

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

2. Unternehmensgrundsätze

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

2.1. Auftrag

Der gesellschaftliche Auftrag der PSS ist die langfristige Erhöhung des Lebensstandards der slowakischen Bürger auf dem Gebiet des Wohnungswesens, so dass dieser Schritt für Schritt an westeuropäisches Niveau angeglichen wird, denn gesundes Wohnen als eines der wesentlichen sozialen Bedürfnisse eine der wichtigen Voraussetzungen für ein sicheres, gesundes, zufriedenes und glückliches Leben darstellt.

Von der Erfüllung dieses Auftrags der PSS sowie von ihrem Beitrag zum Wohnungswesen und Kundenzufriedenheit können sich die Bausparer – egal, ob natürliche oder juristische Personen – in der alltäglichen Praxis bei der Zusammenarbeit mit sämtlichen Angestellten und Mitarbeitern dieser renommierten Bankinstitution mit hohem fachlichem Niveau überzeugen.

Die PSS versteht nämlich ihren Auftrag explizit als eine Dienstleistung für ihre Kunden. Jeden Schritt plant und realisiert sie mit Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen ihrer Bausparer sowie auf die mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Erwartungen der Öffentlichkeit. Dies gilt sowohl für die alltägliche Ausübung ihrer Tätigkeit als auch für die Planung ihrer sämtlichen weiteren Aktivitäten.

Die fundamentale Regel, welche die PSS befolgt, ist die Einhaltung ethischer Grundsätze. Diese werden sowohl in den Beziehungen zu ihren Kunden als auch in den Beziehungen zu ihren Geschäftspartnern und kooperierenden Gesellschaften, und selbstverständlich auch unter ihren Angestellten und Mitarbeitern angewendet. Unter allen Umständen handelt sie stets mit dem Ziel, die Zufriedenheit ihrer Kunden, korrekte Beziehungen mit sämtlichen Mitarbeitern sowie den guten Ruf, über den die PSS während der ganzen Zeit ihrer Geschäftstätigkeit verfügt, aufrechtzuerhalten.

2.2. Mission und Vision

Mission

Durch Bausparen und Darlehensgewährung den Bürgern zu helfen, ihre individuellen Wohnbedürfnisse zu befriedigen.

Mit Unterstützung des Staates zur höheren Wohnqualität beizutragen und somit das Lebensniveau und den Lebensstandard der slowakischen Bevölkerung zu erhöhen.

Bei der Bevölkerung – und zwar sowohl in Eigenheimen als auch in Wohnhäusern – die Selbsthilfe, den Willen zu sparen, Eigentum zu bilden, zu schätzen und sich hierum zu kümmern, zu fördern.

Vision

Eine der führenden Gesellschaften unter den Finanzdienstleistern und Dienstleistern im Bereich der Wohnungsfinanzierung zu sein.

2.3. Kodexe

Die Mitarbeiter und Handelsvertreter der PSS befolgen bei ihrer Tätigkeit den am 24. März 1998 verabschiedeten und für alle Angestellten, Handelsvertreter sowie Bausparvermittler der PSS verbindlichen „Verhaltenskodex der Mitarbeiter der PSS“. Es handelt sich um eine Zusammenfassung grundlegender ethischer Grundsätze, Handlungs- und Verhaltensregeln, die insbesondere die Wahrung der Kundeninteressen, das vorrangige Ziel der PSS, vor Augen haben. Der Kodex definiert in seinen einzelnen Artikeln die Grundsätze und Regeln des Verhaltens der Mitarbeiter gegenüber der PSS selbst, den Kunden und der Öffentlichkeit, den eigenen Kollegen sowie gegenüber den sonstigen Banken und Geschäftspartnern.

Die PSS befolgt die Grundsätze des Kodexes der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei (Corporate Governance), in dem sowohl inner- als auch außerbetriebliche Beziehungen auf Basis der Prinzipien der Offenheit, Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit geregelt werden. Der Kodex der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei ist Bestandteil der Börsenregeln der Wertpapierbörse in Bratislava und ist auf ihrer Website öffentlich zugänglich.

Die PSS befolgt ebenfalls die Grundsätze des Ethischen Kodexes von Banken im Bereich Verbraucherschutz, der von der Slowakischen Bankvereinigung erstellt wurde. Die Einhaltung der ethischen Regeln wird von ihr als eine Verpflichtung wahrgenommen, für ihre Kunden hochwertige Finanzdienstleistungen zu erbringen und in der alltäglichen Praxis die Regeln der Anständigkeit und Transparenz der Unternehmenstätigkeit anzuwenden.

2.4. Werte

Für den Erfolg der PSS gibt es nichts Wichtigeres als die Werte, zu denen sie sich bekennt. Sie beeinflussen die Tätigkeit und das Verhalten der Bank zu ihren Kunden, Partnern, Handelsvertretern und Mitarbeitern. Die Beziehungen der PSS beruhen auf solchen unbestrittenen moralischen und ethischen Werten wie Vertrauen, Offenheit, Korrektheit, Loyalität, gegenseitiger Respekt, Professionalität, Entgegenkommen, und Diskretion.

Der höchste Grundsatz der PSS ist die langfristige Zufriedenheit ihrer Kunden. Die Interessen der Kunden stehen im Mittelpunkt all ihrer Tätigkeit; den Kundenbedürfnissen passt sie ihre Struktur und Arbeit an.

Die PSS gibt ihren Mitarbeitern und Handelsvertretern motivierende Ziele und schafft Bedingungen, damit sie diese Ziele erreichen können.

Um ihre Ziele zu erreichen, arbeitet sie PSS mit ausgewählten Partnern aus wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben auf Basis transparenter und korrekter Beziehungen zusammen.

Die PSS hat Verpflichtungen nicht nur gegenüber ihren Kunden, Mitarbeitern und Aktionären, sondern auch gegenüber der ganzen Gesellschaft. Mit seiner Tätigkeit trägt sie zur weiteren Entwicklung des Wohnungsstandards bei. Bei ihrer Tätigkeit befolgt sie strikt die slowakischen Rechtsvorschriften.

2.5. Strategische Ziele

die führende Position auf dem slowakischen Bausparmarkt langfristig aufrechtzuerhalten;

für ihre Kunden professionelle Dienstleistungen im Bereich Bausparen und Finanzierung von Wohnungsbedürfnissen zu erbringen und Informationen zu sämtlichen diesbezüglichen Fragen zu erteilen;

Ihren Kunden individuelle, effektive und maßgeschneiderte Lösungen im Bereich Bausparen und Finanzierung von Wohnungsbedürfnissen anzubieten; und

für ihre Kunden Dienstleistungen von höchster Qualität und Professionalität zu erbringen.

3.1. Erklärung zu den Grundsätzen der Unternehmensführung

Die PSS befolgt die Grundsätze des Kodexes der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei (Corporate Governance), in dem sowohl inner- als auch außerbetriebliche Beziehungen auf Basis der Prinzipien der Offenheit, Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit geregelt werden. Der Kodex der angemessenen Unternehmensführung in der Slowakei ist Bestandteil der Börsenregeln der Wertpapierbörse in Bratislava und ist auf ihrer Website öffentlich zugänglich. Die PSS registrierte keine Abweichungen von diesem Kodex.

Sämtliche wichtigen Informationen über die angewandten Steuerungsmethoden sind im Dokument Grundsätze der Unternehmenstätigkeit der PSS enthalten, das auf der Website der PSS – www.pss.sk – zugänglich ist. Die verbindlichen Steuerungsgrundsätze, welche die leitenden Angestellten der PSS in ihrer Arbeit anwenden, sind in der Organisationsordnung der PSS definiert. Die leitenden Angestellten steuern ihre Mitarbeiter strategisch, motivieren sie angemessen, und sie würdigen und fördern ihre individuellen Fähigkeiten. Sie sind offen für neue Ideen und Änderungen und für ihre Mitarbeiter schaffen sie ein leistungsförderndes Umfeld. Sie geben ihnen motivierende Ziele und kümmern sich um die Erweiterung ihrer Fachausbildung und Qualifikation, damit sie optimale Bedingungen für die Erreichung der festgelegten Ziele haben. Sie unterstützen deren Engagement, die Identifizierung mit den strategischen Zielen sowie verantwortungsvolle und selbstständige Vorgehensweisen.

Die PSS hat die Grundsätze des internen Kontrollsystems definiert. Im Rahmen der Anwendung dieses Systems in alltäglicher Praxis enthalten sämtliche internen Vorschriften verbindlich ebenfalls separate Artikel über die Methoden und die Realisierung des internen Kontrollsystems für jene Prozesse, auf die sich die betroffene interne Vorschrift bezieht. Die Ergebnisse jeder Kontrolle sind mit entsprechenden Dokumenten belegt. Die zuständigen Mitarbeiter überwachen die Beseitigung der Feststellungen und die Umsetzung der Empfehlungen.

Nicht prozessbezogene Kontrollen innerhalb der PSS werden vom Fachbereich Interne Revision vorgenommen.

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der PSS. Die Hauptversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. Sie wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand der PSS einberufen. Die Einberufung erfolgt in schriftlicher Form mindestens 30 Tage vor dem Termin der Hauptversammlung. Der Aktionär nimmt entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter an der Hauptversammlung teil. Die Hauptversammlung wird vom gewählten Tagungsleiter geführt. Die Kompetenzen der Hauptversammlung werden im Artikel VIII der Satzung der PSS geregelt. Zu den wichtigsten Befugnissen der Hauptversammlung zählen vor allem: Änderung der Satzung; Beschluss über die Erhöhung oder Verminderung des Grundkapitals; Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder; Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder); Feststellung des ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschlusses; Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft und über die Änderung ihrer Rechtsform; Änderung der den einzelnen Typen von Aktien zugehörigen Rechte; Bewilligung der Verpfändung von Aktien; Genehmigung der Übertragung oder jeglichen Übergangs von Eigentumsrechten an Namensaktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Übertragung von Aktien an Mutter- oder Tochtergesellschaften); Genehmigung der Kapitalbeteiligung an anderen Gesellschaften; Beschluss über die Erweiterung oder Änderung des Unternehmensgegenstands; Beschluss über eine neue Emission von Aktien und Festlegung des Nominalwerts dieser Aktien sowie der mit ihnen verbundenen Rechte und Pflichten; und Genehmigung des Abschlussprüfers.

Der Vorstand ist das gesellschaftsrechtliche Organ der PSS. Der Vorstand der PSS besteht aus drei Mitgliedern. Die Vorstandmitglieder werden – aufgrund der Vorschläge der Aktionäre – von der Hauptversammlung gewählt, wobei jeder Aktionär ein Vorstandsmitglied vorschlägt. Der Vorstand geht in seiner Tätigkeit von seiner Sitzungs- und Organisationsordnung aus, die von der Hauptversammlung genehmigt wird. Die einzelnen Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängen, werden vom Vorstand auf seinen regelmäßigen Sitzungen besprochen – in 2010 waren es insgesamt 47 Vorstandssitzungen.

Die PSS hat zwei selbstständige Ausschüsse – den ALCO- Ausschuss und den Kreditausschuss – als Beratungsorgane des Vorstands gegründet. Aufgabe des ALCO- Ausschusses ist es, die operative Steuerung der PSS, vor allem im Bereich der Steuerung der Aktiva und Passiva, der Liquidität sowie des Kredit- und Zinsrisikos zu unterstützen. Auf seinen Sitzungen befasst er sich vorwiegend mit folgenden Angelegenheiten: Entwurf und Aktualisierung der Investitionsstrategie; Entwicklung des Kreditportfolios, der Spareinlagen, der Bilanzstruktur, sowie der Ausgangsparameter der Betriebsplanung; Entwicklung des Zinsrisikos; Vorschlag zu Änderungen der Kreditlimits der PSS für Einlagen bei anderen Banken zusammen mit einer Übersicht über ihre Einhaltung; Analyse der Wettbewerber; Vorschlag und Berechnung der Zinssätze für Zwischendarlehen; Vorschlag für Änderungen im Gebührentarif; sowie Produktinnovationen.

Der Kreditausschuss, der aus den Vorstandsmitgliedern besteht und die Direktoren der Fachbereiche Kundenbetreuung und Betreuung juristischer Personen als beratende Experten hinzuzieht, entscheidet über die Kreditzuteilung bzw. –ablehnung.

Die Aktionäre der PSS haben im Sinne der geltenden Rechtsvorschriften sowie der Satzung der Gesellschaft folgende Rechte: Mitgliedsrechte – d.h. das Recht, sich an der Steuerung der Gesellschaft zu beteiligen; Vermögensrechte – d.h. das Recht auf Gewinnanteil, auf Anteil an der Liquidationsmasse beim Erlöschen der PSS sowie das Vorkaufsrecht auf den Erwerb von Aktien der PSS. Jeder Aktionär der PSS, der seine Aktien veräußern möchte, muss die übrigen Aktionäre über seine Absichten schriftlich informieren. Die Übertragbarkeit der Aktien (mit Ausnahme der Übertragung auf Mutter- oder Tochtergesellschaften) ist nur nach vorheriger Zustimmung der Hauptversammlung der PSS und nach Bewilligung sämtlicher Aktionäre möglich. Dieselben Rechte gelten auch bei der Erhöhung des Grundkapitals. Die Kontrollen der Ausübung der Aktionärrechte durch die Anteilseigner der PSS sowie die Maßnahmen zur Eliminierung des Missbrauchs dieser Rechte ergeben sich aus dem slowakischen Bankengesetz sowie aus sonstigen allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften. Der PSS sind keine Mechanismen bekannt, deren Anwendung zur Beherrschung der Gesellschaft in der Zukunft führen könnte.

Zu den Aktionären der PSS zählen: die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS), die Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, (32,5%-iger Anteil am Grundkapital der PSS), die Erste Group Bank AG (25,02%-iger Anteil am Grundkapital der PSS) und die Slovenská sporiteľňa, a.s. (9,98%-iger Anteil am Grundkapital der PSS).

3.2. Schutz vor Legalisierung der Einnahmen aus strafbaren Handlungen (Geldwäscherschutz)

Die PSS überwacht und beurteilt das Risiko der Geldwäsche durch das jährlich aktualisierte Programm der eigenen Tätigkeit. Dieses Programm basiert auf den Anforderungen des slowakischen Gesetzes Nr. 297/2008 GBl. über den Schutz vor Geldwäsche und vor Terrorismusfinanzierung sowie über die Änderungen und Ergänzungen einiger anderer Gesetze.

Um das aus der Geldwäsche resultierende Risiko zu minimieren, hat die PSS mehrere Maßnahmen getroffen:

- Risiken, die zu Bemühungen der Legalisierung von Einnahmen aus strafbaren Handlungen führen könnten, werden jährlich analysiert und nach den Ergebnissen dieser Analysen werden die Arbeitsvorgänge angepasst.
- Im Hinblick auf den Charakter der Bank wird sämtlichen Kunden angemessene Sorgfalt im Sinne des Gesetzes gewidmet und die Identifizierung jedes Kunden steht unter erhöhter Aufsicht der zuständigen Fachsektion.
- Die Arbeitsvorgänge wurden um die Pflicht ergänzt, Kunden als politisch exponierte Personen zu identifizieren, wobei dazu zugängliche öffentliche Datenbanken und zugängliche Informationen verwendet werden.
- Die Mitarbeiter der Bank absolvieren jedes Jahr eine Schulung über die Identifizierung von Geschäftsvorfällen, die aus Sicht des Kundenverhaltens als ungewöhnlich zu betrachten sind. Diese Vorfälle werden der Fachsektion gemeldet, die sie dann überprüft. Dieselbe Sorgfalt wird Vorfällen gewidmet, die elektronisch aus täglichen Operationen identifiziert werden.

Die erwähnte Fachsektion ist das Fachgebiet Sicherheit, das auf monatlicher Basis Informationen über die Anzahl der aufgefangenen Vorfälle, deren Qualität sowie das Ergebnis der Überprüfung dem Vorstand der PSS vorlegt.

3.3. Interne Revision

Der Fachbereich Interne Revision ist eine eigenständige interne Organisationseinheit der PSS, die nicht prozessbezogene Kontrollen im Einklang mit den allgemein verbindlichen Rechtsvorschriften und Regelungen der Nationalbank der Slowakei („NBS“) vornimmt und direkt dem Aufsichtsrat untergeordnet ist. Bei der Ausübung ihrer Kontrolltätigkeit ist sie von den kontrollierten betrieblichen und geschäftlichen Vorgängen völlig unabhängig und hat das Recht, selbstständig und unabhängig ihre Aufgaben zu bestimmen, über die Vorgänge und den Umfang bei der Prüfungsdurchführung bzw. bei Untersuchungen zu entscheiden sowie Berichte und Beurteilungen der Prüfungsergebnisse zu erstellen.

Die wichtigste Aufgabe des Fachbereichs Interne Revision ist es, sämtliche betrieblichen und geschäftlichen Vorgänge der Bank unabhängig und objektiv zu prüfen und nachfolgend die Feststellungen an den Vorstand und den Aufsichtsrat weiterzuleiten. Mit seiner Tätigkeit hilft die Interne Revision der PSS, ihre Ziele zu erreichen, indem sie einen systematischen methodischen Ansatz zur Beurteilung und Verbesserung der Effektivität des Systems der Risikosteuerung, der Steuerungs- und Kontrollprozesse sowie der Verwaltung und Steuerung der Bank einführt. Der Fachbereich Interne Revision kann im Rahmen seiner Aufgaben eine Beratungstätigkeit für die Geschäftsleitung oder die Organisationseinheiten der Bank ausüben, falls dabei seine Unabhängigkeit garantiert wird.

Der Gegenstand der Tätigkeit des Fachbereichs Interne Revision ergibt sich aus § 23 des slowakischen Bankengesetzes (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung). Interne Revision ist vornehmlich für die Kontrolle und Beurteilung:

- der Funktionsfähigkeit, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems;
- der Funktionsfähigkeit, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit einzelner Steuerungs- und Kontrollsysteme der Bank, vor allem des Buchführungssystems, des Berichterstattungssystems, des Controllings und des Informationssystems;
- der Funktionsfähigkeit, Effektivität und Angemessenheit des Systems der Risikosteuerung;
- der Einhaltung der Grundsätze der umsichtigen Geschäftstätigkeit der Bank;
- der Beachtung von Gesetzen und anderen allgemein verbindlichen Vorgängen in der Bank,
- der Beachtung von internen Vorschriften der Bank;
- der Bereitschaft der Bank, neue Geschäftsarten aus Sicht der Risikosteuerung vorzunehmen; sowie
- der Informationen, welche eine Bank nach § 37, Abs. 4 des Bankengesetzes zu veröffentlichen hat, verantwortlich.

Der Fachbereich Interne Revision hat als wichtigsten Arbeitsinhalt die Durchführung der vom Aufsichtsrat genehmigten Prüfungen. Neben Prüfungen, die Bestandteil des jährlichen Prüfungsplans sind, können ebenfalls außerordentliche Prüfungen und Untersuchungen nach Beschluss:

- des Aufsichtsrates,
- des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates,
- des Vorstands, sowie
- des Direktors des Fachbereichs Interne Revision nach schriftlicher Unterrichtung des Vorstands vorgenommen werden.

In 2010 führte der Fachbereich Interne Revision 33 planmäßige und eine außerordentliche Prüfung durch. Risikoorientierte Prüfungen wurden vornehmlich auf Fachbereiche Sparen und Darlehen, das System der Risikosteuerung sowie auf Fachbereiche Informationstechnologien und Vertrieb ausgerichtet.

Der Fachbereich Interne Revision ist ebenfalls für die Überwachung der Beseitigung der festgestellten Schwachstellen sowie der Realisierung der Empfehlungen zur Behebung der Schwachstellen verantwortlich.

3.4. Internes Kontrollsystem

Die PSS hat die Grundsätze des internen Kontrollsystems definiert. Das interne Kontrollsystem wird wie folgt gegliedert:

- direkte Prozesskontrolle,
- indirekte Prozesskontrolle,
- nicht prozessbezogene Kontrolle.

Aufgabe und Ziel des internen Kontrollsystems bestehen darin, Folgendes sicherzustellen und zu erreichen:

- wirtschaftliche Unternehmenstätigkeit,
- Einhaltung der Grundsätze der umsichtigen Unternehmenstätigkeit,
- ordnungsgemäßer, richtiger und effektiver Ablauf von Prozessen,
- Eliminierung bzw. Minimierung bekannter bzw. potenzieller Risiken,
- Sicherheit und Schutz des Lebens und der Gesundheit der Mitarbeiter, sowie
- Absicherung gegen Verluste von finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerten.

Im Rahmen der Anwendung des internen Kontrollsystems der PSS in alltäglicher Praxis enthalten sämtliche internen Vorschriften verbindlich ebenfalls separate Artikel über die Methoden und die Realisierung des internen Kontrollsystems für jene Prozesse, auf die sich die betroffene interne Vorschrift bezieht. Die Ergebnisse jeder Kontrolle sind mit entsprechenden Dokumenten belegt. Die zuständigen Mitarbeiter überwachen die Beseitigung der Feststellungen und die Umsetzung der Empfehlungen.

Nicht prozessbezogene Kontrollen innerhalb der PSS werden vom Fachbereich Interne Revision vorgenommen.

3.5. System der Risikosteuerung

Die kontinuierliche Ausübung der Geschäftstätigkeit erfordert, sich kontrolliert Risiken zu unterwerfen. Vor diesem Hintergrund muss die PSS in der Lage sein, die Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen und zu steuern, sowie auch eigenes Kapital zur Risikodeckung zur Verfügung zu haben.

Das System der Risikosteuerung in der PSS steht im Einklang mit dem slowakischen Bankengesetz und der Verordnung der NBS über Risiken und das System ihrer Steuerung. Durch die Implementierung des Risikosteuerungssystems hat die PSS alle Faktoren für die Steuerung der bei der Ausübung der Banktätigkeiten der PSS entstehenden Risiken verantwortlich gemacht. Das Ziel des Risikosteuerungssystems ist die Vorbeugung gegen potenzielle eigene Verluste aus Geschäftsrisiken durch rechtzeitige Identifizierung, Überwachung, Messung und Abschwächung einzelner Risiken. Dieses System dient ebenfalls als Basis für die Unterrichtung der Organe der Gesellschaft (Vorstand und Aufsichtsrat) und der NBS über die aktuelle Risikosituation der PSS.

Das grundlegende Ziel der Risikosteuerung ist, gegen eigene Verluste aus Risiken vorzubeugen und somit zur Sicherstellung der Erreichung der langfristigen unternehmerischen Ziele der PSS, vornehmlich der Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit, beizutragen.

Zu den größten Gruppen von Risiken zählen:

- **Kreditrisiko** (Risiko aus gewährten Darlehen an Kunden, Bonitätsrisiko bei Finanzinvestitionen sowie das durch Beziehungen mit Personen mit Sonderbeziehung zur Bank verbundene Risiko)
Unter dem Begriff „Kreditrisiko“ versteht die PSS die Möglichkeit der Erleidung von Verlusten an Erträgen (Zinsen auf Darlehen, Gebühren) und am Vermögen (Forderungen aus gewährten Darlehen), die aus der Nichterfüllung von vertraglichen Bedingungen bei Kreditgeschäften seitens der Kunden der Bank resultiert. Das Kreditrisiko entsteht bei einer negativen Entwicklung des externen Umfelds und umfasst vornehmlich die Unfähigkeit oder Ungefälligkeit des Kunden, seinen Verbindlichkeiten gegenüber der Bank aus gewährten Darlehen nachzukommen. Das Kreditrisiko kann ebenfalls infolge unzureichender Ausarbeitung oder Nichteinhaltung interner Vorgänge für die Abwicklung von Kreditgeschäften entstehen.
- **Marktrisiko (Zinsrisiko)** Die PSS definiert das Zinsrisiko als Risiko der Minderung des Zinsergebnisses infolge einer negativen Entwicklung der Marktzinssätze mit einer nachfolgenden nachteiligen Auswirkung auf die Rentabilität der Bank.
- **Liquiditätsrisiko** Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die PSS das Risiko, dass sie die Fähigkeit verliert, ihren Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit nachzukommen.
- **Betriebsrisiko** Das Betriebsrisiko versteht die PSS als ein Verlustrisiko, das sich aus unangemessenen oder fehlerhaften internen Prozessen, menschlichem Versagen, Systemversagen oder aus äußeren Ereignissen und Einflüssen ergibt. Zum Betriebsrisiko zählt auch das Rechtsrisiko, wobei hierunter das Verlustrisiko verstanden wird, das vor allem aus der Nichteinklagbarkeit von Verträgen, der Gefahr erfolgloser Gerichtsverfahren oder aus Gerichtsentscheidungen mit negativen Folgen resultiert.
- **Sonstige wesentliche Risiken**

Als sonstige wesentliche Risiken klassifiziert die PSS vor allem die strategischen Risiken.

Das System der Risikosteuerung umfasst die Methoden, die Strategie und die Organisierung der Risikosteuerung, das Informationssystem zur Risikosteuerung, Informationsflüsse sowie das interne Kontrollsystem.

Die Strategie der Risikosteuerung enthält die bei der Steuerung einzelner Risiken angewandten fundamentalen Ziele und Grundsätze, vor allem aber:

- eine umfängliche Definition des Risikos,
- das zu tolerierende Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich der Konzern bzw. die Bank dem tolerierten Risikoausmaß aussetzt,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,
- Typen von Limits, welche der Konzern bzw. die Bank verwendet, und Grundsätze für die Auswahl und Festlegung anderer Limits,
- das Volumen des zur Deckung des Risikos bestimmten wirtschaftlichen Kapitals und Grundsätze für die Ermittlung dieses Volumens,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftsfelder, sowie
- Grundsätze für die Organisierung der Risikosteuerung.

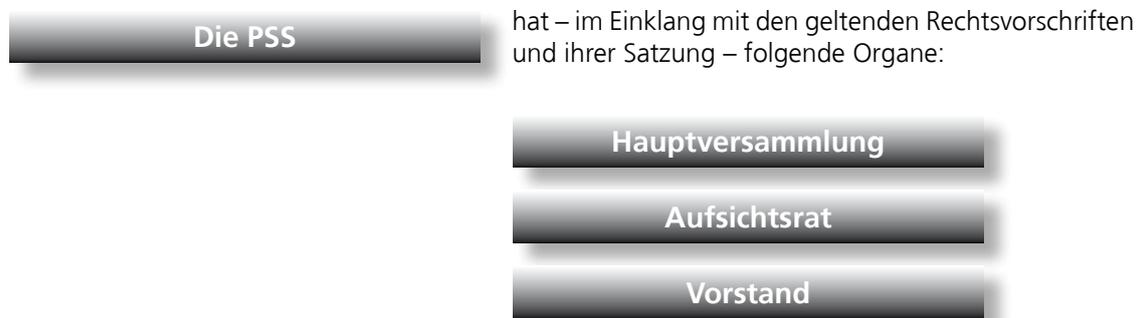
Mit der Koordinierung des gesamten Systems der Risikosteuerung ist das Fachgebiet Betriebs- und Risikocontrolling beauftragt, das zusammen mit dem Vorstand, dem ALCO- Ausschuss, dem Fachgebiet Sicherheit, dem Fachbereich Interne Revision, den Direktoren einzelner Fachbereiche und den Leitern individueller Fachgebiete die Stützpfiler des Systems der Risikosteuerung in der PSS darstellt. Bei der Gestaltung des Systems der Risikosteuerung trennt die PSS, sowohl organisatorisch als auch personell, die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der zuständigen Abteilungen, um jegliche Interessenkonflikte in größtmöglichem Maße zu vermeiden. Die mit:

- Akquisition,
- Geschäftsabschluss,
- Geschäftsabwicklung, und
- Risikosteuerung

zusammenhängenden Tätigkeiten sind für einzelne Risiken, insbesondere für das Kredit- und Marktrisiko, strikt voneinander getrennt. Die Trennung der Tätigkeiten beim Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen, ist bis zur höchstmöglichen Führungsebene sichergestellt.

Das System der Risikosteuerung wird jährlich auf Angemessenheit und Funktionsfähigkeit überprüft und vom Vorstand bewilligt. Die PSS verwendet derzeit einen standardisierten Ansatz für die Steuerung des Kredit- und Betriebsrisikos. Zur Messung des Zinsrisikos des Bankbuches wird die „Value-at-risk“-Methode verwendet. Die PSS verfügt über ein gründlich durchgearbeitetes und regelmäßig aktualisiertes komplexes Stresstestsystem. Zugleich hat sie das System und die Strategie für die Beurteilung der Angemessenheit des Eigenkapitals eingeführt und veröffentlicht am Internet nähere Informationen, die mit dem System der Risikosteuerung zusammenhängen.

3.6. Hauptversammlung



Die Kompetenzen der Hauptversammlung werden im Artikel VIII der Satzung der PSS geregelt. Zu den wichtigsten Befugnissen der Hauptversammlung zählen vor allem:

- Änderung der Satzung,
- Beschluss über die Erhöhung oder Verminderung des Grundkapitals,
- Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder,
- Wahl und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder (mit Ausnahme der von Arbeitnehmern gewählten Mitglieder),
- Feststellung des ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschlusses,
- Beschluss über die Auflösung der Gesellschaft und über die Änderung ihrer Rechtsform,
- Änderung der den einzelnen Typen von Aktien zugehörenden Rechte,
- Bewilligung der Verpfändung von Aktien,
- Genehmigung der Übertragung oder jeglichen Übergangs von Eigentumsrechten an Namensaktien der Gesellschaft (mit Ausnahme der Übertragung von Aktien an Mutter- oder Tochtergesellschaften),
- Genehmigung der Kapitalbeteiligung an anderen Gesellschaften,
- Beschluss über die Erweiterung oder Änderung des Unternehmensgegenstands,
- Beschluss über eine neue Emission von Aktien und Festlegung des Nominalwerts dieser Aktien sowie der mit ihnen verbundenen Rechte und Pflichten, und
- Genehmigung des Abschlussprüfers.

Die Hauptversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt. Sie wird mindestens einmal im Jahr vom Vorstand der PSS einberufen. Die Einberufung erfolgt in schriftlicher Form mindestens 30 Tage vor dem Termin der Hauptversammlung. Der Aktionär nimmt entweder persönlich oder durch einen bevollmächtigten Vertreter an der Hauptversammlung teil. Die Hauptversammlung wird vom gewählten Tagungsleiter geführt.

Hauptversammlungen in 2010:

- ordentliche Hauptversammlung am 14. April 2010
- außerordentliche Hauptversammlung am 25. November 2010

3.7. Aufsichtsrat

Die Funktionen und Kompetenzen des Aufsichtsrates werden im Artikel XI der Satzung der PSS geregelt. Bei der Ausübung seiner Tätigkeiten befolgt der Aufsichtsrat die Sitzungsordnung, die von der Hauptversammlung verabschiedet wird. Der Aufsichtsrat überwacht die Durchsetzung der Kompetenzen des Vorstands und die Ausübung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat ist vor allem berechtigt:

- die Vorgehensweise in allen Bereichen der Tätigkeit der Gesellschaft zu überprüfen,
- in sämtliche Dokumente und Aufzeichnungen, die sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft beziehen, Einsicht zu nehmen,
- zu kontrollieren, ob die Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften, der Satzung der PSS sowie den Anweisungen der Hauptversammlung ausgeübt wird,
- den ordentlichen, außerordentlichen und konsolidierten Jahresabschluss sowie die Vorschläge für die Gewinnverwendung bzw. Verlustdeckung zu überprüfen und der Hauptversammlung einen Bericht über das Ergebnis dieser Überprüfung jährlich vorzulegen,
- an der Hauptversammlung der Gesellschaft teilzunehmen, hier seine Vorschläge einreichen und die Hauptversammlung über die Ergebnisse seiner Kontrolltätigkeit zu unterrichten,
- die Hauptversammlung auch über eine Minderheitsmeinung zu informieren, insbesondere dann, wenn es sich um eine unterschiedliche Meinung der Vertreter der Arbeitnehmer der Gesellschaft handelt,
- eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen, wenn es die Interessen der Gesellschaft erfordern, sowie
- die Gesellschaft in einem Streit gegen den Vorstand als Organ oder gegen seine einzelnen Mitglieder zu vertreten.

Seine Rechte übt der Aufsichtsrat gemeinsam als ein Organ oder durch seine einzelnen Mitglieder aus. Die Ausübung der Kontrolltätigkeit kann er dauerhaft auf seine Mitglieder aufteilen, wobei keinerlei Recht oder Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt werden. Der Aufsichtsrat setzt – als Arbeitsorgane – aus seinen Mitgliedern Ausschüsse ein, die aufgrund von Beschlüssen mit konkreten Aufgaben beauftragt werden. Der Aufsichtsrat der PSS hat einen Prüfungsausschuss konstituiert, der die vom Gesetz geforderten Aufgaben erfüllt und den Aufsichtsrat darin unterstützt, seine Arbeitseffektivität bei der Behandlung komplexer Themen zu erhöhen. Der Prüfungsausschuss hat 5 Mitglieder – 4 werden vom Aufsichtsrat von den Aufsichtsratsmitgliedern bestellt und ein unabhängiges Mitglied wird von der Hauptversammlung gewählt.

Aufsichtsratsvorsitzender:

Ehrhard Steffen

Stellvertretender Vorsitzender:

Ing. Jan Rollo (*bis zum 25. November 2010*)
Ing. Jozef Síkela (*seit dem 25. November 2010*)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates

für Slovenská sporiteľňa, a.s.:

Ing. Jan Rollo (*bis zum 25. November 2010*)
Ing. Jozef Síkela (*seit dem 25. November 2010*)
Mag. Frank Michael Beitz (*bis zum 25. November 2010*)
Ing. Jiří Huml (*seit dem 25. November 2010*)

für Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ehrhard Steffen
Jochen Maier

für Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien

Mag. Dr. Erich Rainbacher (*bis zum 3. Dezember 2010*)
Mag. Manfred Url (*seit dem 3. Dezember 2010*)
Mag. Johann Ertl

für die Mitarbeiter der PSS:

Ing. Zuzana Tománková
Ing. Martin Maroš
Ing. Nadežda Račanská

Aufsichtsratssitzungen in 2010:

14. April 2010
25. November 2010

3.8.1. Vorstand

Der Vorstand der PSS besteht aus drei Mitgliedern. Die Vorstandmitglieder werden – aufgrund der Vorschläge der Aktionäre – von der Hauptversammlung gewählt, wobei jeder Aktionär ein Vorstandsmitglied vorschlägt.

In 2010 war der Vorstand in folgender Zusammensetzung tätig:

- Vorstandsvorsitzender:

Ing. Imrich Béreš

(für die Slovenská sporiteľňa, a.s., Bratislava, Slowakei und die Erste Group Bank AG, Wien, Österreich)

- Vorstandsmitglieder:

Mag. Herbert G. Pfeiffer

(für die Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, Wien, Österreich)

Dipl. Ing. Erich Feix

(für die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, Deutschland)

Der Vorstand geht in seiner Tätigkeit von seiner Sitzungs- und Organisationsordnung aus, die von der Hauptversammlung genehmigt wird. Die einzelnen Angelegenheiten, die mit der Tätigkeit der Gesellschaft zusammenhängen, werden vom Vorstand auf seinen regelmäßigen Sitzungen besprochen – in 2010 waren es insgesamt 47 Vorstandssitzungen.

Zu den wichtigsten Beschlüssen des Vorstands der PSS in 2010 zählten bestimmt:

- aufgrund der Analyse der Entwicklung der Wirtschaftskrise, der Einkommenslage der Bevölkerung und der Situation auf dem Immobilienmarkt, Beschluss über die Herabsetzung des Zinssatzes für Zwischendarlehen ohne vorheriges Sparen bis auf 1,99% p.a., und zwar für sämtliche Darlehen, welche die Kunden (sowohl natürliche als auch juristische Personen) zwischen 1. Februar und 31. Juli 2010 beantragten,
- im Einklang mit der ab 1. Juni 2010 geltenden Novelle zum Verbraucherkreditgesetz, Beschluss über die Ausarbeitung eines Projekts zur Einführung von Verbraucherkrediten in der PSS – die PSS räumt hiermit Verbraucherkredite völlig in Übereinstimmung mit geltendem Recht ein, wobei sämtliche Tätigkeiten computergestützt sind,
- prompte Reaktion auf die Situation der Menschen nach den vernichtenden Überflutungen in der Slowakei, blitzschnelle Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Mitbürger,
- blitzschnelle und energische Reaktion auf den Novellenentwurf zum Bauspargengesetz, der zur fachlichen Diskussion und Beurteilung vorgelegt wurde; dank dieser Reaktion, die von einer detaillierten Analyse der Problematik und exakten Argumenten für den gesamten Bausparsektor unterstützt wurde, ist es gelungen, die Gesetzesinitiative des slowakischen Finanzministeriums zu stoppen,
- umfassende Umschulung der Mitarbeiter des Vertriebsnetzes in Zusammenhang mit der Erfüllung der Anforderungen des Gesetzes über Finanzvermittlung und -beratung.

Die PSS hat zwei selbstständige Ausschüsse – den **ALCO- Ausschuss** und den **Kreditausschuss** – als Beratungsorgane des Vorstands gegründet.

Aufgabe des ALCO- Ausschusses ist es, die operative Steuerung der PSS, vor allem im Bereich der Steuerung der Aktiva und Passiva, der Liquidität sowie des Kredit- und Zinsrisikos zu unterstützen. Auf seinen Sitzungen befasst er sich vorwiegend mit folgenden Angelegenheiten:

- Entwurf und Aktualisierung der Investitionsstrategie,
- Entwicklung des Kreditportfolios, der Spareinlagen, der Bilanzstruktur, sowie der Ausgangsparameter der Betriebsplanung,
- Entwicklung des Zinsrisikos,
- Vorschlag zu Änderungen der Kreditlimits der PSS für Einlagen bei anderen Banken zusammen mit einer Übersicht über ihre Einhaltung,
- Analyse der Wettbewerber,
- Vorschlag und Berechnung der Zinssätze für Zwischendarlehen,
- Vorschlag für Änderungen im Gebührentarif, sowie
- Produktinnovationen.

Die Sitzungen des ALCO- Ausschusses finden üblicherweise jeden Monat, meistens in der letzten Woche des Kalendermonats, statt. In 2010 gab es 15 Sitzungen.

Der Kreditausschuss, der aus den Vorstandsmitgliedern besteht und die Direktoren der Fachbereiche Kundenbetreuung und Betreuung juristischer Personen als beratende Experten hinzuzieht, entscheidet über die Kreditzuteilung bzw. -ablehnung:

- Bei natürlichen Personen sind es im Wesentlichen die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme von über € 100.000, die Darlehenssanierung (z.B. Aufschub von Teilzahlungen über 12 Monate bzw. bis zu 12 Monaten bei einer monatlichen Teilzahlung von mehr als € 400, sowie Entscheidungen über Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für natürliche Personen.
- Bei juristischen Personen sind es vornehmlich die Genehmigung (bzw. Ablehnung) von Darlehen mit einer Bausparsumme von über € 100.000, Entscheidungen über Änderungen in den Bedingungen bereits abgeschlossener Geschäfte mit einer Bausparsumme ausserkollektiven über € 100.000, Genehmigung (bzw. Ablehnung) der Darlehen für juristische Personen aus Finanzmitteln, sowie Entscheidungen über Ausnahmen von den geltenden Darlehensbedingungen für juristische Personen.

In 2010 hielt der Kreditausschuss 51 Sitzungen ab.

3.8.2. Vorstandsmitglieder

Ing. Imrich Béreš wurde am 5. März 1962 in Ružomberok (Slowakei) geboren. Er beendete das Studium an der Fakultät des Außenhandels der Ökonomischen Hochschule in Bratislava. Bis 1991 war er im Kulturbereich tätig; später war er verantwortlicher Direktor der Gesellschaft M&A Bratislava, s.r.o. (1991 – 1993) und Direktor des Sekretariats und des Protokolls der Kanzlei des slowakischen Präsidenten (1993 – 1994). Im Bankwesen ist er seit 1994 tätig (Berater für Investitionen und Privatisierung der Investment Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria, Vorstandsmitglied der Bank Austria – Creditanstalt Slovakia, a. s.). In den Jahren 2001 – 2003 widmete er sich aktiv der Politik (Abgeordneter des slowakischen Parlaments und Mitglied mehrerer Parlamentsausschüsse); im Herbst 2003 kehrte er jedoch ins Bankwesen zurück. Ab dem 1. September 2003 war er als Prokurist der PSS tätig; seit 1. Februar 2004 ist er Vorsitzender des Vorstands.



Mag. Herbert G. Pfeiffer wurde am 30. Oktober 1952 in Wien (Österreich) geboren. Dort beendete er das Studium der Betriebswirtschaftslehre als Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Er besitzt umfangreiche professionelle Erfahrungen im Bereich des internationalen Marketings, der Wohnungswirtschaft, der Industriepolitik und der direkten Auslandsinvestitionen. Seit dem 6. November 1994 ist er Vorstandsmitglied der PSS. Im Oktober 2007 wurde er zum Präsidenten der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) gewählt. Daneben bekleidet er wichtige Positionen auch in anderen ausländischen Institutionen und Organisationen – er ist Mitglied des HUMAN-Beratungsnetzes der UNO-ECE-Kommission in Genf, Mitglied des Aktionsausschusses der International Union for Housing Finance (IUHF) in London, und Mitglied des Verwaltungsrates der slowakischen Bildungsinstitution Academia Istropolitana Nova mit Sitz in Svätý Jur. Für seine Verdienste im Bausparbereich sowie auf dem Feld der Vertiefung von bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Slowakei und Österreich wurde er im September 2008 zum Laureaten der Goldenen Ehreenauszeichnung für die Verdienste um die Österreichische Republik.



Dipl. Ing. Erich Feix wurde am 3. September 1963 in Bratislava (Slowakei) geboren. Er absolvierte ein Studium an der Technischen Universität in Karlsruhe – Fachrichtung Informatik und an der Fachhochschule in Aalen – Fachrichtung Wirtschafts-Engineering mit Spezialisierung auf Steuern und Marketing. Ab Dezember 1991 arbeitete er als Fachberater in der Abteilung Auslandsmärkte – Planung der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG. Er war mitverantwortlich tätig für die Errichtung der Aktiengesellschaften der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG in der Slowakei und der Republik Tschechien; ebenso war er Projektleiter für Russland, die Ukraine und Kasachstan. Seit September 2001 war er als Leiter der Stabsstelle des Vorstands der PSS tätig. Seit dem 1. Januar 2003 ist er Vorstandsmitglied der PSS. Im Juni 2005 wurde er zum ersten Präsidenten der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer gewählt.



3.9. Organisationsstruktur

Ressort A:

Ing. Imrich Béreš
Bankdirektor
(02/58231452)

Ing. Jozef Bundala
Direktor des Fachbereichs
Personal
(jbundala@pss.sk)

JUDr. Katarína Niňajová
Direktorin des Fachbereichs
Betreuung juristischer Personen
(kninajova@pss.sk)

Ing. Ivan Vozník
Direktor des Fachbereichs Kundenbetreuung; Prokurist
(ivoznik@pss.sk)

JUDr. Irena Wimmerová
Direktorin des Fachbereichs
Recht und Außenbeziehungen
(iwimmerova@pss.sk)

Ressort B:

Mag. Herbert G. Pfeiffer
Bankdirektor
(02/58231301)

Ing. Ivan Sedláček
Direktor des Fachbereichs
Informationstechnologien
(isedlacek@pss.sk)

Ing. Roman Macher
Direktor des Fachbereichs
Einkauf
(rmacher@pss.sk)

Mgr. Juraj Masár
Direktor des Fachbereichs
Planung, Betriebs- und
Risikocontrolling
(jmasar@pss.sk)

Ing. Martin Mitický
Direktor des Fachbereichs
Allgemeiner Service
(mmiticky@pss.sk)

Ing. Vladimír Stejskal, PhD.
Direktor des Fachbereichs
Rechnungswesen; Prokurist
(vstejskal@pss.sk)

Ressort C:

Dipl. Ing. Erich Feix
Bankdirektor
(02/58231404)

Ing. Miloš Blanárik
Direktor des Fachbereichs
Kommunikation
(mblanarik@pss.sk)

Ing. Martin Ranuša
Direktor des Fachbereichs
Marketing
(mranusa@pss.sk)

Ing. Eva Trégerová
Direktorin des Fachbereichs
Vertriebsanalyse, Betreuung und
Projekte; Prokuristin
(etregerova@pss.sk)

Ing. Kamil Timura
Direktor des Fachbereichs
Vertrieb
(ktimura@pss.sk)

Regionalzweig- stellenleiter:

Ing. Ľubomír Matrka
Bratislava
(02/58231196)

Ing. Zuzana Pavlenová
Nitra
(037/6522279)

Bc. Jarmila Beňušková
Banská Bystrica
(048/4155787)

Anna Botková
Trenčín
(032/7441251)

Ing. Lenka Dikaczová
Žilina
(041/5624829)

Ing. Zuzana Mencilová
Košice
(055/6220935)

Ing. Milena Švecová
Prešov
(051/7722660)

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohndarlehen. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten

4. Tätigkeitsbericht

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohndarlehen. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohndarlehen. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohndarlehen. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohndarlehen. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. erzielte 2010 einen absoluten Rekord von 428,2 Mio. Eur im Volumen der ausgereichten Wohn-

4.1. Das Umfeld determiniert

Aus globaler Sicht war 2010 das dritte Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es war aber ebenfalls ein Jahr, das die Rückkehr zu Wirtschaftswachstum signalisierte, was auch die gesamte Wirtschaftsentwicklung in der Slowakei bestätigte. Das Jahr 2010 brachte dem Land eine gewisse wirtschaftliche Wiederbelebung. Nach den Angaben des slowakischen Statistischen Amtes wurde in der Slowakei in 2010 ein Bruttonominalprodukt („BSP“) von € 65.905,5 Mio. erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der BSP bei üblichen Preisen um 4,5%; bei festen Preisen war es um 4% höher. Nach dem Abschwung in 2009 kehrte somit die slowakische Wirtschaft gleich in 2010 zu schwarzen Zahlen zurück und stieg schneller als im Durchschnitt die Wirtschaft der Eurozone und der EU. Die Hauptstütze des slowakischen Wachstums war die Industrie und der Export. Im letzten Quartal 2010 trug zur Wiederbelebung der slowakischen Wirtschaft aber auch der Verbrauch von Haushalten bei, der erstmals seit Ende 2009 stieg und sich unterjährig um 1,5% erhöhte.

Der durchschnittliche monatliche Nominallohn der slowakischen Arbeitnehmer, wie von den Angaben des slowakischen Statistischen Amtes bestätigt, erreichte € 769 in 2010. Im Vergleich zum Vorjahr stieg er um 3,2%; unter Berücksichtigung der Inflation betrug der unterjährige Anstieg 2,2%. Den höchsten durchschnittlichen monatlichen Nominallohn verdienten die Beschäftigten im Informations- und Kommunikationssektor (€ 1.450), den niedrigsten die Arbeitnehmer im Sektor Hotellerie (€ 503). Der durchschnittliche monatliche Nominallohn von Arbeitnehmern war in 2010 in allen Landkreisen der Slowakei höher als ein Jahr zuvor. Der größte Anstieg wurde im Kreis Banská Bystrica (um 5%) und im Kreis Košice (um 4,7%) verzeichnet. Höher als der Durchschnitt für die gesamte Wirtschaft war der monatliche Nominallohn aber nur im Kreis Bratislava (€ 991).

Trotz der Tatsache, dass der Nominallohn höher war und das Wachstum der gesamten slowakischen Wirtschaft zu den schnellsten innerhalb der EU zählte, stellte der Arbeitsmarkt auch in 2010 ein heikles Problem für die slowakische Ökonomie dar. Nach den vom slowakischen Statistischen Amt veröffentlichten Angaben stieg die Arbeitslosenquote von 12,1% in 2009 auf 14,4% in 2010, wobei sich die Anzahl der Arbeitslosen um 64,8 Tsd. auf insgesamt 389 Tsd. Personen erhöhte. Am schnellsten stieg die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen zwischen 15 – 24 Jahren. Ein weiteres Negativum war die Tatsache, dass in 2010 weiterhin die Anzahl der Langzeitarbeitslosen (d.h. der Menschen, die über 1 Jahr ohne Arbeit waren) stieg. Die Arbeitslosenquote stieg in allen Regionen der Slowakei, in absoluten Zahlen am höchsten im Kreis Žilina (um 13,3 Tsd. Menschen), gefolgt vom Kreis Trnava und Trenčín. Die höchste regionale Arbeitslosenquote (18,6%) war in den Kreisen Banská Bystrica und Prešov. Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass sich das Tempo des Arbeitslosenanstiegs in einzelnen Quartalen des Berichtsjahres allmählich verlangsamte.

4.2. Wohnungsbau in 2010

Die Situation im Wohnungsbau in der Slowakei in 2010 war ähnlich wie im Vorjahr. Das bedeutet, dass nach einer mehrjährigen Periode des Wohnungsbauaufschwungs das Jahr 2010 einen weiteren Rückgang des Wohnungsbaus brachte. Dies hing auch mit der Tatsache zusammen, dass in 2010 die Stagnation im Immobiliensegment andauerte. Insbesondere der Verkauf von neugebauten Wohnungen mit größeren Flächen blieb – auch nach Preisrückgang – fast unrealisierbar.

Nach den von dem Statistikamt der SR veröffentlichten Daten wurde in der Slowakei zum 31. Dezember 2010 mit dem Bau von 16.211 Wohnungen begonnen, 17.076 Wohnungen wurden fertig gestellt und 66.596 Wohnungen waren im Bau. Im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres fiel die Anzahl der Wohnungen, mit deren Bau begonnen wurde, um 20,2%; bei fertig gestellten Wohnungen betrug der Rückgang 9,3%. Traditionell wurden die meisten Wohnungen im Kreis Bratislava – 5.222 und im Kreis Trnava – 2.715 fertig gestellt. Hingegen wurde die niedrigste Anzahl von fertig gestellten Wohnungen in den Kreisen Banská Bystrica (888) verzeichnet.

Was die Eigentumsstruktur der fertig gestellten Wohnungen angeht, nach den Statistiken des slowakischen Ministeriums für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung waren zum 30. September 2010 nicht weniger als 87,3% (d.h. 10.014) im Privatbesitz; im Gemeindebesitz waren 12,7% (d.h. 1.457) aller fertig gestellten Wohnungen. Zugleich kann festgestellt werden, dass 5.874 fertig gestellte Wohnungen (d.h. 51,2%) sich in Eigenheimen befanden.

Aus Sicht der Größe wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2010 meist 3-Zimmerwohnungen (26,6%) und 4-Zimmerwohnungen (26,8%) fertig gestellt. Die durchschnittliche Bodenfläche einer fertig gestellten Wohnung betrug 113,2 m²; die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung belief sich auf 71,9 m².

Aus den Angaben der NBS ergibt sich, dass im Vergleich zum Vorjahr die Immobilienpreise in der Slowakei im Durchschnitt sanken, da zum 31. Dezember 2010 der Durchschnittspreis pro Quadratmeter Wohnfläche insgesamt 1.291 €/m² betrug. In den Kreisen Banská Bystrica und Košice wurde jedoch ein leichter Preisanstieg bei zu Wohnzwecken dienenden Immobilien verzeichnet. Am teuersten war das Wohnen in Bratislava, wo sich der Durchschnittspreis pro Quadratmeter bei 1.726 €/m² bewegte; der niedrigste Durchschnittspreis pro Quadratmeter war in Nitra, wo er bei 620 €/m² lag.

Was den Wohnungsverkauf angeht, entwickelte sich dieser in 2010 – wie die Immobilienagenturen feststellten – ziemlich ungleichmäßig. Während er in den ersten neun Monaten des Jahres 2010 nur relativ bescheidene Ergebnisse erzielte, brach das letzte Quartal alle Rekorde. Dies war insbesondere der Gesetzesänderung bezüglich der Steuer bei Immobilienverkauf sowie dem „Wettbewerb“ von Banken in der Höhe des Zinssatzes auf Darlehen am Jahresende zuzuschreiben. Die Leute interessierten sich meistens für 1- und 2-Zimmer-Wohnungen, wobei dieser Trend nach Ansicht der Immobilienmarktexperten weiterhin andauern wird. Während vor der Krise der Markt mit größeren und luxuriöseren Wohnungen überschwemmt wurde, sollen die Folgejahre eine andere Ausrichtung bringen. Auf den Markt kommen neue Projekte mit kleineren Wohnungen.

4.3. Wohnungsfinanzierung in 2010

Fast 4 von 10 Slowaken leben in überfüllten Wohnungseinheiten oder Eigenheimen. Nach den von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlichten Angaben ergibt sich ebenfalls, dass diese Zahl mehr als das Zweifache des Durchschnitts der EU ist. Nicht weniger als 39,7% der slowakischen Bevölkerung leben in unbehaglichen Verhältnissen und die Slowakei hat sich somit in die Gruppe der neuen EU-Mitgliedsstaaten eingereiht, die viel schlimmere Ergebnisse in dieser Richtung ausweisen als die ursprünglichen 15 EU-Länder.

Die Statistiken von Eurostat spiegeln die objektive Realität bezüglich der Wohnsituation in der Slowakei wider. Es ist offenkundig, dass diese nicht dem europäischen Standard entspricht. Seine Erreichung erfordert eine komplexe und systematische Lösung, die auf die Finanzierung durch spezialisierte Bankprodukte, von denen Bausparen eine bedeutende Rolle spielt, nicht verzichten kann.

Diese Feststellung wird auch von der Entwicklung der Darlehen für Wohnzwecke in 2010 bestätigt, die – im Vergleich zum Vorjahr – eine richtige Expansion verzeichneten. Nach den Angaben der NBS erreichte sie den Höhepunkt im letzten Quartal 2010, in dem der Banksektor den Haushalten Immobiliendarlehen in Höhe von € 927 Mio. einräumte, was unterjährig einen Anstieg um € 305 Mio. darstellte. Für das gesamte Jahr 2010 stellten Banken mittels Darlehen über € 3 Mrd. für die Wohnungsfinanzierung bereit. Damit kam das Darlehensvolumen – nach den Erklärungen der Banken – auf das Niveau vor der Krise zurück. Das Gesamtvolumen der für Wohnzwecke gewährten Darlehen stieg in der Slowakei in 2010 um € 1,29 Mrd. Den größten Einfluss auf den Anstieg der Darlehen für Wohnzwecke hatten niedrigere Immobilienpreise und niedrigere Zinssätze, deren sinkende Tendenz auch von der NBS bestätigt wurde.

Die Statistiken der NBS zeigen gleichzeitig, dass der unterjährige Anstieg der Darlehen für Wohnzwecke hauptsächlich dem höheren Volumen der zweckfreien Immobiliendarlehen zu verdanken ist, die sich um € 1,20 Mrd. auf € 4,71 Mrd. (zum 30. November 2010) erhöhten. Den zweitgrößten unterjährigen Anstieg verzeichnete das Volumen der Bauspardarlehen, und zwar um € 50,09 Mio. auf € 1,89 Mrd. „Rang 3“ gehörte den Hypotheken, die unterjährig um € 37,27 Mio. auf € 3,84 Mrd. stiegen.

Immobiliendarlehen werden in der Slowakei von 21 Bankhäusern eingeräumt. Die Bedeutung des Bausparens und speziell der PSS bei der Wohnungsfinanzierung wird ebenfalls durch die von der NBS präsentierte Übersicht über den Marktteil in 2010 bestätigt. Danach wurden die meisten Immobiliendarlehen von der Slovenská sporiteľňa, a.s. (25,72%) eingeräumt; Rang 2 belegte die Všeobecná úverová banka, a.s. (22,51%) und Rang 3 die PSS mit 15,59%. Die PSS hatte zugleich den deutlich größten Anteil an gewährten Bauspardarlehen – und zwar nicht weniger als 87,6%.

4.4. 1 auf dem Markt

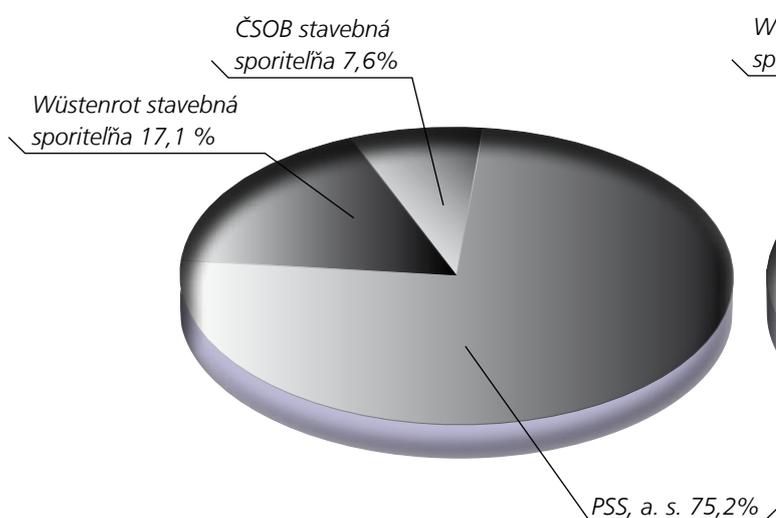
Die Tendenz des unerwartet schnellen Anstiegs der Darlehen für Wohnzwecke, die das Jahr 2010 kennzeichnete, spiegelte sich auch in den Ergebnissen der PSS wider. In 2010 teilte die PSS nicht weniger als 24.398 Darlehen für Wohnzwecke zu, was einen unterjährigen Anstieg um 48% darstellt. 2010 war jedoch für die PSS ein absolutes Rekordjahr aus Sicht des Volumens der für Wohnzwecke gewährten Darlehen, das die Höhe von € 428,2 Mio. erreichte. Dies stellt nicht nur einen unterjährigen Anstieg um 68% dar, sondern ist es auch das größte Volumen von eingeräumten Darlehensmitteln in der gesamten 18-jährigen Geschichte der größten slowakischen Bausparkasse.

Immobilienkredite werden in der Slowakei von 21 Bankhäusern eingeräumt. Aus der Gesamtsumme von nahezu € 3 Mrd., die sie in 2010 zusammen mittels Darlehen ins Wohnungswesen investierten, stammten fast € 499 Mio. von den drei Bausparkassen – davon € 428,2 Mio. von der PSS selbst. Die PSS verteidigte somit auch in 2010 erfolgreich ihre führende Position auf dem Bausparkmarkt und zugleich die Position des wichtigsten Finanzinstituts auf dem slowakischen Bankenmarkt, das sich auf die Wohnungsfinanzierung spezialisiert.

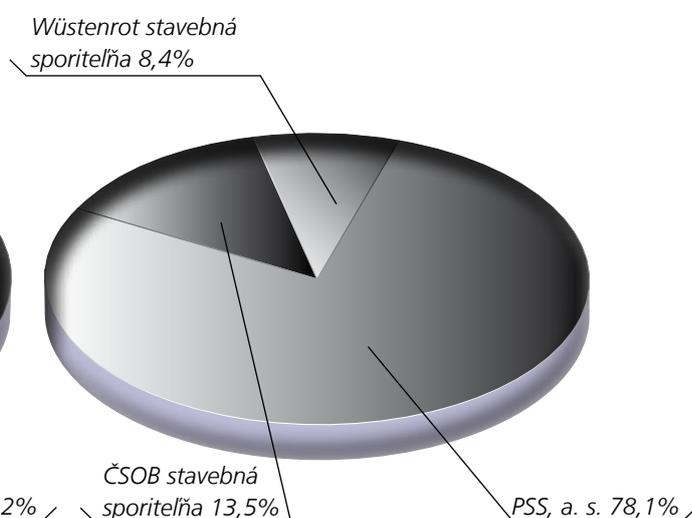
Der Anteil der PSS im Bereich der Bauspar- und Zwischendarlehen stieg im Berichtsjahr bis auf 87,6%; somit wurde sie zum drittgrößten Kreditgeber für Wohnzwecke unter allen slowakischen Bankhäusern. In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt € 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%. Die dominante Position in ihrem Segment bestätigte sie auch im Bereich der Finanzierung der Renovierung von Wohnhäusern.

Die hohe Qualität der Tätigkeit der PSS in 2010 wurde auch durch den 2. Platz in der Rangliste Bank des Jahres 2010 bestätigt – dieser Jahrespreis wird vom Wirtschaftswochenblatt TREND für außerordentliche unternehmerische Ergebnisse verliehen. Die Bedeutung dieser Auszeichnung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass sich die PSS, im Gegensatz zu ihren meisten Wettbewerbern, ausschließlich auf ein einziges Produkt – das Bausparen – konzentriert.

Neue Bausparverträge – Anzahl



Neue Bausparverträge – Bausparvolumen



4.5. Bausparen in der PSS in 2010 – Natürliche Personen

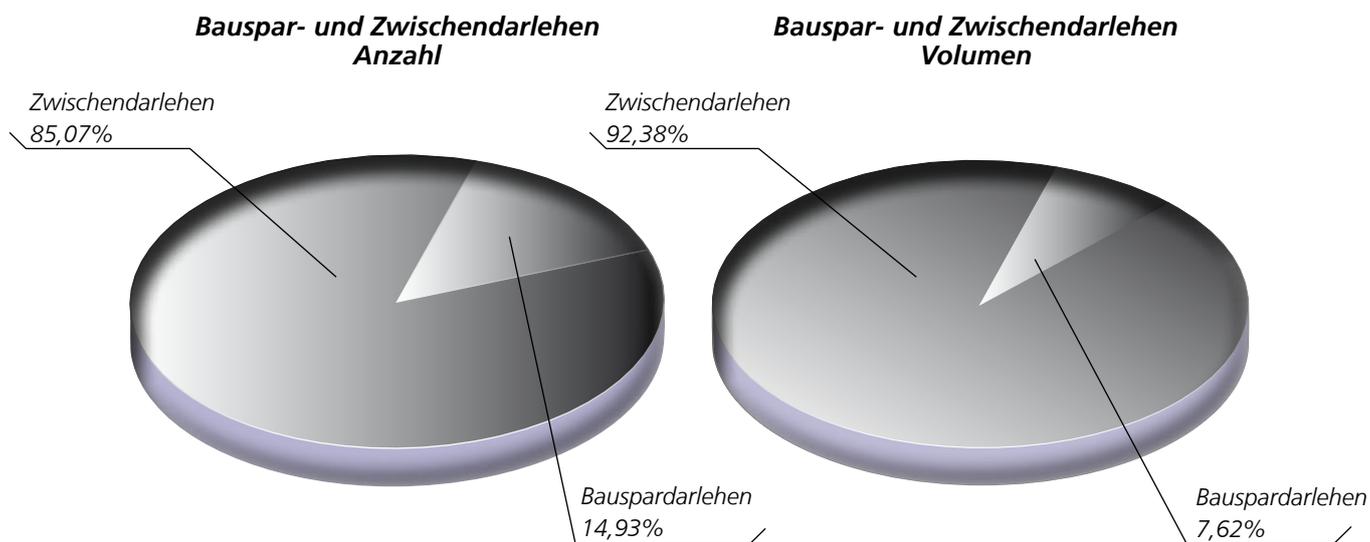
Das primäre Ziel der PSS, das sich in jedem Schritt ihrer Tätigkeit widerspiegelt, ist die Befriedigung der Wohnbedürfnisse, die Erhöhung der Qualität des Wohnens und die Wahrung der Interessen ihrer Kunden. Bei der Realisierung dieser Absichten legt die PSS den Schwerpunkt auf die Erreichung der langfristigen Zufriedenheit der Kunden mit erbrachten Dienstleistungen, die Sicherstellung der andauernden Erhöhung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen sowie auf die Anpassung an die Bedürfnisse und Anforderungen der Kunden. Diese Vorgehensweise geht gleichzeitig von den permanenten Bemühungen der PSS aus, die Möglichkeiten der Nutzung des Bausparens als Produkt zu erweitern, das sich grundsätzlich jeder leisten kann.

In 2010 schloss die PSS mit Bausparern – natürlichen Personen insgesamt 200.465 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von € 1,68 Mrd. ab, was einer durchschnittlichen Bausparsumme von € 8.378 entsprach. Über 20% der neuen Verträge (40.711) waren Verträge im Tarif Junior Extra. Zum Jahresende waren bei der PSS insgesamt 818.122 natürliche Personen als Bausparer registriert; ihre Einlagen auf Bausparverträge erreichten € 1,74 Mrd. In 2010 bearbeitete die PSS zugleich 24.231 Kündigungen von Bausparverträgen aufgrund zweckgebundener Verwendung der angesparten Finanzmittel. Zum 31. Dezember 2010 verwaltete die PSS insgesamt 907.768 Bausparverträge (sowohl für natürliche als auch für juristische Personen) mit Bausparsummen von insgesamt € 11,7 Mrd.

Was den Darlehensbereich angeht, teilte die PSS in 2010 natürlichen Personen 3.599 Bauspardarlehen mit einem Gesamtvolumen von € 30,49 Mio. und 20.507 Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt € 369,48 Mio. zu. Dies war das größte Volumen von Bauspar- und Zwischendarlehen, das die PSS bis jetzt in einem Jahr zugeteilt hat.

Insgesamt gewährte die PSS in 2010 natürlichen Personen € 456,47 Mio. für Wohnzwecke. Den größten Teil davon – € 196,73 Mio. – nutzten die Kunden zur Renovierung und Modernisierung. Weitere € 92,71 Mio. investierten sie in den Kauf einer Wohnung oder eines Hauses; für den Neubau waren es € 23,73 Mio. und für sonstige Bau- bzw. Wohnzwecke € 143,29 Mio.

Der Fachbereich Kundenbetreuung ist mit der Betreuung natürlicher Personen beauftragt. Im Einklang mit der gänzlichen Ausrichtung und Realisierung der Ziele der PSS legte er einen Schwerpunkt auf solche Attribute der Arbeit wie hohes Niveau an Fachkenntnis, Professionalität, verantwortlicher Ansatz, Entgegenkommen, Reduzierung bestimmter administrativer Belastungen, transparente Kommunikation, weitere Verbesserung der Tätigkeit des Fachbereichs sowie seiner Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen der Bank. Er arbeitete stetig an der Erhöhung der Qualität von Bankdienstleistungen unter Berücksichtigung der Ziele der PSS im Bereich der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität sowie bei der Steigerung der Effektivität und Leistungsfähigkeit von Humankapital und Technologien. Im Zusammenhang mit dem Gesetz Nr. 186/2009 GBl. über die Finanzvermittlung und -beratung, in dem die Pflicht festgelegt wird, die fachliche Eignung jener Mitarbeiter sicherzustellen, die in jedweder Art und Weise in den Kontakt mit den Kunden kommen, mussten sich die Mitarbeiter des Fachbereichs Kundenbetreuung durch Selbststudium für die Prüfung aus fachlicher Finanzbildung vorbereiten. Sämtliche Mitarbeiter des Fachbereichs Kundenbetreuung bestanden diese Prüfung im vorgeschriebenen Termin (bis zum 31. Dezember 2010) mit der Note „Ausgezeichnet“.



4.6. Bausparen in der PSS in 2010 – Juristische Personen

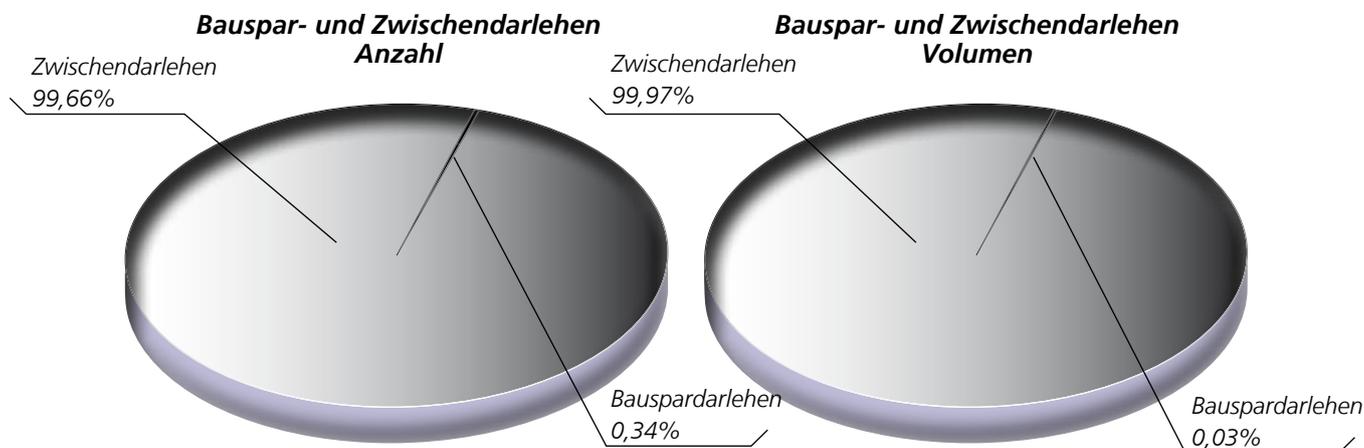
Beim Bausparen juristischer Personen verlief das Jahr 2010 in der PSS im Zeichen der Erweiterung und Verbesserung des Angebotsumfangs für die Kunden – vor allem für die Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, Wohnungsbaugenossenschaften sowie andere Verwalter von Wohnobjekten. Neben dem Abschluss von neuen Bausparverträgen konzentrierte sich das Geschäft mit juristischen Personen auf die Gewährung von Darlehen zur Renovierung, Modernisierung und Wiederherstellung von Wohnhäusern.

In 2010 schloss die PSS mit Bausparern – juristischen Personen insgesamt 758 neue Bausparverträge mit einer Gesamtbausparsumme von € 60,23 Mio. ab; die durchschnittliche Bausparsumme dieser Verträge betrug € 79.459. Zum Jahresende waren bei der PSS insgesamt 2.303 juristische Personen als Bausparer registriert; ihre Einlagen auf Bausparverträge erreichten € 52,30 Mio. In 2010 bearbeitete die PSS zugleich 54 Kündigungen von Bausparverträgen aufgrund zweckgebundener Verwendung der angesparten Finanzmittel.

Für denselben Zeitraum teilte die PSS den juristischen Personen 292 Bauspar- und Zwischendarlehen in Höhe von insgesamt € 28,27 Mio. zu. Zum 31. Dezember 2010 betrug das Darlehensgeschäft mit juristischen Personen 8,00% des Gesamtvolumens der ausbezahlten Darlehen.

In 2010 räumte die PSS juristischen Personen insgesamt € 28,90 Mio. für Wohnzwecke ein. Den größten Teil davon – € 24,27 Mio. – nutzten die Kunden zur Modernisierung und Renovierung. Weitere € 4,63 Mio. investierten sie für sonstige Bauzwecke.

Der Fachbereich Betreuung juristischer Personen ist mit der Betreuung der Bausparer – juristischer Personen beauftragt. In 2010 verlief seine Tätigkeit vor allem im Zeichen des Vorsatzes der PSS, auch in Zeiten der Wirtschaftskrise das Darlehensgeschäft mit juristischen Personen in bisheriger Qualität und Umfang aufrechtzuerhalten, und ebenfalls im Einklang mit ihrem Vorhaben, den Abschluss von Bausparverträgen mit den Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, die auch den Anspruch auf den Erhalt der jährlichen Bausparprämie haben, zu verstärken. Der Fachbereich Betreuung juristischer Personen bemühte sich ebenfalls um eine weitere Erhöhung der Qualität und Effektivität der Dienstleistungen, die für die Bausparer – juristische Personen erbracht werden. Im Zusammenhang mit dem Gesetz Nr. 186/2009 GBl. über die Finanzvermittlung und -beratung realisierte er die komplette Umschulung des Vertriebsnetzes, die mit der Zertifizierung der Handelsvertreter für die Vermittlung von Bauspargeschäften mit juristischen Personen verbunden wurde.



4.7. Bausparen in der PSS in 2010 – Neue Produkte

Das permanente Ziel und die Bemühungen der PSS, den slowakischen Bürgern bei der Befriedigung ihrer Wohnungsbedürfnisse zu helfen, zur höheren Qualität des Wohnens beizutragen und dabei den Anforderungen der Bausparer so viel wie möglich entgegenzukommen, finden ihr reales Abbild ebenfalls im Bereich der Produktinnovationen. Das Jahr 2010 war in dieser Hinsicht keine Ausnahme – wobei auch in diesem Jahr galt, dass neue Produkte bzw. Produktinnovationen in der ersten Linie die Anforderungen und Interessen der Kunden – sowohl natürlicher als auch juristischer Personen – widerspiegeln.

Innovationen im Bausparen natürlicher Personen in 2010:

- Ab 1. Februar 2010 konnten die Bausparer jeden Monat zu ihren Einlagen € 1 extra erhalten, solange sie die festgelegten Bedingungen erfüllten.
- Ab 1. Februar bis Jahresende hatten die Bausparer erneut die Möglichkeit, auf ihre Verträge einen Treuebonus zu erhalten.
- Ab 1. April 2010 führte die PSS die Zahlung auf das Konto anhand einer vorgedruckten Postanweisung ein, wobei diese Innovation für Kunden ohne privates Bankkonto bestimmt ist.
- Vom 1. bis zum 30. September 2010 konnten die Kunden einen neuen oder nachfolgenden Bausparvertrag gebührenfrei abschließen; dank dieser Möglichkeit konnten sie bis zu € 50 sparen.
- Ab 1. November 2010 gab es die Möglichkeit, die Auszahlung der Rente zum Tarif Senior Extra zu beantragen, welche die PSS in ihr Produktportfolio im Oktober 2009 mit einbezogen hatte.

Innovationen bei Darlehen an natürliche Personen in 2010:

- Ab 1. Februar 2010 wurden die Bedingungen für die Darlehenszuteilung erleichtert und vereinfacht, so dass seit diesem Datum Folgendes gilt:
 - * Zuteilung von außerordentlichen Zwischendarlehen bis zu 90% des realen Veräußerungswertes (RVW) der verpfändeten Immobilie,
 - * neue Methoden der Ermittlung von RVW – Heranziehen von eigenen, unter Vertrag stehenden Sachverständigen in jeder Region,
 - * Abschaffung des Bürgen oder Mitschuldners-Plus bei außerordentlichen Zwischendarlehen, die durch ein Pfandrecht (eine Ersatzsicherheit) abgesichert sind,
 - * Akzeptierung eines Mitschuldners-Übernehmers,
 - * Erweiterung des Kreises von Personen, die als Mitschuldner-Plus auftreten können,
 - * Verkürzung der Frist der ausgezeichneten Zahlungsdisziplin von 24 auf 12 Monate,
 - * Zuteilung eines Folgezwischendarlehens auch auf Basis einer ausgezeichneten Zahlungsdisziplin bei der Rückzahlung eines Darlehens in einem anderen Bankinstitut,
 - * Zuteilung eines Folgezwischendarlehens mit nachgewiesener Bonität zur Begleichung einer Verbindlichkeit gegenüber die PSS oder einem anderen Finanzinstitut,
 - * Herabsetzung der Mindestgrenze des Bewertungsindex bei Zwischendarlehen von ursprünglichen 20 auf 5,
- Vom 1. April bis zum 31. Juli 2010 konnten die Kunden ein Darlehen zum Zinssatz von 1,99% p.a. erhalten, den die PSS bis Ende 2010 garantierte.
- Vom 15. Juni bis zum 30. September 2010 rief die PSS eine außerordentliche Darlehensaktion als Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Bürger aus.
- Ab 1. Juni 2010 setzte die PSS die Bestimmungen des Gesetzes Nr. 129/2010 GBl. über Verbraucherkredite in die Praxis um – d.h. sie unterscheidet zwei Darlehenstypen – Verbraucherkredite und Bauspardarlehen.

Innovationen im Bausparen juristischer Personen in 2010:

- Ab 9. Februar 2010 führte die PSS die Darlehenstarife (d.h. den schnellen und den üblichen Darlehenstarif) auch für bestimmte Bausparer – juristische Personen ein, nämlich für die Gemeinschaften der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten (GEW), Wohnungsbaugenossenschaften (WBG) sowie für andere Verwalter von Wohnobjekten (VWO).
- Vom 1. April bis zum 31. Juli 2010 konnten die Bausparer ein Darlehen zum Zinssatz von 1,99% p.a. erhalten, den die PSS bis Ende 2010 garantierte.
- Vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 2010 konnten die gesetzlichen Vertreter von GEW, WBG und VWO einen Bausparvertrag ohne Gebühr für den Vertragsabschluss abschließen – und zwar dann, wenn der juristischen Person, für die der gesetzliche Vertreter handelte, die PSS in diesem Zeitraum ein Bauspar- bzw. Zwischendarlehen in Höhe von mindestens € 100.000 zuteilte.
- Ab 3. August 2010 verlängerte die PSS die Fälligkeit der XXL konstant-Zwischendarlehen für GEW, WBG und VWO von 20 auf 25 Jahre.
- Vom 1. September bis zum 31. Dezember 2010 konnten die GEW, WBG und VWO ein Darlehen zum Zinssatz von 3,99% p.a. erhalten, den die PSS bis Ende 2011 garantiert.
- Ab 10. November 2010 wurden die Bedingungen für die Zuteilung der XXL konstant- Folgedarlehen an die GEW, WBG und VWO geändert – begünstigter Zinssatz.

4.8. Bausparen in der PSS in 2010 – Regionen

Die PSS übt ihre Vertriebs- und Geschäftstätigkeit durch 7 eigene regionale Vertriebsstrukturen in den Regionen Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice und Prešov und ein Netz von Kooperationspartnern aus. In ihrer Tätigkeit werden nicht nur die von der Zentrale der PSS für die ganze Slowakei vorbereiteten Produktaktivitäten widerspiegelt; die Ergebnisse der Vertriebsarbeit der Regionen– und das Jahr 2010 hat es bestätigt – werden ebenfalls durch mehrere makroökonomische Faktoren beeinflusst, wie z.B. die Arbeitslosenquote, das Realeinkommen der Bevölkerung oder das Niveau des Wohnungsbaus in der betreffenden Region.

Der Darlehensboom von 2010 zeigte sich auch in der Anzahl der Bauspar- und Zwischendarlehen in einzelnen Regionen. Die meisten neuen Bauspar- und Zwischendarlehen – nicht weniger als 4.118 – wurden in der Region Trenčín zugeteilt; es folgten die Region Košice mit 3.635 und die Region Banská Bystrica mit 3.616 neuen Bauspar- und Zwischendarlehen. Wird das Volumen der in 2010 zugeteilten Bauspar- und Zwischendarlehen auf einen Einwohner der Region umgerechnet, erhalten wir die größten Beträge für die Regionen Trenčín (€ 98,09/Einwohner), Nitra (€ 83,79/Einwohner) und Bratislava (€ 80,18/Einwohner).

Aus Sicht des Vertriebs ist die Kennziffer „neue Bausparverträge“ (Summe natürliche und juristische Personen) sehr wichtig. Die erfolgreichste Region im Abschluss von neuen Bausparverträgen (Brutto) war die Region Trenčín mit 24.620 Verträgen im Gesamtvolumen von € 294.813 Tsd. Die weiteren Plätze belegten die Regionen Žilina (22.904 Bausparverträge im Gesamtvolumen von € 234.507 Tsd.) und Košice (22.766 Bausparverträge im Gesamtvolumen von € 252.738 Tsd.). Was die Gesamtzahl der Bausparverträge zum 31. Dezember 2010 angeht, dominierten hier die Regionen Žilina (130.113 Bausparverträge), Trenčín (122.353 Bausparverträge) und Banská Bystrica (115.112 Bausparverträge); im Gesamtvolumen der Bauspareinlagen waren es die Regionen Žilina (€ 311,04 Mio.), Bratislava (€ 296,89 Mio.) und Trenčín (€ 275,74 Mio.).

Zu den exklusiven Spartarifen der PSS zählen der für Kinder und junge Leute bis 18 Jahre bestimmte Junior Extra-Tarif sowie der Senior Extra-Tarif für Bausparer ab 55. In 2010 wurden die meisten Bausparverträge im Junior Extra-Tarif in den Regionen Žilina (4.721 Bausparverträge), Prešov (4.687 Bausparverträge) und Košice (4.323 Bausparverträge) abgeschlossen. Die größte Anzahl der Bausparverträge im Senior Extra-Tarif erschien in 2010 in den Regionen Trenčín (474 Bausparverträge), Žilina (352 Bausparverträge) und Bratislava (278 Bausparverträge).

Eine Aussagekraft über die Ausnutzung des Bausparens in einzelnen Regionen besitzt auch die durchschnittliche Beteiligung der Einwohner in den Regionen am Bausparen mit der PSS. In 2010 bewegte sich diese Kennziffer bei 21% in der Region Žilina, 19% in der Region Trenčín, 18% in den Regionen Banská Bystrica und Prešov, 16% in der Region Košice bis zu 13% in den Regionen Bratislava und Nitra.

4.9. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PSS in 2010

Trotz der wegen der globalen Wirtschaftskrise verschlechterten Wirtschafts- und Finanzlage vieler slowakischer Unternehmen gelang es der PSS auch im Berichtsjahr, ihre erfolgreiche Geschäftstätigkeit aus den Vorjahren fortzusetzen. Dies wird auch durch die nachfolgende Darstellung der wesentlichen Posten der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschließlich der Vorjahresvergleichszahlen bestätigt.

Die PSS hat den Einzel- sowie den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 nach International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellt und erstmals zu einem Dokument vereint. Die Bank hat ebenfalls die Angaben aus dem Einzel- und Konzerngeschäftsbericht zu einem Dokument vereint. Für Zwecke des Konzerngeschäftsberichts wird unter Konzern die Bank zusammen mit ihren Tochtergesellschaften verstanden. Die im Geschäftsbericht veröffentlichten finanziellen und nicht finanziellen Angaben der Bank entsprechen zugleich in allen wesentlichen Aspekten der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der PSS erreichte zum 31. Dezember 2010 die Höhe von € 2.124,7 Mio., was im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um € 124,8 Mio. (+6,2%) bedeutet.

Zur Erhöhung der Bilanzsumme auf der Aktivseite trug im entscheidenden Maße der Anstieg der liquiden Aktiva und der gewährten Darlehen bei. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Finanzanlagen auf dem Geld- und Kapitalmarkt (Markt der liquiden Aktiva) um € 51,2 Mio. (+19,3%), insbesondere dank der Investition von freien Finanzmitteln in Staatsanleihen wegen der vermutlichen künftigen Entwicklung des Volumens von verfügbaren Ressourcen der PSS und der erwarteten Entwicklung der Zinssätze für kurzfristige Anlagen. Diese Staatsanleihen wurden dem Portfolio der bis zur Endfälligkeit zu haltenden und dem Portfolio der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere zugeordnet. Im Hinblick auf die Möglichkeit der künftigen Deckung eines unvorhersehbaren Bedarfs an Liquidität wurde jedoch ein Teil der Staatsanleihen als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

Die Forderungen aus Darlehen an Kunden stiegen signifikant um € 68,8 Mio. (+4,1%) auf € 1.736,0 Mio. Deren Anteil an den gesamten Aktiva der PSS fiel leicht von 83,4% in 2009 auf 81,7% im Berichtsjahr. Ebenso wie im Vorjahr verzeichnete die PSS auch in 2010 einerseits einen Rückgang des Anteils der Bauspardarlehen von 22,3% auf 20,6% und andererseits einen Anstieg des Anteils der Zwischendarlehen von 77,2% auf 79,2% aller gewährten Darlehen. Der Anteil der an juristische Personen aus Mitteln außerhalb des Bausparfonds gewährten Baudarlehen machte zum Ende des Berichtsjahres 0,2% aller gewährten Darlehen aus (Ende 2009: 0,5%).

Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie an den als Finanzinstrumente gehaltenen Immobilien erreichte die Höhe von € 41,2 Mio., wodurch unterjährig ein Rückgang um € 1,1 Mio. (-2,6%) zu verzeichnen war.

Auf der Passivseite verzeichnete die PSS unterjährig einen geringfügigen Anstieg des Fremdkapitals, und zwar von 87,3% in 2009 auf 88,1% im Berichtsjahr, bei gleichzeitigem Rückgang ihres Eigenkapitals von 12,7% im Vorjahr auf 11,9% in 2010.

Bei der Fremdkapitalstruktur kam es im Vergleich zum Vorjahr erneut zum Anstieg der Bauspareinlagen der Kunden, und zwar um € 128,2 Mio. (+7,7%). Der Anstieg der Bauspareinlagen resultierte

aus dem positiven Saldo des Netto-Spargeldeingangs, einschließlich der Bausparprämie und Zinsen, in Höhe von € 418,6 Mio. (2009: € 433,1 Mio.) und Entnahmen der eingesparten Mittel nach Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen in Höhe von € 293,9 Mio. (2009: € 380,4 Mio.). Infolge der positiven Entwicklung des Saldos von Zu- und Abgängen bei Bauspareinlagen erreichten die Kundenspareinlagen zum 31. Dezember 2010 insgesamt € 1.801,7 Mio. (zum 31. Dezember 2009: € 1.673,6 Mio.); ihr Anteil an den gesamten Passiva stieg im Vergleich zum Vorjahr von 83,7% auf 84,8%. Bauspareinlagen bilden somit die Hauptquelle der Vermögensfinanzierung der PSS. Der Anteil der gewährten Darlehen (Brutto) an den Spareinlagen erreichte 100,3% zum Ende des Jahres 2010 (2009: 103,4%).

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um € 0,1 Mio. (-0,03%) zurückgegangen; dies resultiert im Wesentlichen aus der teilweisen Verwendung des Gewinnvortrags.

Finanzlage

Im Rahmen der ordentlichen Geschäftstätigkeit gab die PSS in 2010 Darlehen in Höhe von € 414,5 Mio. aus; davon entfielen € 379,1 Mio. auf Zwischendarlehen, € 35,4 Mio. auf Bauspardarlehen und € 0,2 Mio. auf gewährte Baudarlehen aus Ausserkollektiven Mitteln. Aufgrund von Zuteilungen und Kündigungen von Bausparverträgen zahlte die PSS weitere von Bausparern eingesparte Mittel in Höhe von € 208,1 Mio. (einschließlich der Bausparprämie und Zinsen) aus. Somit stellte die PSS den Bausparern Finanzmittel in Höhe von insgesamt € 622,8 Mio. zur Verfügung (2009: € 566,8 Mio.).

Andererseits flossen der PSS Bauspareinlagen von ihren Kunden in Höhe von € 411,4 Mio. sowie Bausparprämien in Höhe von € 30,9 Mio. zu. Zudem wurden Tilgungen von Bauspardarlehen, Zwischendarlehen und sonstigen Darlehen im Wert von € 329,0 Mio. entgegengenommen. Somit wies die PSS in 2010 Geldeingänge in Höhe von insgesamt € 771,4 Mio. aus (2009: € 702,3 Mio.).

Des Weiteren investierte die PSS im Berichtsjahr € 4,9 Mio. in die Anschaffung von Anlagevermögen (2009: € 3,5 Mio.).

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr zeigte die Ertragslage der PSS im Bereich der ordentlichen Banktätigkeit einen Anstieg des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken um € 1,73 Mio. (+3,4%) auf € 51,94 Mio.

Innerhalb des Betriebsergebnisses vor Absicherung der Risiken ging im Berichtsjahr das Zinsergebnis aus Geschäftsvorfällen mit Kunden sowie aus Operationen auf dem Geldmarkt um € 3,98 Mio. (-6,2%) zurück. Zum Rückgang kam es trotz höherer Zinserträge aus Darlehen an Kunden, die durch höhere Zinskosten aus Spareinlagen der Kunden aufgrund des Anstiegs des Durchschnittsbestands mehr als kompensiert wurden.

Trotz des beträchtlichen Rückgangs der Zinssätze auf dem Kapitalmarkt stiegen die Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen aufgrund der zwischenzeitlichen Anlage von frei verfügbaren Mitteln in Staatsanleihen um € 0,93 Mio. (+18,5%). In 2010 erhielt die PSS keine Dividenden von ihren Tochtergesellschaften.

Wegen höherer Erträge aus Gebühren erhöhten sich die Netto-Erträge aus Kundengebühren und Provisionen unterjährig um € 3,98 Mio. (+17,1%).

Die Verwaltungskosten sanken im Vergleich zum Vorjahr erneut um € 0,79 Mio. (-1,8%) auf € 42,65 Mio. Dieser Rückgang ist dem im Dezember 2008 gestarteten Projekt zur Erhöhung der Effektivität und Qualität von Arbeitsprozessen, um ein angemessenes Niveau der Verwaltungskosten zu gewährleisten, zuzurechnen.

Der Saldo des Postens „Bildung und Verwendung von Wertberichtigungen auf Darlehen und Ausbuchung von Forderungen“ sank um € 1,69 Mio. (-12,7%) infolge einer gegenüber 2009 niedrigeren Anzahl von nicht getilgten Darlehen.

Der Saldo des Postens Bildung und Verwendung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva und Ausbuchung von „sonstigen Aktiva“ erhöhte sich um € 2,11 Mio. (+227,2%) infolge der vorsichtigen Bewertung von betrieblichen Risiken durch Bildung von Wertberichtigungen auf noch nicht genutzte immaterielle Vermögenswerte, deren zukünftige betriebliche Verwendung zur Zeit abgeschätzt wird sowie Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, deren Eigenkapitalwert im Berichtsjahr sank.

Übersicht über die Entwicklung von Aufwendungen und Erträgen der PSS. (in Tsd. €)

	2010	2009	2008
Zinsergebnis aus Geschäften mit Kunden und aus Transaktionen auf dem Geldmarkt	60 127	64 105	52 150
Nettoerträge aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen	5 993	5 059	5 797
Gebühren- und Provisionsergebnis	27 283	23 303	24 782
Verwaltungskosten	-42 647	-43 437	-43 883
Sonstige betriebliche Erträge	1 179	1 178	949
Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an Tochtergesellschaften	0	0	0
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken	51 935	50 208	39 795
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen	-11 688	-13 382	-9 125
Erträge aus Abtretung von Darlehensforderungen			
Saldo aus Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	-3 033	-927	-1 278
Gewinn vor Steuern	37 214	35 899	29 392
Körperschaftsteuer	-7 859	-7 795	-6 653
Gewinn nach Steuern	29 355	28 104	22 739

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens und der Verbindlichkeiten der PSS (v tis. EUR)

	2010	2009	2008
AKTIVA			
Liquide Aktiva	316 302	265 083	230 660
Darlehen an Kunden	1 735 978	1 667 158	1 657 709
Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	41 232	42 312	42 428
Anteile an verbundenen Unternehmen	3 126	3 532	3 532
Sonstige Forderungen	28 100	21 860	14 699
Summe Aktiva	2 124 738	1 999 945	1 949 029
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 301	6 340	4 251
Verbindlichkeiten aus emittierten Anleihen	33 450	33 429	33 403
Kundenspareinlagen	1 801 733	1 673 577	1 622 873
Rückstellungen	12 511	11 614	10 341
Sonstige Passiva	21 748	21 912	24 290
Fremdmittel	1 871 743	1 746 872	1 695 159
Gezeichnetes Kapital	66 500	66 500	66 388
Gesetzliche Rücklage und sonstige Rücklagen	41 763	41 768	41 857
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	1 878	1 386	92
Gewinnvortrag	113 499	115 315	122 794
Jahresüberschuss	29 355	28 104	22 739
Eigenkapital	252 995	253 073	253 870
Summe Passiva	2 124 738	1 999 945	1 949 029

4.10. Pflichten gegenüber dem Staat

Die PSS kommt allen ihren Pflichten gegenüber dem Staat, die sich für sie aus slowakischen Rechtsvorschriften und -normen ergeben, vollumfänglich nach.

Ihren mit der Bausparprämie zusammenhängenden Pflichten kommt sie gemäß Vertrag vom 31. Dezember 2004 und seinen späteren Anlagen nach, den sie im Sinne des slowakischen Bauspargengesetzes (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung) mit dem slowakischen Ministerium für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung abgeschlossen hat. Dieser Vertrag regelt die Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Staatshaushalt und die Vorlage von zusammenfassenden Angaben über die Zwecke des Bausparens an das Ministerium (im Zusammenhang mit der Übertragung der mit der Bausparprämie verbundenen Tätigkeiten wird seit 1. Januar 2011 unter dem Ministerium das slowakische Ministerium für Transport, Aufbau und regionale Entwicklung verstanden.) Nach diesem Vertrag macht die PSS den Anspruch auf die Bausparprämie für das betreffende Kalenderjahr schriftlich beim Ministerium innerhalb von 15 Kalendertagen nach Ende des abgelaufenen Kalenderjahres geltend. Die Vorlage der Jahresabrechnung der überwiesenen Bausparprämie für das abgelaufene Kalenderjahr gegenüber dem Staatshaushalt erfolgt stets spätestens bis zum 15. Februar des Folgejahres. Die PSS überprüft zugleich jeden Monat, ob die Bausparprämie den Bausparkonten ihrer Kunden begründet zugeschrieben wurde. Falls dabei festgestellt wird, dass der Bausparer die Bedingungen für den Erhalt der Bausparprämie nicht erfüllt hat, ist die PSS verpflichtet, die Bausparprämie auf das Konto des Ministeriums zurück zu überweisen – und zwar innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem letzten Tag des vorigen Kalendermonates.

Als Arbeitsgeber kommt die PSS ihren Steuer- und Abgabepflichten gegenüber den folgenden zuständigen Instituten nach: die Sozialversicherungsanstalt, die Krankenkassen, das Amt für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie sowie das Finanzamt. Die PSS als Arbeitgeber kommt ebenfalls ihrer Meldepflicht gegenüber dem slowakischen Statistischen Amt nach. In sämtlichen Fällen hält die PSS die vom Gesetz festgelegten Termine ausnahmslos ein.

Im Bereich der Körperschaftsteuer kommt die PSS ebenfalls allen ihren Verpflichtungen gegenüber dem Finanzamt zu folgenden Terminen nach:

- Körperschaftsteuervorauszahlungen – monatlich bis zum letzten Tag des betreffenden Monats,
- ausstehende Steuerschuld aus der Abrechnung der Körperschaftsteuervorauszahlungen mit der endgültigen Steuerpflicht für das aktuelle Kalenderjahr – zum Zeitpunkt der Abgabe der Körperschaftsteuererklärung, mit Entrichtung bis zum 31. März des nachfolgenden Kalenderjahres (die PSS nutzt nicht die legislative Möglichkeit, den Aufschub der Frist für die Begleichung der ausstehenden Steuerschuld zu beantragen),
- Umsatzsteuer – innerhalb von 25 Tagen nach Ende des entsprechenden Monats,
- Grundsteuer – innerhalb der Fälligkeitsfrist nach dem von der Steuerbehörde ausgestellten Zahlungsbescheid,
- Vorauszahlungen auf die KFZ-Steuer – vierteljährlich bis zum letzten Tag des entsprechenden Quartals,

- Ausstehende Steuerschuld aus der Abrechnung der KFZ-Steuvorauszahlungen mit der endgültigen Steuerpflicht für das aktuelle Kalenderjahr –bis zum 31. Januar des nachfolgenden Kalenderjahres,
- Abzugsteuer (vornehmlich auf Zinsen aus Einlagen auf den Bausparkonten und aus Geldpreisen aus Wettbewerben) – monatlich bis zum 15. Tag des Folgemonats.

Die PSS kommt ihren Pflichten gegenüber dem Einlagensicherungsfonds durch die Vorlage von Meldungen und die Entrichtung der vierteljährlichen Beitragszahlungen bis zum 20. Tag nach Ende des entsprechenden Quartals nach.

Die PSS kommt ihren finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber der NBS durch Entrichtung des Beitrags nach, den alle der Aufsicht der NBS unterliegenden Subjekte des Finanzmarktes leisten müssen und der vierteljährlich bis zum 20. Tag des ersten Monats des betreffenden Quartals zur Zahlung fällig ist.

Die PSS als Subjekt des öffentlichen Interesses entrichtet an das Amt für die Prüfungsdurchführungsaufsicht einen Jahresbeitrag bis zum 31. März des laufenden Kalenderjahres.

4.11. Aussichten für 2011

In 2011 beabsichtigt die PSS, insgesamt 204.540 Bausparverträge abzuschließen. Bei einer voraussichtlichen durchschnittlichen Bausparsumme von € 9,7 Tsd. entspricht dies dem Bausparvolumen von insgesamt € 1,98 Mrd. Die PSS erwartet Bauspareinlagen in Höhe von € 449 Mio. und rechnet damit, rund 24.960 Bauspar- und Zwischendarlehen zu gewähren. Die in 2011 zur Finanzierung des Wohnungsbaus bestimmten Finanzmittel werden € 476 Mio. erreichen und werden in Form von Bauspar- und Zwischendarlehen, zugeteilten Bausparverträgen sowie vorzeitig zweckmäßig verwendeten Bausparmitteln ausgezahlt.

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. ist stolz darauf, dass ihr der erreichte wirtschaftliche Erfolg erlaubt, sich auf dem Feld der Philanthropie zu betätigen und einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakische Republik und deren Bürger zurückführen kann. Ein Beweis, dass der PSS das Schicksal von Menschen, die oft wesentlich auf die Hilfe „der Starken“ angewiesen sind, tief am Herzen liegt, ist auch der 3. Platz in der Rangliste TOP Firmenphilanthrop

5. Mit den Menschen und für die Menschen

Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. ist stolz darauf, dass ihr der erreichte wirtschaftliche Erfolg erlaubt, sich auf dem Feld der Philanthropie zu betätigen und einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakische Republik und deren Bürger zurückführen kann. Ein Beweis, dass der PSS das Schicksal von Menschen, die oft wesentlich auf die Hilfe „der Starken“ angewiesen sind, tief am Herzen liegt, ist auch der 3. Platz in der Rangliste TOP Firmenphilanthrop 2010. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. ist stolz darauf, dass ihr der erreichte wirtschaftliche Erfolg erlaubt, sich auf dem Feld der Philanthropie zu betätigen und einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakische Republik und deren Bürger zurückführen kann. Ein Beweis, dass der PSS das Schicksal von Menschen, die oft wesentlich auf die Hilfe „der Starken“ angewiesen sind, tief am Herzen liegt, ist auch der 3. Platz in der Rangliste TOP Firmenphilanthrop 2010. Die Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. ist stolz darauf, dass ihr der erreichte wirtschaftliche Erfolg erlaubt, sich auf dem Feld der Philanthropie zu betätigen und einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakische Republik und deren Bürger zurückführen kann. Ein Beweis, dass der PSS das Schicksal von Menschen, die oft wesentlich auf die Hilfe „der Starken“ angewiesen sind, tief am Herzen liegt, ist auch der 3. Platz in der Rangliste TOP Firmenphilanthrop 2010.

5.1. Personal

Die PSS hält ihre Mitarbeiter für ihr bedeutendstes Potential; der Personalbetreuung sowie der Erhöhung ihres fachlichen Niveaus und ihrer Qualifikation wird daher große Aufmerksamkeit gewidmet. Zu den wichtigsten Grundsätzen, welche die Mitarbeiter der PSS bei ihrer Tätigkeit befolgen, zählen die Wahrung der Kundeninteressen, umfassende Fachkenntnisse, Professionalität sowie Respektierung der Firmenkultur und des Verhaltenskodexes.

Zum 31. Dezember 2010 waren bei der PSS insgesamt 413 Mitarbeiter (einschließlich 26 Frauen im Mutterschaftsurlaub) beschäftigt. Davon entfielen 388 auf die Zentrale in Bratislava und 25 auf sieben Regionalzweigstellen. Fast zwei Drittel, nämlich 266, waren Frauen; diese stellten 64,4% aller Beschäftigten und 41,5% aller leitenden Angestellten dar. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter der PSS in 2010 betrug 41,3 Jahre. Was den Grad der erreichten Ausbildung angeht, kann man feststellen, dass die meisten Angestellten – bis zu 56% - eine Hochschulbildung haben.

Das primäre Ziel der PSS im Bereich Humankapitalsteuerung ist die Erreichung einer höheren Leistungsfähigkeit durch richtige Motivation der Mitarbeiter. Als einen wichtigen Bestandteil der Motivation ihrer Mitarbeiter betrachtet die PSS die ständige Vervollkommnung der Ausbildung. Die systematische Ausbildung von Mitarbeitern ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Qualifikation in den Bereichen Bankwesen, Kommunikationsmethoden und -fähigkeiten sowie auf die Vertiefung der Sprachkenntnisse ausgerichtet. In 2010 wendete die PSS für die Ausbildung ihrer Mitarbeiter insgesamt € 215.713,10 auf (d.h. € 557,47 pro Mitarbeiter im Durchschnitt).

Die Personalpolitik der PSS sowie deren einzelne Aspekte werden durch interne Vorschriften geregelt. Zu den wichtigsten zählen:

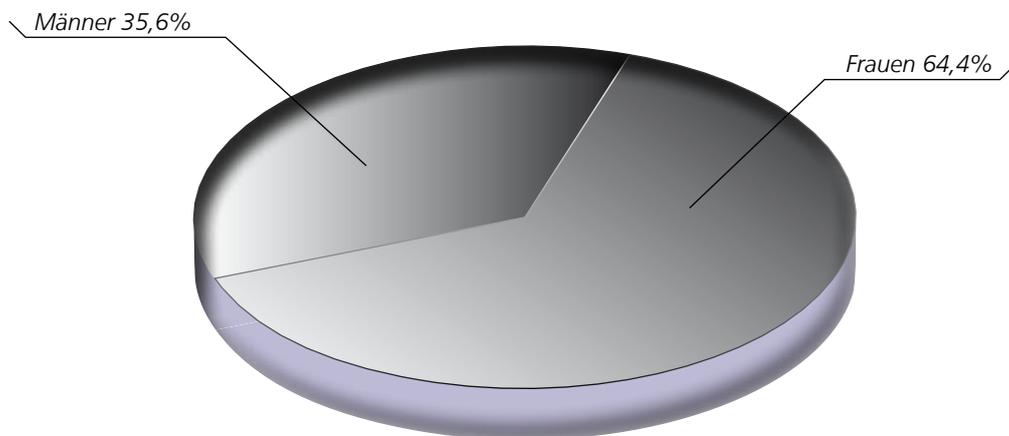
- Die Arbeitsordnung der PSS
- Ein zielorientiertes Steuerungssystem in der PSS
- Die Lohn- und Gehaltsordnung der PSS
- Das Sozialprogramm der PSS
- Die Erweiterung und Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter der PSS
- Das Entwicklungsprogramm für interne Mitarbeiter der PSS
- Der Prozess der Mitarbeitereinführung in die PSS

Im Rahmen ihrer Personalpolitik hält die PSS für äußerst wichtig, für ihre Mitarbeiter angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen. Zu den Vorteilen, die ein Zeichen der Personalbetreuung sind und zu ihrer Zufriedenheit beitragen, zählen sicherlich:

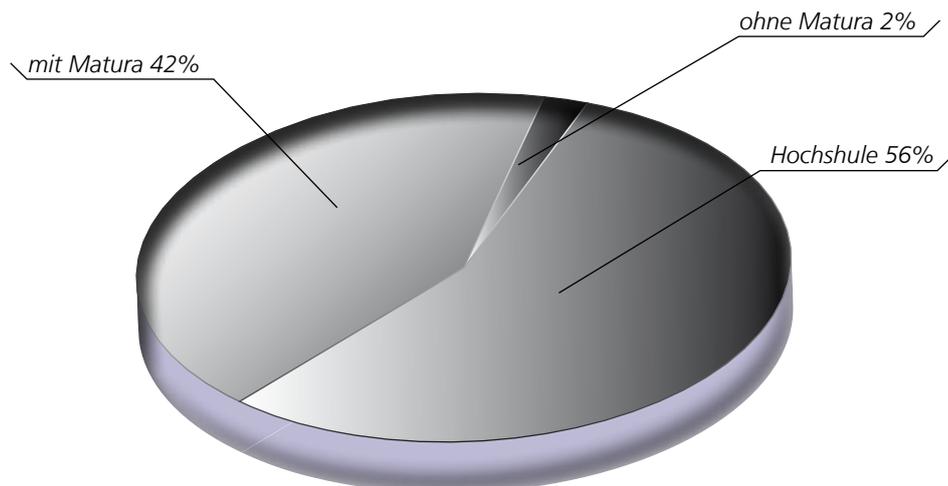
- gleitende Arbeitszeit,
- Verpflegung in eigener Betriebskantine,
- System von regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen,
- finanzielle Unterstützung bei Arbeitsunfähigkeit,
- Beiträge zur III. Rentensäule, sowie
- kostenfreies Parken auf eigenem Parkplatz der Bank.

Im System der Personalsteuerung – einschließlich des Systems der Mitarbeiterbewertung – verwendet die PSS die Steuerung durch Ziele (Management by Objectives). Dieses System wird mit der Absicht angewendet, sowohl die Erhöhung der Leistungs-fähigkeit der Mitarbeiter als auch ihr eigenes Interesse an der Entwicklung der Bank und des eigenen fachlichen Aufstiegs zu erreichen.

Beschäftigte – Geschlecht



Beschäftigte – Ausbildung



5.2. Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit

Bei der Erfüllung der Aufgaben in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie berufsbezogener Gesundheitsdienst befolgt die PSS das Gesetz Nr. 124/2006 GBl. über die Sicherheit und den Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz, das Gesetz Nr. 355/2007 GBl. über den Schutz, die Förderung und die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitspflege sowie weitere Rechtsvorschriften. Für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben ist das eigenständige Fachgebiet Sicherheit verantwortlich, dessen Tätigkeit sich der vollen Unterstützung der Geschäftsleitung der PSS erfreut. Die Arbeitsbedingungen an einzelnen Arbeitsplätzen werden jährlich vom Sicherheitstechniker und einem Experten vom berufsbezogenen Gesundheitsdienst überprüft. Die Mitarbeiter der PSS haben alle Bedingungen für die Absolvierung von ärztlichen Untersuchungen im Sinne des Gesetzes. Bei der Lösung von Problemen, die mit dem Schutz der Gesundheit zusammenhängen, können sie ebenfalls die Vertreter aus ihren Reihen nutzen oder können direkt das Fachgebiet Sicherheit kontaktieren.

Einmal in zwei Jahren organisiert die PSS eine Schulung in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie berufsbezogener Gesundheitsdienst. Die Mitarbeiter, die bei der Erfüllung ihrer Arbeitsaufgaben ein Fahrzeug nutzen, nehmen außerdem an einer Erste-Hilfe-Schulung teil. In 2010 konnten sie sich in dieser Richtung auch durch betriebliches E-Learning weiterbilden, da dieses auch den Kurs Ergonomie enthielt.

Den Mitarbeitern der PSS steht ein Handbuch über die Arbeit mit Bildschirmen sowie ein Handbuch der Ersten Hilfe zur Verfügung. Bei Bedarf können sie ihre Fragen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz sowie zum berufsbezogenen Gesundheitsdienst entweder mit Fachleuten oder direkt mit dem Sicherheitstechniker besprechen.

5.3. Vertriebsnetz

Die Vertriebstätigkeit (d.h. die Geschäfts- und Akquisitionstätigkeit) stellt eine der wichtigsten Bereiche der Geschäftstätigkeit der PSS dar. Durch den Vertrieb werden die primären Kerngeschäftsziele der Gesellschaft realisiert; er befindet sich am Anfang des gesamten Rückflussprozesses der Wertschöpfung. Die Vertriebstätigkeit ist die Grundlage für die Erfüllung der Pläne der Aktionäre der Bank; das Gesamtergebnis der Unternehmenstätigkeit im Spar- und Darlehensbereich hängt in hohem Maße von der Qualität und Quantität ihres Kräfteinsatzes ab.

Der beste Beweis dafür, welche wichtige Rolle die PSS dem Vertrieb zuschreibt, ist ihr eigenes Vertriebsnetz, das die PSS systematisch fast seit Anfang ihrer Geschäftstätigkeit ausbaut. Bei der Erweiterung des Vertriebsnetzes und der Arbeit mit ihm treten vor allem die Auswahl und Ausbildung der Vertriebsmitarbeiter, die Bildung des Vertrauens in die Geschäftsmarke PSS, konkurrenzfähiges Produkt, hochwertiger Vertriebsprozess mit hinreichender Softwareunterstützung, richtiges Motivierungssystem, Erfolgsorientierung, Professionalität und Kultur der Handelsvertreter in den Vordergrund.

Die Organisation der Arbeit des Vertriebsnetzes und die Vertriebsstruktur werden vom eigenen Vertriebssystem der PSS, dem Offensiven Vertrieb, geregelt, das auch in 2010 organisatorisch in 11 Stufen aufgeteilt war. Im Berichtsjahr kam es zu keinen Änderungen in der Organisationsstruktur des Vertriebsnetzes – es wurde jedoch der Boden für die ab 1. Januar 2011 wirksamen Änderungen vorbereitet. In 2010 gab es in der Slowakei 7 regionale Vertriebsstrukturen, die von 7 Regionalzweigstellen in Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice und Prešov unterstützt wurden. Die Tätigkeit der Regionalzweigstellen sowie des Vertriebsnetzes wird vom Direktor des Fachbereichs Vertrieb geleitet. Zum 31. Dezember 2010 wurde das externe Vertriebsnetz der PSS von 1.169 Handelsvertretern, sog. gebundenen Finanzagenten, gebildet. Die Dienstleistungen der PSS konnten ihre Kunden zu demselben Stichtag landesweit in 366 Büros der Handelsvertreter in Anspruch nehmen. In 2010 ist es der PSS gelungen, die Strategie der Eröffnung von neuen Geschäftsstellen in großen Einkaufszentren weiterhin erfolgreich in die Praxis umzusetzen – zu den bisherigen Geschäftsstellen kamen im Berichtsjahr noch zwei dazu: im Aupark in Žilina und im Einkaufszentrum Centro in Nitra.

Die Arbeit ihrer Handelsvertreter unterstützte die PSS mit mehreren vertriebsfördernden Veranstaltungen und Wettbewerben. Zur Erhöhung der Qualität ihrer Arbeit soll die qualitative Komponente beitragen, die seit Februar 2010 in die Vergütung des Vertriebsnetzes mit eingebunden ist. Auf die Verbesserung der Kundenbetreuung wurden auch die Änderungen im sog. Kundenbestand ausgerichtet. Was die technische Unterstützung angeht, wurde auch in 2010 die Softwareausstattung des Front Office Systems erweitert und vervollkommen. Die Arbeit der Handelsvertreter und der Angestellten der Regionalzweigstellen der PSS wird ebenfalls das System der elektronischen Auszüge aus den Provisionskonten sowie das elektronische „Archiv“ von Schriftstücken erleichtern, die in 2010 implementiert wurden.

Den größten Eingriff in die Vertriebs- und Geschäftspolitik der PSS stellte die Anwendung von zwei Gesetzen dar, und zwar des Gesetzes Nr. 186/2009 GBl. über die Finanzvermittlung und Finanzberatung und des Gesetzes Nr. 129/2010 GBl. über Verbraucherkredite sowie andere Kredite und Darlehen an die Verbraucher. Diese beiden Gesetze haben einerseits zur höheren Professionalisierung des eigenen Vertriebsnetzes der PSS beigetragen, andererseits jedoch zur Reduzierung der Anzahl von Handelsvertretern um ca. 15% geführt.

Den Anforderungen des Finanzvermittlungs- und Finanzberatungsgesetzes, das am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, wurden auch die Ausbildungstätigkeiten der PSS in 2010 völlig angepasst. Zu Beginn des Jahres 2010 setzte sich das Vertriebsnetz der PSS aus mehr als 1.200 Handelsvertretern – gebundenen Finanzagenten (GFA) zusammen, die vom Gesetz verpflichtet waren, innerhalb von 3 Monaten nach deren Registrierung bei der NBS (jedoch spätestens bis zum 31. Dezember 2010) das Zertifikat über die fachliche Eignung einzuholen. Zunächst wurde der Teil des Vertriebsnetzes umgeschult, der zum 31. Dezember 2010 existierte. Zugleich kamen in die PSS jeden Monat neue Handelsvertreter und Vermittler, die bereits Schulungen nach dem innovierten System der finanziellen Sonderausbildung absolvierten. Die Zertifikate über die GFA-Ausbildung bilden die grundlegende Voraussetzung für ihre Tätigkeit als Finanzvermittler.

Die Erfahrungen aus dem Jahr 2010 bilden eine wertvolle Basis für die Schaffung eines effektiven, vor allem aber flexiblen Ausbildungssystems in der PSS für künftige Perioden, denn die Bedingungen auf dem slowakischen Finanzmarkt werden dies stets erfordern.

Zu den Vertriebsergebnissen des Jahres 2010 trugen durch ihre Produktion auch die kooperierenden Partner bei. In 2010 schloss die Zentrale der PSS Verträge mit 38 kooperierenden Firmen ab, was einen unterjährigen Anstieg von nicht weniger als 100% darstellt. Zu den bedeutendsten kooperierenden Partnern der PSS zählen Slovenská sporiteľňa, a.s., OVB Allfinanz Slovensko, a.s., PARTNERS GROUP Sk, s.r.o., Fin Consulting, a.s. und Fincentrum, a.s.

5.4. Philanthropie und karitative Tätigkeiten

Die ausgezeichneten Wirtschaftsergebnisse, welche die PSS jedes Jahr erzielt, ermöglichen ihr, sich auf dem Feld der Philanthropie und der Caritas zu betätigen. Die PSS ist stolz darauf, dass sie in dieser Art und Weise einen Teil ihres ökonomischen Erfolgs an die Slowakei und ihre Bürger zurückzugeben kann. Das Jahr 2010 hat dies erneut bestätigt. Ein Beweis, dass der PSS das Schicksal von Menschen, die oft wesentlich auf die Hilfe „der Starken“ angewiesen sind, tief am Herzen liegt, ist auch der 3. Platz in der Rangliste TOP Firmenphilanthrop 2010.

Humanitäre und karitative Tätigkeiten gehen von den Hauptgrundsätzen aus, die im Statut der humanitären Kommission zusammengefasst sind. Nach diesen Grundsätzen ist die Hilfe insbesondere Folgenden bestimmt:

- einzelnen Personen in Bedrängnis bzw. in Notsituationen,
- einzelnen Personen für aufwendige und unvermeidliche medizinische Eingriffe und Behandlungen sowohl im In- als auch im Ausland, ohne die ihr Leben bzw. gesellschaftliche Akzeptanz bedroht wären,
- Vereinigungen, Stiftungen, Kirchen und Organisationen, die sich mit der Lösung von benachteiligten gesundheitlichen bzw. sozialen Verhältnissen der Bürger oder mit dem allseitigen Beistand zu Gunsten der gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen befassen oder die Fürsorge für körperbehinderte Kinder und Jugendliche sicherstellen,
- Gesundheitseinrichtungen und Stiftungen zur Verbesserung der Heil- und Vorsorgebehandlung der Bürger bzw. zur Wiederherstellung von Einrichtungen, Gebäuden und zu deren Ausstattung mit modernerer und besserer Gesundheitstechnik,
- auf Erziehung, Ausbildung und Kulturtätigkeit ausgerichteten Institutionen, vorwiegend mit landesweitem Wirkungsbereich, sowie
- Kunden der PSS, die sich in einer Notsituation befinden

Für solche Aktivitäten dienen die Finanzmittel aus dem Fonds für die Sicherstellung der karitativen Tätigkeit der PSS. Über die Verwendung des Fonds bzw. über die Zuteilung und Höhe des finanziellen Beitrags entscheidet der Vorstand aufgrund des Vorschlags und der Empfehlung der vom Vorstand ernannten humanitären Kommission.

In 2010 förderte die PSS nahezu 180 Projekte von Organisationen, Stiftungen und Einzelpersonen, für die sie insgesamt über € 163.000 spendete. Zu den bedeutendsten geförderten Organisationen und Projekten zählten:

Subjekt	Form der Hilfe	Summe
<i>Familien und Einzelpersonen</i>	<i>Behebung der Hochwasserschäden</i>	13 000 €
<i>Kinderfonds der Slowakei</i>	<i>Konto Barrieren</i>	10 000 €
<i>Die slowakische Antikrebsliga</i>	<i>14. Jahrgang der Wohltätigkeitssammlung Narzissentag</i>	7 000 €
<i>Union der Blinden und Sehbehinderten</i>	<i>Erziehung und Ausbildung enes Blindenhundes</i>	3 500 €
<i>Kongregation der Schwestern- Dienerinnen der Unbefleckten Jungfrau Maria</i>	<i>Rekonstruktion des Sozial- und Pflegeheimes</i>	3 300 €
<i>Kommunitätsheim für Autisten und ähnliche Behinderungen, Bratislava</i>	<i>für seine Tätigkeit für den Kauf von</i>	3 000 €
<i>Galant, n. o., Bratislava</i>	<i>Antidekubitusmatratzen für schwer körperbehinderte Heimpfleglinge</i>	1 350 €
<i>Plamienok, n. o., Bratislava</i>	<i>für den Kauf von Arzneimitteln</i>	1 000 €
<i>EFFETA – Privatzentrum für spezialpädagogische Beratung</i>	<i>für den Kauf der Sondersoftware FONO 2</i>	1 000 €

Natürlichen Personen gewährte die PSS aus dem Karitativfonds Finanzmittel für den Kauf von Arzneimitteln und Kompensations- bzw. Rehabilitationshilfsmitteln, Kuren und Rehabilitationen und barrierefreie Bauanpassungen in einem Haus oder einer Wohnung. Den Betrag von € 4.600 in Form eines einmaligen Weihnachtsbeitrags überwies die PSS ihren minderjährigen Kunden, die im Laufe des Jahres ihre Eltern verloren haben.

5.5. Partner für das Erbe

Die Förderung des Wohnungswesens erfolgt in der PSS auch durch weitere Formen, die an ihren Hauptunternehmensgegenstand anknüpfen. Eine dieser Förderformen ist der Fonds der PSS für Wohnungswirtschaftsförderung in der Slowakei (im Folgenden „der Fonds“). Er wurde im Jahr 2004 eingerichtet; seit 2005 verwaltet er Finanzmittel in Höhe von € 166 Tsd. pro Jahr. Bis Ende des Jahres 2010 genehmigte er die Unterstützung für 114 Projekte in Höhe von insgesamt € 1,15 Mio.

Die geförderten Projekte können in folgende Gruppen aufgeteilt werden:

1. Renovierung und Verwaltung des Wohnungsbestands,
2. Förderung des Wohnungsbaus,
3. Förderung des Studiums,
4. Projekte bezüglich der Erhöhung der Qualität und Funktionsfähigkeit von Wohnbauten, einschließlich der Reduzierung der Finanzkosten für neu gebaute Wohnobjekte, sowie
5. auf Fortbildung abzielende Projekte.

Zu den attraktivsten Projekten, die aus den Mitteln des Fonds in 2010 gefördert wurden, gehört das Förderungsprogramm Hodina deťom (Stundenlohn für die Kinder), in dessen Rahmen die PSS begann, mit der Stiftung Nadácia pre deti Slovenska (Stiftung für die Kinder der Slowakei) aktiv zusammenzuarbeiten. Es handelt sich um ein Zuwendungsprogramm, das zum Ziel hat, Kindern in Not-situationen vor allem sofortige Hilfe zu leisten bzw. der Entstehung solcher Situationen vorzubeugen. Bestandteil dieses Programms ist auch das Projekt „Domov“ (Heim) – ein komplexes Kommunikationsmodell der Unterstützung für junge Leute, wenn sie die Kinderheime verlassen. Dank der finanziellen Unterstützung seitens der PSS wird es dieser Stiftung gelingen, die Einrichtung und Ausstattung von 3 „Modellwohnungen“ zu vollenden, die jungen Leute auszubilden, sie im Prozess ihrer Selbstständigmachung zu begleiten, die vorübergehenden „Häuser auf halbem Weg (d.h. zwischen dem Kinderheim und der vollständigen Unabhängigkeit) zu stabilisieren, sowie das funktionierende Modell der Kinderhilfe in die ganze Slowakei zu verbreiten. Als Hauptpartner spendete die PSS in 2010 nicht weniger als € 16.500 für die Realisierung des Förderungsprogramms.

Ein weiteres wichtiges Projekt, das durch den Fonds der PSS in 2010 weiterhin gefördert wurde, ist das Projekt Partneri pre dedičstvo (Partner für das Erbe). Das Projekt hat zum Ziel, auf die Existenz und die Bedeutung des Kultur- und Naturerbes der Kleinkarpatenregion aufmerksam zu machen, zu seiner Rettung und angemessener Wiederherstellung beizutragen, das Bewusstsein über und den Stolz auf ihn in verschiedenen Formen zu erhöhen – und somit für seine Aufrechterhaltung für diese und weitere Generationen beizutragen. Die PSS partizipiert an diesem Projekt seit seinem Beginn in 2007, wobei sie sich an seinen einzelnen, miteinander verbundenen thematischen Teilen und Aktivitäten mitbeteiligt. In 2010 wurden im Rahmen dieses Projekts z.B. folgende Aktivitäten realisiert: der Wettbewerb Ocenenie za príkladnú obnovu (Honorierung einer vorbildhaften Wiederherstellung), das Projekt Svätajurský náučný chodník (Lehrsteig von Svätý Jur), Katalog von Bau- und kunsthistorischen Elementen, oder die Zweckforschung Krajina, ľudia a hodnoty (Landschaft, Menschen und Werte). Für die Aktivitäten im Rahmen des Projekts Partneri pre dedičstvo (Partner für das Erbe) spendete die PSS in 2010 insgesamt € 24.853.

5.6. Umwelt und die PSS

Die Geschäftstätigkeit der PSS hat keinen negativen Einfluss auf die Umwelt. Daher musste die PSS im Berichtsjahr keine umweltschutzbedingten Finanzmittel aufwenden. Durch den Fonds zur Wohnungswirtschaftsförderung wurden in 2010 Projekte gefördert, dessen Ziel es ist, die Qualität des Wohnungswesens auch im Hinblick auf die Umwelt zu verbessern, indem der Schwerpunkt auf energetisch sparsame Wohnformen, die Nutzung von alternativen Energiequellen sowie umweltfreundliche Baumethoden gelegt wird.

In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%. In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%.

6. Bilanz

In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%.

In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%. In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%. In 2010 investierte die PSS ins Wohnungswesen insgesamt Eur 485,36 Mio., was 41,26% sämtlicher Finanzmittel darstellte, die in diesem Jahr in der Slowakei ins Wohnungswesen flossen. Bei der Anzahl von neu abgeschlossenen Bausparverträgen erreichte die PSS den Anteil von 75,22% und beim Volumen der Bausparsummen sogar 78,10%.

Konsolidierte und individuelle Bilanz zum 31. Dezember 2010

(in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2010		2009	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
AKTIVA					
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	7	444	444	6.445	6.445
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	8	83.193	83.193	53.788	53.788
Forderungen an Banken	9	96.405	95.149	111.267	108.294
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	10	137.516	137.516	96.556	96.556
Darlehen an Kunden	11	1.735.978	1.735.978	1.665.085	1.667.158
Anteile an verbundenen Unternehmen	12	-	2.977	-	3.383
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Aktien	8	149	149	149	149
Sachanlagen	13	29.892	28.337	32.530	29.829
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	14	1.136	1.136	1.126	1.126
Immaterielle Vermögenswerte	15	11.759	11.759	11.357	11.357
Steuerforderungen – fällige Körperschaftsteuer		2.259	2.303	1.331	1.323
Latente Steuerforderung	16	12.773	12.875	10.857	10.880
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	17	2.354	2.171	1.318	1.318
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	18	10.761	10.751	8.368	8.339
SUMME AKTIVA		2.124.619	2.124.738	2.000.177	1.999.945
PASSIVA					
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	19	2.301	2.301	6.340	6.340
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	20	33.450	33.450	33.429	33.429
Spareinlagen der Kunden	21	1.801.733	1.801.733	1.673.577	1.673.577
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22	4.415	4.415	5.143	5.143
Rückstellungen	23	12.511	12.511	11.614	11.614
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	24	5.334	5.350	6.153	6.151
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	25	11.986	11.983	10.623	10.618
Fremdmittel		1.871.730	1.871.743	1.746.879	1.746.872
Grundkapital		66.500	66.500	66.500	66.500
Gesetzliche Rücklage		19.536	19.485	19.536	19.485
Sonstige Rücklagen		22.278	22.278	22.283	22.283
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren		1.878	1.878	1.386	1.386
Gewinnvortrag		113.673	113.499	115.611	115.315
Jahresüberschuss		29.024	29.355	27.982	28.104
Eigenkapital	26	252.889	252.995	253.298	253.073
SUMME PASSIVA		2.124.619	2.124.738	2.000.177	1.999.945

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2010		2009	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	27	115.814	115.813	113.264	113.339
Zinsaufwendungen	27	-49.693	-49.693	-44.175	-44.175
Zinsergebnis		66.121	66.120	69.089	69.164
Erlöse aus erbrachten Dienstleistungen und Gebühren- und Provisionserträge	28	27.466	27.462	23.731	23.723
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	28	-179	-179	-420	-420
Gebühren- und Provisionsergebnis		27.287	27.283	23.311	23.303
Bezogene Dienstleistungen und ähnliche Aufwendungen	29	-18.323	-18.285	-18.884	-18.854
Personalkosten	30	-15.534	-15.534	-15.381	-15.380
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sowie auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien		-3.820	-3.814	-4.115	-4.107
Sonstige betriebliche Aufwendungen	31	-5.021	-5.014	-5.100	-5.096
Sonstige betriebliche Erträge	32	1.299	1.179	1.170	1.178
Jahresergebnis vor Absicherung der Risiken		52.009	51.935	50.090	50.208
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Forderungen aus Darlehen	33	-11.688	-11.688	-13.382	-13.382
Saldo aus Bildung und Auflösung von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva, Ausbuchung sonstiger Aktiva	34	-3.313	-3.033	-927	-927
Gewinn vor Steuern		37.008	37.214	35.781	35.899
Körperschaftsteuer	35	-7.984	-7.859	-7.799	-7.795
Gewinn nach Steuern		29.024	29.355	27.982	28.104

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Gesamtergebnisrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR)

	Abschnitt im Anhang	2010		2009	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Gewinn nach Steuern		29.024	29.355	27.982	28.104
Sonstiges Gesamtergebnis:					
Bewertungsdifferenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren, nach Abzug der latenten Steuer von EUR 115 Tsd. (2009: EUR 303 Tsd.)	16	492	492	1.294	1.294
Summe Sonstiges Gesamtergebnis		492	492	1.294	1.294
Summe Gesamtergebnis		29.516	29.847	29.276	29.398

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR)

ÄNDERUNGEN IM EIGENKAPITAL DES KONZERNS	Gezeich- netes Kapital	Gesetz- liche Rücklage	Sonstige Rücklagen	Bewertungs- differenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	Gewinn- vortrag	Jahres- überschuss	Summe Eigen- kapital
1. Januar 2009	66.388	19.532	22.372	92	123.345	22.488	254.217
Gewinn nach Steuern für 2009	-	-	-	-	-	27.982	27.982
Sonstiges Gesamtergebnis für 2009	-	-	-	1.294	-	-	1.294
<i>Summe Gesamtergebnis für 2009</i>	-	-	-	1.294	-	27.982	29.276
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	22.488	-22.488	-
Zuführung zur gesetzlichen Rücklage	-	4	-	-	-4	-	-
Aufstockung des Grundkapitals durch Umwandlung von thesaurierten Gewinnen	112	-	-	-	-112	-	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-89	-	89	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.875	-	-29.875
Sonstige Bewegungen	-	-	-	-	-320	-	-320
31. Dezember 2009	66.500	19.536	22.283	1.386	115.611	27.982	253.298
1. Januar 2010	66.500	19.536	22.283	1.386	115.611	27.982	253.298
Gewinn nach Steuern für 2010	-	-	-	-	-	29.024	29.024
Sonstiges Gesamtergebnis für 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Summe Gesamtergebnis für 2010</i>	-	-	-	492	-	29.024	29.516
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	27.982	-27.982	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-5	-	5	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2010	66.500	19.536	22.278	1.878	113.673	29.024	252.889

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Individuelle Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR)

ÄNDERUNGEN IM EIGENKAPITAL DER BANK	Gezeich- netes Kapital	Gesetz- liche Rücklage	Sonstige Rücklagen	Bewertungs- differenz aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	Gewinn- vortrag	Jahres- überschuss	Summe Eigen- kapital
1. Januar 2009	66.388	19.485	22.372	92	122.794	22.739	253.870
Gewinn nach Steuern für 2009	-	-	-	-	-	28.104	28.104
Sonstiges Gesamtergebnis für 2009	-	-	-	1.294	-	-	1.294
<i>Summe Gesamtergebnis für 2009</i>	-	-	-	<i>1.294</i>	-	<i>28.104</i>	<i>29.398</i>
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	22.739	-22.739	-
Aufstockung des Grundkapitals durch Umwandlung von thesaurierten Gewinnen	112	-	-	-	-112	-	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-89	-	89	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.875	-	-29.875
Sonstige Bewegungen	-	-	-	-	-320	-	-320
31. Dezember 2009	66.500	19.485	22.283	1.386	115.315	28.104	253.073
1. Januar 2010	66.500	19.485	22.283	1.386	115.315	28.104	253.073
Gewinn nach Steuern für 2010	-	-	-	-	-	29.355	29.355
Sonstiges Gesamtergebnis für 2010	-	-	-	492	-	-	492
<i>Summe Gesamtergebnis für 2010</i>	-	-	-	<i>492</i>	-	<i>29.355</i>	<i>29.847</i>
Vortrag des Vorjahresgewinns	-	-	-	-	28.104	-28.104	-
Veränderung des Fonds für karitative Zwecke	-	-	-5	-	5	-	-
Dividendenausschüttung	-	-	-	-	-29.925	-	-29.925
31. Dezember 2010	66.500	19.485	22.278	1.878	113.499	29.355	252.995

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Konsolidierte und individuelle Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 (in

Tsd. EUR)

POSTEN DER KAPITALFLUSSRECHNUNG	Abschnitt im Anhang	2010		2009	
		Konzern	Bank	Konzern	Bank
Erhaltene Zinsen		117.596	117.595	114.703	114.779
Gezahlte Zinsen		-46.526	-46.526	-44.269	-44.269
Erhaltene Gebühren und Provisionen*		40.676	40.676	37.635	37.635
Gezahlte Gebühren und Provisionen*		-15.701	-15.701	-15.744	-15.744
Auszahlungen an Arbeitnehmer und Lieferanten		-33.186	-33.129	-33.741	-33.694
Sonstige Auszahlungen		-3.773	-3.759	-3.706	-3.706
Einzahlungen aus der Veräußerung von Forderungen aus Darlehen	33	539	539	782	782
Einzahlungen aus zuvor abgeschriebenen Forderungen		-	-	36	36
Gezahlte Körperschaftsteuer einschließlich Steuervorauszahlungen		-10.949	-10.949	-19.264	-19.256
Mittelzufluss/-abfluss aus betrieblicher Tätigkeit vor Änderungen der betrieblichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		48.676	48.746	36.432	36.563
Zunahme der betrieblichen Aktiva		-88.683	-86.425	-22.772	-22.747
Abnahme des gesetzlich festgelegten Limits des bei der NBS geführten Kontos der Mindestpflichtreserven		-	-	2.807	2.807
Zunahme von Darlehen an Kunden		-85.991	-83.918	-24.857	-24.857
Zunahme der sonstigen Aktiva		-2.647	-2.462	-817	-792
Zunahme/Abnahme der transitorischen und antizipativen Aktiva		-45	-45	95	95
Zunahme der betrieblichen Passiva		123.753	123.753	50.506	50.503
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		125.450	125.450	54.314	54.314
Abnahme der Darlehen von anderen Banken		-2.380	-2.380	-2.847	-2.847
Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten		429	429	-987	-987
Zunahme der transitorischen und antizipativen Passiva		254	254	26	23
Mittelzufluss/-abfluss aus betrieblicher Tätigkeit		83.746	86.074	64.166	64.319
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen		-5.028	-4.877	-4.413	-4.080
Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen		633	2	20	20
Auszahlungen für den Erwerb von bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen		-109.790	-109.790	-19.991	-19.991
Einzahlungen aus fälligen bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen		69.386	69.386	-	-
Aufstockung des gezeichneten Kapitals der Tochtergesellschaft		-28.288	-28.288	-	-
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit		-	-130	-24.384	-24.051
Ausgeschüttete Dividenden		-73.087	-73.697	-29.875	-29.875
Einzahlungen aus emittierten Schuldverschreibungen		-29.925	-29.925	-	-
Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit		-29.925	-29.925	-29.875	-29.875
NETTO-MITTELZUFLUSS/-ABFLUSS		-19.266	-17.548	9.907	10.393
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn der Berichtsperiode		111.694	108.721	101.787	98.328
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	36	92.428	91.173	111.694	108.721
Nettozunahme (+)/-abnahme (-) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		-19.266	-17.548	9.907	10.393

*Ein Teil der Posten „Erhaltene Gebühren und Provisionen“ sowie „Gezahlte Gebühren und Provisionen“ wird in die Ermittlung des Effektivzinssatzes der Darlehen an Kunden sowie der Spareinlagen der Kunden mit einbezogen.

Die Erläuterungen im Anhang auf den Seiten 68 bis 127 sind ein wesentlicher Bestandteil dieses Jahresabschlusses.

Anhang zum Konzern- und Einzelabschluss

(1) ALLGEMEINE ANGABEN

Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (im Folgenden „die Bank“) ist eine Aktiengesellschaft [Identifikationsnummer (IČO): 31 335 004, Steuer-Identifikationsnummer (DIČ): 2020834475] mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava, Slowakei. Sie wurde am 14. Oktober 1992 gegründet und unter dem Datum des 15. Oktober 1992 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sa, Einlage Nr. 479/B) eingetragen. Ihre Geschäftstätigkeit übt sie seit dem 16. November 1992 aus.

Die Bank und ihre Tochtergesellschaften DomBytGLOBAL, spol. s r.o. und DomBytDevelopment, s.r.o. bilden zusammen einen Konzern (im Folgenden „der Konzern“).

Der Unternehmensgegenstand der Bank umfasst im Wesentlichen Retail Banking.

Zum Abschlussstichtag waren beim Konzern und bei der Bank 387 Mitarbeiter beschäftigt, darunter 53 leitende Angestellte (zum 31. Dezember 2009: 392 Mitarbeiter, darunter 55 leitende Angestellte).

Die Höhe der Stimmrechte der Aktionäre der Bank entspricht der Anzahl ihrer Aktien, die aus der Höhe ihrer Vermögensbeteiligung am Grundkapital der Bank abgeleitet ist (Slovenská sporiteľňa, a.s.: 499 Stimmen, Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH: 1.625 Stimmen, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG: 1.625 Stimmen, Erste Group Bank AG: 1.251 Stimmen).

Der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (im Folgenden „IFRS“), wie sie in der Europäischen Union (im Folgenden „EU“) anzuwenden sind, für die Gruppe der Bilanzierungspflichtigen des Konsolidierungskreises, dem der Konzern und die Bank zugehören, wird nur von der Ersten Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Graben 21, 1010 Wien, Österreich aufgestellt. Dieser Konzernabschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich.

Die Hauptversammlung hat die Vorjahresabschlüsse der Bank (d.h. den Einzel- sowie den Konzernabschluss) am 14. April 2010 festgestellt.

Änderungen im Konzern:

Im Berichtsjahr gab es keine Änderungen im Konzern (siehe Abschnitt (12)).

(2) GRUNDLAGEN FÜR DIE AUFSTELLUNG DES KONZERN- UND EINZELABSCHLUSSES

a) Methode und gesetzliche Grundlage für die Aufstellung des Konzern- und Einzelabschlusses

Der Konzernabschluss umfasst die Einzelabschlüsse der Bank und ihrer Tochtergesellschaften.

Der Konzern- und Einzelabschluss (im Folgenden „der Jahresabschluss“) wurde unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt, mit Ausnahme der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Dieser Jahresabschluss wurde zur Vorlage an die Aktionäre der Bank, die Nationalbank der Slowakei (im Folgenden „NBS“), das slowakische Finanzministerium sowie die Wertpapierbörse in Bratislava aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Annahme der Unternehmensfortführung des Konzerns und der Bank nach dem Grundsatz der Periodenabgrenzung (d.h. Geschäftsvorfälle und andere Ereignisse werden in den Büchern im Entstehungszeitpunkt erfasst und im Jahresabschluss in der Periode ausgewiesen, mit der sie sachlich und zeitlich zusammenhängen) aufgestellt.

Der Jahresabschluss ist in Euro („EUR“) aufgestellt, gerundet auf Tausend EUR.

Die Bank führt ihre Geschäftsbücher, entsprechend den Regelungen des slowakischen Gesetzes Nr. 431/2002 GBl. über die Rechnungslegung in der geltenden Fassung (im Folgenden „RLegG“), in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind. Nach § 22 RLegG stellt die Bank den Konzernabschluss und nach § 17a Abs. (1) RLegG den Einzelabschluss im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 über die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards in der geltenden Fassung auf.

Auch nach Feststellung auf der Hauptversammlung kann der Vorstand der Bank den Aktionären eine Änderung des Jahresabschlusses vorschlagen. Nach § 16, Abs. 9 bis 11 RLegG dürfen jedoch die abgeschlossenen Geschäftsbücher nach Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses nicht mehr geöffnet werden. Falls jedoch nach Feststellung des Jahresabschlusses erkannt wird, dass die Vorjahresangaben nicht vergleichbar sind, können sie vom Buchführungspflichtigen in der Berichtsperiode berichtigt werden, in der er diese Sachverhalte identifiziert hat.

Für das Geschäftsjahr 2010 hat die Bank den Einzel- und Konzernabschluss in einer neuen Art und Weise dargestellt,

indem sie die beiden Abschlüsse zu einem Dokument vereint hat. Ein solcher Jahresabschluss wurde erstmals zum 30. Juni 2010 aufgestellt. Die Angaben in den Aufstellungen und Tabellen des Konzernabschlusses sind in der Spalte „Konzern“, und die Angaben in den Aufstellungen und Tabellen des Einzelabschlusses in der Spalte „Bank“ aufgeführt. Im Falle der Identität der Angaben im Konzern- und Einzelabschluss sind sie nur einmal unter der Bezeichnung „Konzern und Bank“ aufgeführt.

b) Erlassene Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards, welche der Konzern bzw. die Bank in 2010 erstmalig angewendet hat

Die Anwendung der unten aufgeführten neuen Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards hat, soweit nicht anders angeführt, keine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss:

Eingebettete Derivate – Änderungen zu IFRIC 9, Neubeurteilung eingebetteter Derivate, sowie zu IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). Diese Änderungen stellen klar, dass bei der Umklassifizierung eines finanziellen Vermögenswerts aus der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ sämtliche eingebetteten Derivate beurteilt und gegebenenfalls separat zu buchen sind. Falls der Buchführungspflichtige nicht in der Lage ist, ein eingebettetes Derivat, das bei der Umklassifizierung eines hybriden Vertrags aus der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ abgetrennt werden müsste, separat zu bewerten, ist eine solche Umklassifizierung nicht zugelassen. Der hybride Vertrag muss dann weiterhin in der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ geführt werden. Die EU hat diese Änderungen zu IFRIC 9 am 30. November 2009 anerkannt.

IFRIC 17, Sachdividenden an Eigentümer (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, frühzeitige Anwendung zugelassen). Die Interpretation stellt klar, wann und wie die Ausschüttung von nicht-monetären Vermögenswerten in Form von Sachdividenden an die Anteilseigner zu erfassen ist. Ein Buchführungspflichtiger hat die Verpflichtung, nicht-monetäre Vermögenswerte als Sachdividenden an seine Anteilseigner auszuschütten, zum beizulegenden Zeitwert jener Vermögenswerte zu bewerten, die ausgeschüttet werden sollen. Der Gewinn bzw. Verlust aus dem Abgang der ausgeschütteten nicht-monetären Vermögenswerte wird erfolgswirksam erfasst, wenn der Buchführungspflichtige die fällige Dividende mit diesen nicht-monetären Vermögenswerten bezahlt. Diese Interpretation ist für die Geschäftstätigkeit des Konzerns bzw. der Bank nicht relevant, da er/sie keine Sachdividenden an seine/ihre Aktionäre ausschüttet. Die EU hat IFRIC 17 am 26. November 2009 anerkannt.

IFRIC 18, Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). Die Interpretation erläutert die Bilanzierung der Übertragung eines Vermögenswerts durch einen Kunden auf den Buchführungspflichtigen; nämlich unter welchen Umständen ein Vermögenswert vorliegt, den Ansatz und die erstmalige Bewertung des übertragenen Vermögenswerts, die Identifizierung von einzeln bestimmbareren Dienstleistungen (eine oder mehrere Dienstleistungen im Austausch für den übertragenen Vermögenswert), die Umsatzrealisierung sowie die Bilanzierung der Übertragung von Zahlungsmitteln durch Kunden. Die EU hat diese Interpretation am 27. November 2009 anerkannt.

Änderungen zu IAS 27, Konzernabschlüsse und separate Abschlüsse nach IFRS (erlassen im Januar 2008, erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). Der überarbeitete IAS 27 erfordert von Buchführungspflichtigen, den gesamten ausgewiesenen Gewinn oder Verlust (einschließlich des außerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Gewinns oder Verlusts) den Anteilseignern der Muttergesellschaft und Anteilseignern ohne beherrschenden Einfluss (vorher als Minderheitsbeteiligungen bezeichnet) auch dann zuzuordnen, wenn infolgedessen der Saldo der Anteile der Anteilseigner ohne beherrschenden Einfluss negativ sein wird. Des Weiteren besagt der überarbeitete Standard, dass Änderungen in den Geschäftsanteilen der Muttergesellschaft an Tochtergesellschaften, die zu keinem Verlust des beherrschenden Einflusses führen, als Transaktionen im Eigenkapital zu erfassen sind. Er spezifiziert ebenfalls die Methode der Ermittlung von Gewinnen und Verlusten bei Verlust des beherrschenden Einflusses in einer Tochtergesellschaft. Zum Zeitpunkt des Verlusts des beherrschenden Einflusses sind Investitionen in der ehemaligen Tochtergesellschaft zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Der überarbeitete Standard hat keine Auswirkung auf diesen Jahresabschluss. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 27 am 3. Juni 2009 anerkannt.

Änderungen zu IFRS 3, Unternehmenszusammenschlüsse (erlassen im Januar 2008, erstmalig anzuwenden für Unternehmenszusammenschlüsse, bei denen der Erwerbszeitpunkt zu oder nach Beginn der ersten Berichtsperiode, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnt, eintritt). Der überarbeitete Standard ermöglicht dem Buchführungspflichtigen, die Methode der Bewertung von Anteilen der Anteilseigner ohne beherrschenden Einfluss zu wählen – und zwar entweder anhand der derzeitigen Fassung des IFRS 3 (entsprechender Anteil am identifizierten Reinvermögen des erworbenen Unternehmens) oder auf derselben Basis wie die US GAAP (d.h. zum beizulegenden Zeitwert). Außerdem gibt er ausführlichere Anweisungen zur Anwendung der Akquisitionsmethode bei Unternehmenszusammenschlüssen. Die Anforderung, in jedem Schritt einer graduellen Akquisition bei der Ermittlung des entsprechenden Teils des Goodwills jeden Posten der Aktiva und Passiva zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wurde aufgehoben. Stattdessen wird zum Erwerbszeitpunkt der vorherige Wert der Investition zum

beizulegenden Wert bewertet, und dieser beizulegende Zeitwert stellt dann die Anschaffungskosten für Zwecke der Ermittlung der Höhe des Goodwills dar. Die zusammenhängenden Erwerbskosten werden separat vom Unternehmenszusammenschluss erfasst und werden als Aufwand, und nicht als Bestandteil des Goodwills, ausgewiesen. Der Erwerber ist verpflichtet, zum Erwerbszeitpunkt eine Eventualverbindlichkeit aus der Akquisition eines Unternehmens zu buchen. Die Änderungen der Höhe dieser Verpflichtung nach dem Erwerbszeitpunkt werden in Übereinstimmung mit den entsprechenden geltenden IFRS ausgewiesen, und nicht als Anpassung des Goodwills, wie es bisher der Fall ist. Die Anforderungen an Angaben, die im Zusammenhang mit einer eventuellen Vergütung erforderlich sind, werden erweitert.

Der überarbeitete Standard bezieht sich ebenfalls auf Unternehmenszusammenschlüsse, welche die Form von Selbsthilfegenossenschaften haben, sowie auf Unternehmenszusammenschlüsse nur auf Basis einer vertraglichen Beziehung. Er hat keine Auswirkung auf diesen Jahresabschluss. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 3 am 3. Juni 2009 anerkannt.

Zulässige Grundgeschäfte im Rahmen von Sicherungsbeziehungen – Änderungen zu IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung (wirksam mit rückwirkender Anwendung für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, vorzeitige Anwendung zugelassen). Die Änderungen stellen klar, wie in konkreten Situationen die Grundsätze angewendet werden sollen, die bestimmen, ob das abgesicherte Risiko bzw. ein Teil von Geldflüssen die Bedingungen erfüllt, um es bzw. ihn als abgesichert zu bezeichnen. Sie haben keine Auswirkung auf diesen Jahresabschluss. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 3 am 15. September 2009 anerkannt.

Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (anzuwenden für die erstmalige Aufstellung des Jahresabschlusses nach IFRS für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen). Der überarbeitete Standard behält den Inhalt der vorigen Version bei geänderter Form und Darstellungsstruktur bei, um seine Verständlichkeit und Anpassungsmöglichkeit bei künftigen Änderungen zu verbessern. Die Änderungen haben keine Auswirkung auf diesen Jahresabschluss. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 am 25. November 2009 anerkannt.

Zusätzliche Ausnahmen für Erstanwender – Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen). Diese Änderungen ermöglichen Unternehmen, bei der erstmaligen Umstellung zu IFRS eine Ausnahme von den allgemeinen Regeln der IFRS geltend zu machen, und zwar in den Bereichen Vermietung, Förderindustrie sowie Verpflichtungen aus Liquidation und Rekultivierung. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 am 23. Juni 2010 anerkannt.

Gruppen mit barzahlungs- und anteilsbasierten Vergütungen – Änderungen zu IFRS 2, Anteilsbasierte Vergütungen (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen). Diese Änderungen erläutern die Bilanzierung auf der Ebene der Tochtergesellschaften, deren Kosten für erhaltene Dienstleistungen teilweise oder vollständig von der Muttergesellschaft oder einem anderen Konzernunternehmen beglichen werden. Ferner nehmen sie Regelungen auf, die vormalig in IFRIC 8, Anwendungsbereich von IFRS 2 und IFRIC 11, IFRS 2 – Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen enthalten waren. IFRIC 8 und IFRIC 11 wurden daher vom International Accounting Standards Board (im Folgenden „IASB“) zurückgezogen. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 2 am 23. März 2010 anerkannt.

Sammelstandard zur Verbesserung verschiedener International Financial Reporting Standards (erlassen im April 2009; Änderungen zu IFRS 2, IAS 38, IFRIC 9 und IFRIC 16 sind erstmalig für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen; Änderungen zu IFRS 5, IFRS 8, IAS 1, IAS 7, IAS 17, IAS 36 und IAS 39 sind erstmalig für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen). Die Verbesserungen enthalten mehrere wichtige Änderungen und Erläuterungen in den folgenden Standards und Interpretationen: Klarstellung, dass Unternehmenseinbringungen in Transaktionen unter einheitlicher Leitung und die Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen nicht in den Wirkungsbereich des IFRS 2 fallen; Klarstellung hinsichtlich der von IFRS 5 und anderen Standards geforderten Anforderungen an Anhangangaben für langfristige, zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte (bzw. Veräußerungsgruppen) oder aufgegebene Geschäftsbereiche; Konkretisierung, dass die Anforderung, den Gesamtwert von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für jedes berichtspflichtige Segment gemäß IFRS 8 anzugeben, nur dann gilt, wenn diese Angaben dem für die Allokation von Ressourcen verantwortlichen Hauptentscheidungsträger regelmäßig zur Verfügung gestellt werden; Änderungen zu IAS 1, nach denen bestimmte Verbindlichkeiten, die vom Buchführungspflichtigen durch eigene Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, als langfristig klassifiziert werden können; Änderungen von IAS 7 insoweit, dass nur solche Ausgaben, die den Ansatz eines Vermögenswerts zur Folge haben, als Aufwendungen für die Investitionstätigkeit klassifiziert werden können; die Zulassung der Möglichkeit, bestimmte Formen einer langfristigen Verpachtung von Grundstücken als Finanzierungsleasing nach IAS 17 zu klassifizieren, auch wenn es nach Ablauf der Leasingdauer zu keiner Übertragung der Eigentumsrechte an den geleasteten Grundstücken kommt; weitere Leitlinien bezüglich der Anwendung von IAS 18 zur Feststellung, ob ein Unternehmen als Auftraggeber oder Vermittler agiert; Klarstellung im IAS 36, dass eine zahlungsmittelgenerierende Einheit nicht größer sein sollte als ein Geschäftssegment vor Aggregation; Änderungen zu IAS 38 bezüglich der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von in einem Unternehmenszusammenschluss erworbenen immateriellen Vermögenswerten; Änderungen zu IAS 39 mit dem Ziel, (i) in seinen Wirkungsbereich auch

Optionsverträge mit einzubeziehen, die zu Unternehmenszusammenschlüssen führen könnten, (ii) die Berichtsperiode klarzustellen, in der die Umklassifizierung von aus Instrumenten zur Absicherung von Kapitalflüssen resultierenden Gewinnen bzw. Verlusten aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen soll, und (iii) festzulegen, dass eine Vorauszahlungsoption eng mit dem Basisvertrag zusammenhängt, falls bei deren Geltendmachung der Schuldner dem Gläubiger den wirtschaftlichen Schaden erstattet; Änderungen zu IFRIC 9, nach denen eingebettete Derivate in Verträgen, die bei Transaktionen unter einheitlicher Leitung und bei der Errichtung von Gemeinschaftsunternehmen angeschafft wurden, nicht unter den Wirkungsbereich dieser Interpretation fallen; sowie Aufhebung der Beschränkung in IFRIC 16, die besagt, dass Sicherungsinstrumente von einem ausländischen Geschäftsbetrieb, der selbst abgesichert wird, nicht gehalten werden dürfen. Die Bank erwartet nicht, dass dieser Sammelstandard ihren Einzelabschluss wesentlich beeinflussen wird. Die Änderungen haben keine wesentliche Auswirkung auf diesen Jahresabschluss. Die EU hat diesen Sammelstandard am 23. März 2010 anerkannt.

Das IASB und das amerikanische Financial Accounting Standards Board (im Folgenden „FASB“) haben am 28. September 2010 den Abschluss der ersten Phase des gemeinsamen Projekts zur Entwicklung eines verbesserten Rahmenkonzepts für die IFRS und die Allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze der Vereinigten Staaten (im Folgenden „US GAAP“) bekanntgegeben. Die Arbeiten am Rahmenkonzept verlaufen in mehreren Phasen und nach Vollendung der einzelnen Kapitel werden in dem in 1989 veröffentlichten Rahmenkonzept die entsprechenden Vorgaben für die Aufstellung und Darstellung von Jahresabschlüssen ersetzt. Dieses Projekts hat zum Ziel, ein solides Fundament für die Ableitung zukünftiger prinzipienbasierter, in sich konsistenter und international konvergierter Rechnungslegungsgrundsätze zu schaffen. Bisher wurden Kapitel 1 – Zielsetzung der Finanzberichterstattung und Kapitel 3 – Qualitative Eigenschaften von nützlichen Finanzinformationen erlassen. Einzelne Kapitel sind mit dem Tag ihrer Veröffentlichung wirksam.

c) Erlassene, nach dem 31. Dezember 2010 wirksame Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards, welche der Konzern bzw. die Bank nicht angewendet hat

Keiner/Keine der unten aufgeführten Standards, Interpretationen und Änderungen zu den erlassenen Standards wurde bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 freiwillig vor ihrem Wirksamkeitsdatum angewendet:

Änderungen zu IAS 24, Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Diese Änderungen führen eine teilweise Befreiung von Berichtspflichten für Unternehmen ein, an denen der Staat beteiligt ist, und enthalten ebenfalls eine vereinfachte Definition von nahe stehenden

Unternehmen und Personen. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 24 am 19. Juli 2010 anerkannt.

Einstufung von Bezugsrechten – Änderungen zu IAS 32, Finanzinstrumente: Darstellung (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Februar 2010 beginnen). Diese Änderungen ändern die Methode der Bilanzierung des Rechts von Aktionären, sich anteilmäßig an der Aufstockung des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft zu beteiligen, falls diese Aufstockung in einer anderen als der funktionalen Währung des Emittenten ausgedrückt ist. Vor diesen Änderungen waren solche Rechte als derivative Finanzverbindlichkeiten einzustufen. Die EU hat diese Änderungen zu IAS 32 am 23. Dezember 2009 anerkannt.

Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7 - Änderungen zu IFRS 1, Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards (anzuwenden für die erstmalige Aufstellung des Jahresabschlusses nach IFRS für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen). Auf erstmalige Anwender bezieht sich gemäß diesen Änderungen dieselbe Ausnahme bei der Offenlegung von Vergleichsangaben nach Anforderungen des IFRS 7 wie auf Unternehmen, welche die IFRS bereits in der Vergangenheit angewendet haben. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 1 am 30. Juni 2010 anerkannt.

IFRS 9, Finanzinstrumente, Teil 1: Klassifizierung und Bewertung (erlassen im November 2009; erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen). IFRS 9 ersetzt die Teile von IAS 39, welche die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten regeln. Die grundlegenden Charakteristiken dieses Standards sind wie folgt:

- Für Bewertungszwecke werden finanzielle Vermögenswerte nur noch in zwei Klassifizierungskategorien eingeteilt werden: diejenigen, die zum beizulegenden Zeitwert, und diejenigen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten anhand der Effektivzinsmethode bewertet werden. Die Klassifizierung wird zum Zeitpunkt des Erwerbs des finanziellen Vermögenswerts festgelegt werden müssen und hängt vom Geschäftsmodell zur Steuerung von Finanzinstrumenten und den Charakteristiken der vertraglichen Zahlungsströme des gegebenen finanziellen Vermögenswerts ab.
- Ein finanzieller Vermögenswert wird nur dann zu fortgeführten Anschaffungskosten anhand der Effektivzinsmethode bewertet werden, wenn es sich um ein finanzielles Schuldinstrument handelt und wenn zugleich (i) die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens darin liegen wird, diesen finanziellen Vermögenswert zu halten, um damit vertragliche Zahlungsströme zu erzielen, und (ii) die vertraglichen Zahlungsströme lediglich die Rückzahlungen des Nominalwerts und der Zinsen darstellen werden (d.h. das Finanzinstrument wird nur die grundlegenden Kreditmerkmale besitzen). Alle sonstigen Schuldinstrumente sind erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

- Aktien und Geschäftsanteile werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Zu Handelszwecken gehaltene Aktien werden nachfolgend erfolgswirksam bewertet werden. Das Unternehmen wird sich zum Erwerbszeitpunkt einmalig und unwiderruflich für eine (i) erfolgswirksame oder (ii) gesamt erfolgswirksame Folgebewertung der sonstigen Aktien und Geschäftsanteile entscheiden können. Die Umklassifizierung oder das erfolgswirksame Recycling der Folgebewertung zum Veräußerungs- oder Wertminderungszeitpunkt wird nicht möglich sein. Die Entscheidung über die Klassifizierung wird separat für jede angeschaffte Investition in Aktien oder Geschäftsanteilen vorgenommen werden können. Dividenden werden nur dann erfolgswirksam angesetzt werden, wenn sie einen Ertrag aus der Investition, und nicht die Erstattung der Investition darstellen.
- Die meisten Anforderungen des IAS 39 an die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten wurden unverändert in den IFRS 9 übertragen. Die wesentliche Änderung für Buchführungspflichtige wird die Pflicht sein, die Effekte der Änderungen des eigenen Kreditrisikos bei den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten im sonstigen Gesamtergebnis auszuweisen.

Derzeit wird der Einfluss des neuen Standards auf den Jahresabschluss beurteilt und es wird erwartet, dass er wesentlich sein kann. Die EU hat den IFRS 9 noch nicht anerkannt.

Dritter Sammelstandard zur Verbesserung verschiedener International Financial Reporting Standards (erlassen im Mai 2010, erstmals anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Die Verbesserungen enthalten mehrere wichtige Änderungen und Erläuterungen in den folgenden Standards und Interpretationen: IFRS 1 wurde geändert, indem er (i) ermöglicht, den nach vorigen Rechnungslegungsgrundsätzen festgelegten Buchwert von Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten als Anschaffungskosten zu übernehmen, sofern dieses Anlagevermögen in der Vergangenheit in einem Betrieb verwendet wurde, der einer Preisregulierung unterlag, (ii) ermöglicht, eine anlassbezogene Neubewertung eines Postens des Sachanlagevermögens auch dann als Anschaffungskosten zu übernehmen, wenn die Neubewertung während der ersten Berichtsperiode erfolgte, für die ein Jahresabschluss nach den IFRS erstellt werden sollte, und (iii) von einem Buchführungspflichtigen, der den Jahresabschluss nach IFRS zum ersten mal aufstellt, fordert, die Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bzw. in der Inanspruchnahme von Ausnahmen in IFRS 1 zu erläutern, falls diese in der Zeit zwischen der Aufstellung eines Zwischenabschlusses und der Aufstellung des ersten vollständigen IFRS-Abschlusses vorgenommen wurden; IFRS 3 wurde geändert, indem er (i) fordert, eine Minderheitsbeteiligung, die weder einen gegenwärtigen Eigentumsanteil darstellt noch ein Recht auf den proportionalen Teil des Eigenkapitals bei der Liquidation gibt, zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (sofern von anderen IFRS nicht eine andere Bewertungsmethode erfordert wird), (ii) eine

Anleitung für die Bilanzierung von Zahlungsvereinbarungen auf Basis der Eigenkapital-instrumente gibt, sofern diese Zahlungsvereinbarungen des erworbenen Unternehmens im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses nicht ersetzt bzw. freiwillig durch andere Vereinbarungen ersetzt wurden, und (iii) konkretisiert, dass Eventualzahlungen, die aus Unternehmenszusammenschlüssen resultieren, welche noch vor Inkrafttreten des novellierten IFRS 3 (erlassen im Januar 2008) eingetreten sind, nach Regelungen der vorigen Fassung von IFRS 3 bilanziert werden; IFRS 7 wurde mit dem Ziel geändert, einige Offenlegungspflichten klarzustellen, insbesondere durch (i) Ergänzung der expliziten Akzentuierung der Interaktion zwischen qualitativen und quantitativen Angaben über die Art und den Umfang von Finanzrisiken, (ii) Aufhebung der Pflicht, den Buchwert von solchen Vermögenswerten mit vereinbarten geänderten Vertragsbedingungen offenzulegen, die sonst überfällig oder wertgemindert wären, (iii) Ersatz der Anforderung, den beizulegenden Zeitwert von Forderungsabsicherungen offenzulegen, mit einer allgemeineren Offenlegung ihrer finanziellen Auswirkung, und (iv) Konkretisierung, dass die Buchführungspflichtigen die realisierte Forderungsabsicherung, die sie zum Bilanzstichtag besitzen, und nicht den während der Berichtsperiode erhaltenen Betrag aus der Absicherung offenlegen sollen; IAS 1 wurde geändert, um zu konkretisieren, dass die Aufstellung über Veränderungen des Eigenkapitals den Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag, das sonstige Gesamtergebnis, das Gesamtergebnis sowie die Geschäftsvorfälle mit Anteilseignern enthält und dass die Analyse des sonstigen Gesamtergebnisses nach den Posten im Anhang zum Jahresabschluss veröffentlicht werden kann; IAS 27 wurde geändert, um die Übergangsbestimmungen zu den Änderungen zu IAS 21, 28 und 31 klarzustellen, die durch die Änderungen zu IAS 27 (erlassen im Januar 2008) ausgelöst wurden; IAS 34 wurde geändert, indem zusätzliche Beispiele wesentlicher Ereignisse und Geschäftsvorfälle ergänzt wurden, welche die Offenlegung im verkürzten Zwischenabschluss erfordern, einschließlich der Umgruppierungen zwischen den Hierarchiestufen in der von beizulegenden Zeitwerten, der Änderungen in der Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten oder der Änderungen im betrieblichen oder wirtschaftlichen Umfeld, die den beizulegenden Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte des Buchführungspflichtigen beeinflussen; und IFRIC 13 wurde mit dem Ziel geändert, die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der den Kunden gutgeschriebenen Treuepunkte klarzustellen. Der Konzern bzw. die Bank erwartet nicht, dass diese Änderungen eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss haben werden. Die EU hat diesen dritten Sammelstandard noch nicht anerkannt.

Übertragung finanzieller Vermögenswerte - Änderungen zu IFRS 7, Finanzinstrumente: Angaben (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen). Die Änderungen erhöhen die Offenlegungserfordernisse von Informationen über Transaktionen, deren Bestandteil die Übertragung von finanziellen Vermögenswerten ist. Diese Anpassungen sollen die Risiken verdeutlichen, denen ein Buchführungspflichtiger bei Transaktionen ausgesetzt wird, mit denen ein finanzieller Vermögenswert übertragen wird, der

Veräußerer aber ein bestimmtes Ausmaß des anhaltenden, mit diesem Vermögenswert verbundenen Engagement behält. Des Weiteren führen die Änderungen die Definition der Übertragung und des anhaltenden Engagements für Offenlegungszwecke ein. Die EU hat diese Änderungen zu IFRS 7 noch nicht anerkannt.

IFRIC 19, Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen). Diese Interpretation konkretisiert die Anforderungen von IFRS, falls ein Unternehmen seine Verbindlichkeit mit eigenen Aktien tilgt, wobei die ausgegebenen Aktien zu ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Die EU hat IFRIC 19 am 23. Juli 2010 anerkannt.

Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen - Änderungen zu IFRIC 14, IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsanforderungen und ihre Wechselwirkung (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen). Diese Änderungen werden eine begrenzte Auswirkung haben, da sie sich lediglich auf Unternehmen beziehen, die einen festgelegten Mindestbeitrag in einen leistungsorientierten Pensionsplan haben. Sie korrigieren unbeabsichtigte Auswirkungen der IFRIC 14 im Bereich der freiwillig vorausgezählten Mindestfinanzierungsbeiträge. Die EU hat diese Änderungen zu IFRIC 14 am 19. Juli 2010 anerkannt. Diese Interpretation ist weder für die Geschäftstätigkeit des Konzerns noch für die der Bank relevant.

Änderung zu IAS 12, Ertragsteuern (erstmalig anzuwenden für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2012 beginnen). Diese Änderung fordert von Buchführungspflichtigen, aktive latente Steuern bei Vermögenswerten abhängig davon anzusetzen, ob die Realisierung des Buchwerts eines Vermögenswertes durch Nutzung oder durch Veräußerung erwartet wird, was kompliziert sein kann, wenn der Vermögenswert zum beizulegenden Zeitwert gemäß IAS 40, Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien bewertet wird. Die Änderung bietet eine praktische Lösung dieses Problems, und zwar durch die Einführung der widerlegbaren Vermutung, dass die Realisierung des Buchwerts im Normalfall durch Veräußerung erfolgt.

Sofern oben nicht anders aufgeführt, sollten die neuen Standards und Interpretationen den Jahresabschluss nicht wesentlich beeinflussen.

(3) WESENTLICHE BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

a) Konsolidierungsgrundsätze

Tochtergesellschaften, in denen die Bank einen entscheidenden Einfluss hat, sind im Konzernabschluss voll konsolidiert.

Investitionen in Tochtergesellschaften sind Investitionen in Gesellschaften, an denen die Bank direkt oder indirekt

mehr als 50% der Stimmrechte besitzt bzw. deren Finanz- und Geschäftspolitik sie anderweitig beherrschen kann. Unter Beherrschung wird die Möglichkeit verstanden, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeiten Nutzen zu ziehen. Tochtergesellschaften werden ab dem Datum konsolidiert, an dem das Beherrschungsrecht auf die Bank übertragen wurde, und deren Konsolidierung endet an dem Tag, an dem dieses Recht erlischt.

Sämtliche Salden und Geschäftsvorfälle zwischen den Konzernunternehmen wurden bei der Konsolidierung eliminiert, einschließlich des nicht realisierten Gewinns.

Wo es erforderlich war, sind die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für Tochtergesellschaften angepasst, so dass die Konsistenz mit den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank eingehalten wird.

b) Anteile an verbundenen Unternehmen (Tochtergesellschaften)

Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Einzelabschluss zu Anschaffungskosten bewertet. Eine etwaige Wertminderung unter die Anschaffungskosten wird durch eine Wertberichtigung berücksichtigt.

c) Segmentberichterstattung

Ein Geschäftssegment ist ein Unternehmensbestandteil:

- der Geschäftstätigkeiten betreibt, mit denen Umsatzerlöse erwirtschaftet werden und bei denen Aufwendungen anfallen können (einschließlich Umsatzerlöse und Aufwendungen im Zusammenhang mit Geschäftsvorfällen mit anderen Bestandteilen desselben Unternehmens),
- dessen Betriebsergebnisse regelmäßig von der verantwortlichen Unternehmensinstanz im Hinblick auf Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen zu diesem Segment und die Bewertung seiner Ertragskraft überprüft werden, und
- für den separate Finanzinformationen vorliegen.

Im Jahresabschluss wird keine Segmentberichterstattung aufgeführt, da die Betriebsergebnisse der einzelnen Komponenten oder Bereiche des Konzerns bzw. der Bank von der Geschäftsleitung nicht überwacht werden.

d) Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles

Der Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles ist insbesondere der Tag, an dem Bargeld ausgezahlt oder entgegengenommen wird, Geldmittel in Fremdwährung angekauft oder verkauft werden, die Zahlungsabwicklung vom Konto des Kunden erfolgt, die Zahlung dem Konto des Kunden gutgeschrieben wird, ein Eigentumsrecht erworben wird oder erlischt bzw. eine Forderung oder Verbindlichkeit entsteht, verändert wird oder erlischt.

Wertpapiergeschäfte oder Termingeschäfte auf dem Geldmarkt werden am Erfüllungstag gebucht.

e) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente für Zwecke der Aufstellung der Kapitalflussrechnung umfassen:

- den Kassenbestand,
- den Überschuss des Kontos der Mindestpflichtreserven bei der NBS über das gesetzliche Limit hinaus,
- Darlehen an die NBS im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Darlehen von Handels- und Geschäftsbanken im Rahmen von REPO-Geschäften mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Salden der Kontokorrentkonten bei anderen Banken,
- Termineinlagen bei anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten,
- Termindarlehen von anderen Banken mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten, sowie
- kurzfristige Schuldverschreibungen mit einer vertraglichen Laufzeit von höchstens drei Monaten.

f) Fremdwährungsumrechnung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden in Euro mit dem von der Europäischen Zentralbank festgelegten und bekannt gemachten Umrechnungskurs am Tag der Abwicklung des Buchungsvorfalles umgerechnet, mit Ausnahme von Barkauf und Barverkauf von Fremdwährungen für EUR; in diesen Fällen wird der Handelsbankwechsellkurs verwendet, zu dem diese Werte gekauft oder verkauft wurden. Zum Abschlussstichtag werden sie mit dem an diesem Tag gültigen Wechselkurs bewertet. Die aus der Neubewertung auf Euro resultierenden Gewinne und Verluste werden als Kursverluste bzw. -gewinne ergebniswirksam gebucht.

g) Darlehen und andere Forderungen an die NBS

Der Kassenbestand ist zum Nominalwert bewertet. Darlehen und sonstige Forderungen an die NBS werden zum Zeitpunkt ihrer Gewährung bzw. Entstehung zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich der mit der Transaktion unmittelbar zusammenhängenden Transaktionskosten bewertet. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten¹ bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Dieser Wert stellt den Betrag dar, mit dem das Finanzinstrument zum Erwerbsstichtag gebucht wurde, abzüglich Rückzahlungen auf den Nominalwert, zuzüglich abgegrenzte Zinsen und abzüglich etwaiger Wertberichtigungen auf Wertminderungen des finanziellen Vermögenswerts. Zeitlich abgegrenzte Zinsen umfassen die Abgrenzung der Transaktionskosten und der Differenz zwischen dem Anschaffungspreis und dem Nominalwert anhand der Effektivzinsmethode. Der in dieser Art und Weise abgegrenzte Zins wird in die Bewertung der Finanzinstrumente in der Bilanz mit einbezogen.

¹ englischer Begriff „amortised cost“.

h) Gewährte Darlehen und Forderungen sowie Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste

Gewährte Darlehen und Forderungen sind finanzielle Vermögenswerte mit festgelegten oder bestimmaren Zahlungen ohne Charakter eines derivativen Finanzinstruments, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind, außer solchen, welche:

- der Konzern bzw. die Bank sofort oder in naher Zukunft zu veräußern beabsichtigt und solchen, welche beim erstmaligem Ansatz als Aktiva klassifiziert werden, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind,
- beim erstmaligen Ansatz als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind, oder
- solche, bei denen möglicherweise nicht das volle ursprüngliche Investment aus anderen als Bonitätsgründen zurückfließen wird und die als jederzeit veräußerbar klassifiziert sind.

Darlehen werden bei ihrer Gewährung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die direkt mit dem Erwerb der finanziellen Vermögenswerte zusammenhängenden Transaktionskosten (Provision für das Darlehen) erhöht wird. Gewährte Darlehen sind nachfolgend zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in der Bilanz in Nettohöhe (d.h. in Höhe der Forderung abzüglich Wertberichtigung) ausgewiesen. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für die Darlehensverarbeitung während der Laufzeit des Darlehens zeitlich abgegrenzt.

Zum Abschlussstichtag wird beurteilt, ob ein objektiver Nachweis für die Wertminderung eines Darlehens vorliegt. Zur Wertminderung eines Darlehens und zu dem daraus resultierenden Verlust kommt es, wenn es einen objektiven Nachweis für die Wertminderung infolge eines oder mehrerer Ereignisse gibt, die nach erstmaligem Ansatz des Darlehens eingetreten sind und falls diese verlustbringenden Ereignisse² eine Auswirkung auf die geschätzten künftigen Zahlungsmittelflüsse aus Darlehen haben und zuverlässig geschätzt werden können.

Das wesentliche Kriterium, das auf eine Wertminderung dieses finanziellen Vermögenswerts hinweist, ist der Zahlungsverzug, insbesondere wenn der Schuldner mit der Erfüllung seiner Verpflichtung gegenüber der Bank länger als 30 Tage im Verzug ist. Bei der Ermittlung der Höhe der Wertminderung werden neben dem Zahlungsverzug auch folgende Faktoren berücksichtigt:

- erwartete Rentabilität aus der Realisierung der Absicherung,
- Wahrscheinlichkeit, dass es zur Eintreibung kommen wird,
- voraussichtliche Dauer bis zur Beendigung der Eintreibung, sowie
- der ursprüngliche Zinssatz.

Die Wertberichtigung auf Wertminderungsverluste wird gebildet, wenn es einen objektiven Nachweis gibt, dass der

² englischer Begriff „loss event“

Konzern bzw. die Bank nicht in der Lage sein wird, alle geschuldeten Beträge zu den ursprünglich vereinbarten Teilzahlungsterminen zurückzuerhalten. Die Höhe der Wertberichtigung stellt den Unterschiedsbetrag zwischen dem Buch- und dem Realisationswert dar (der Realisationswert entspricht dem Barwert der erwarteten künftigen Zahlungsmittelflüsse einschließlich der eingetriebenen Beträge aus Garantien und erhaltenen Sicherheiten, abgezinst mit dem ursprünglichen Zinssatz des Darlehens bei seiner Gewährung).

Der Konzern bzw. die Bank bildet Einzelwertberichtigungen sowohl auf individuell bedeutende als auch auf individuell unbedeutende Darlehen, die eingetrieben werden und bei denen jeweils ein Eintreibungserfolg erwartet wird. Der Konzern bzw. die Bank betrachtet folgende Darlehen als individuell bedeutend:

- Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds,
- aus Finanzmitteln des Bausparfonds gewährte Bauspardarlehen an natürliche Personen mit einer genehmigten Höhe einzelner Darlehen von über EUR 170 Tsd. sowie Zwischenfinanzierungsdarlehen an natürliche Personen mit einer Bausparsumme von über EUR 170 Tsd., sowie
- aus Finanzmitteln des Bausparfonds gewährte Bauspardarlehen an juristische Personen mit einer genehmigten Höhe einzelner Darlehen von über EUR 250 Tsd. sowie Zwischenfinanzierungsdarlehen an juristische Personen mit einer Bausparsumme von über EUR 250 Tsd.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen resultiert aus der Analyse des Kreditrisikos sowie der finanziellen Situation jedes einzelnen Schuldners.

Auf sonstige Darlehen wird eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung spiegelt voraussichtliche, im Portfolio zum Abschlussstichtag bestehende Verluste wider, die bei der Bildung von Einzelwertberichtigungen nicht berücksichtigt werden. Wenn die Forderungseintreibung erfolglos ist bzw. die Eintreibungskosten höher wären als der eingetriebene Betrag, ist es das Bestreben der Bank, solche Forderungen abzutreten.

Eine Forderung wird ausgebucht, wenn sämtliche, mit deren Eintreibung zusammenhängenden Schritte vorgenommen wurden und dem Konzern bzw. der Bank es trotzdem nicht gelungen ist, den Schuldbetrag vom Kunden einzutreiben, oder wenn die Eintreibung ökonomisch nicht mehr sinnvoll wäre. Eine Forderung wird ebenfalls aufgrund des Verzichts auf die Forderungseintreibung nach einer rechtsgültigen Gerichtsentscheidung bzw. nach der Erklärung des Vollstreckers über die Uneinbringlichkeit der Forderung sowie aufgrund interner Vorschriften der Bank ausgebucht.

Wenn die Höhe der Wertminderung des Darlehens in den Folgeperioden vermindert wird und diese Verminderung objektiv einem Ereignis zuzuschreiben ist, das nach ursprünglicher Buchung der Wertberichtigung eingetreten ist, oder wenn der Konzern bzw. die Bank eine vorher ausgebuchte Forderung eintreibt, wird die

Wertberichtigung aufgelöst. Die Auflösung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Darlehen, Ausbuchung von Forderungen aus Darlehen, Verluste aus Abtretung von Darlehensforderungen“ erfasst.

i) Wertpapiere

Der Konzern bzw. die Bank erfasst Wertpapiere nach seiner/ihrer Absicht beim Erwerb und im Sinne seiner/ihrer Anlagestrategie für Wertpapiere in folgenden Portfolios:

- bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere, und
- zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere sind finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, welche der Konzern bzw. die Bank bis zur Endfälligkeit zu halten beabsichtigt und kann, und welche auf einem aktiven Markt notiert sind. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der um die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten erhöht wird. Nachfolgend werden sie zu anhand der Effektivzinsmethode ermittelten fortgeführten Anschaffungskosten, abzüglich Wertberichtigungen auf Wertminderungsverluste, bewertet.

Bestandteil der Bewertung der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere ist ebenfalls der zeitlich abgegrenzte proportionale Zinsertrag sowie die zeitlich abgegrenzte Differenz zwischen den niedrigeren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Diskont) bzw. zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem Nominalwert (Prämie), die anhand der Effektivzinsmethode berechnet wurden.

Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere sind jegliche finanzielle Vermögenswerte, die weder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertetete noch als bis zur Endfälligkeit zu haltende Aktiva klassifiziert werden. Beim Erwerb werden sie zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der auch die mit der Anschaffung der finanziellen Vermögenswerte direkt zusammenhängenden Transaktionskosten enthält. Nachfolgend werden sie mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei die Bewertungsdifferenz aus dieser Neubewertung im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen wird. Die anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Zinsen werden jedoch als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Investitionen in nicht notierte Wertpapiere und Geschäftsanteile, die mit dem beizulegenden Zeitwert nicht zuverlässig bewertet werden können, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Wertpapiergeschäfte werden zum Datum des Erfüllungstages erfasst. Sämtliche Wertpapiergeschäfte der Bank sind Transaktionen mit geschäftsüblichem Liefertermin.

Der Konzern bzw. die Bank bucht finanzielle Vermögenswerte in folgenden Fällen aus:

- a) der Vermögenswert bzw. die Forderung wurden zurückgezahlt oder das Recht auf Einnahmen aus diesem Vermögenswert ist anderweitig abgelaufen, oder

b) der Konzern bzw. die Bank hat die Rechte auf Geldflüsse aus finanziellen Vermögenswerten abgetreten oder hat eine die festgelegten Bestimmungen erfüllende Vereinbarung über die Übertragung von Einnahmen aus diesen Vermögenswerten gleich nach deren Erhalt abgeschlossen, wobei er/sie:

- (i) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile übertragen hat, oder
- (ii) grundsätzlich sämtliche mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile weder übertragen noch behalten, aber die Kontrolle abgegeben hat.

Die Kontrolle verbleibt beim Konzern bzw. bei der Bank, wenn die Gegenpartei praktisch nicht in der Lage ist, die gegebenen Vermögenswerte als Ganzes einem fremden Dritten zu verkaufen, ohne dass die Veräußerung weiteren Einschränkungen unterliegen würde.

Die Änderungen zu IFRS 7, *Finanzinstrumente: Angaben*, welche der IASB am 5. März 2009 erlassen hat, haben eine dreistufige Hierarchie eingeführt, welche die Bedeutung der Inputfaktoren berücksichtigt, die bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von solchen Finanzinstrumenten verwendet werden, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Diese Hierarchie besteht aus folgenden drei Stufen:

Stufe 1: Bewertung zu quotierten (unveränderten) Preisen auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten,

Stufe 2: Bewertung anhand eines Modells, dessen sämtliche wesentlichen Inputfaktoren auf Finanzmärkten direkt beobachtbar sind, oder Bewertung zu quotierten Preisen auf nicht aktiven Märkten,

Stufe 3: Bewertung anhand eines Modells, dessen wesentliche Inputfaktoren nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren – subjektive Inputfaktoren.

j) Verrechnung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Schulden

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Schulden werden verrechnet und deren Nettowert wird in der Bilanz dann ausgewiesen, wenn ein rechtlich eintreibbarer Anspruch auf die Verrechnung der ausgewiesenen Werte existiert und zugleich die Absicht besteht, Transaktionen auf Basis der Nettodifferenz zu begleichen, oder wenn die Absicht besteht, die Schuld gleichzeitig mit dem Verkauf der zusammenhängenden Vermögenswerte zu begleichen.

k) Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Das Anlagevermögen, das aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten besteht, wird zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen auf etwaige Wertminderung. Der Grad der Abnutzung wird durch kumulierte Abschreibungen dargestellt. Die Anschaffungskosten bestehen aus dem Anschaffungspreis der Vermögenswerte sowie den Anschaffungsnebenkosten (z.B. Transportkosten, Post- und Zollgebühren, Provisionen, Zinsen auf Investitionsdarlehen, die vom Zeitpunkt der

Anschaffung bis zum Tag der erstmaligen Nutzung gebucht wurden).

Sachanlagen sowie immaterielle Vermögenswerte werden ratierlich monatlich gemäß dem genehmigten Abschreibungsplan abgeschrieben, und zwar ab dem Monat, in dem der betreffende Vermögensgegenstand erstmalig genutzt wurde. Sie werden anhand der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben, wobei die Höhe der monatlichen Abschreibung als Quotient des abzuschreibenden Wertes und der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Vermögenswerts bestimmt wird. Der abzuschreibende Wert sind die Anschaffungskosten, vermindert um den Wert, für den der Vermögenswert gegenwärtig verkauft werden könnte, wäre er bereits in dem Zustand, der am Ende seiner wirtschaftlichen Nutzungsdauer erwartet wird. Der Verkaufspreis wird nach Berücksichtigung der Aufwendungen für die Verkaufsabwicklung ermittelt.

Der Abschreibungsplan, aus dem handelsrechtliche Abschreibungssätze abgeleitet sind, ist auf Basis der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer des Anlagevermögens wie folgt festgelegt:

ART DES VERMÖGENS	ABSCHREIBUNGSDAUER IN JAHREN
Sachanlagen:	
Gebäude, Bauten, kleine Bauten	20, 50
Gebäudekomponenten	15, 20
Maschinen und Einrichtungen	2, 4, 8, 12, 15, 20
Hardware	4, 5, 8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2, 5, 6, 8, 12, 15, 20
Möbel	3, 8, 10, 20
Transportmittel	3, 6
Technische Aufwertung des gemieteten Vermögens	nach der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer
Immaterielle Vermögenswerte:	
Software, bewertbare Rechte	5, 10, 20 *

* soweit die Nutzungsdauer gemäß Vertrag nicht kürzer ist

Die voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer sowie die Methode der Abschreibung des Anlagevermögens werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Bei Indikationen einer Wertminderung des Anlagevermögens schätzt der Konzern bzw. die Bank dessen voraussichtlichen Wert entweder als den beizulegenden Zeitwert, vermindert um Aufwendungen für den potenziellen Verkauf, oder als den Wert, der durch seine Nutzung erzielt werden kann, je nach dem, welcher höher ist. Die Wertberichtigungen werden so gebildet, dass der Buchwert des Anlagevermögens den in einer solchen Art und Weise ermittelten Wert nicht überschreitet.

Es bestehen keine Einschränkungen der Eigentumsrechte an dem Anlagevermögen des Konzerns bzw. der Bank; es wurden keine Vermögenswerte als Haftung für die Verbindlichkeiten des Konzerns bzw. der Bank verpfändet.

l) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien (Grundstücke oder Gebäude bzw. wesentliche Teile von Grundstücken oder Gebäuden), die zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten und vom Konzern bzw. von der Bank nicht genutzt werden.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden zu Anschaffungskosten bewertet, wobei der Grad der Abnutzung indirekt durch kumulierte Abschreibungen berücksichtigt wird. Die Grundsätze für die Ermittlung der Anschaffungskosten der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind mit den Grundsätzen für die Bewertung des Anlagevermögens identisch. Die Anschaffungskosten von Gebäude- und Grundstücksteilen, die unter den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen sind, werden als Produkt der Relation der Fläche des Gebäude- bzw. Grundstückteils, der zur Erzielung von Mieteinnahmen bzw. zum Zwecke der Marktwertsteigerung gehalten wird, zur gesamten Nutzfläche des Gebäudes bzw. Grundstücks und der gesamten Anschaffungskosten der Gebäudes bzw. Grundstücks berechnet.

Abschreibungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden in derselben Art und Weise berechnet wie Abschreibungen auf Sachanlagen.

Bei Indikationen einer Wertminderung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien schätzt der Konzern bzw. die Bank deren voraussichtlichen Wert auf Basis eines Gutachtens und bildet Wertberichtigungen so, dass der Buchwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien den Wert gemäß Gutachten nicht überschreitet.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird für Zwecke der Offenlegung und der Tests auf Wertminderung als Marktwert auf Basis eines Sachverständigengutachtens ermittelt, das anhand der Methode der ortsbezogenen Differenzierung erstellt wird. Der unabhängige Sachverständige verfügt über eine anerkannte und entsprechende professionelle Qualifikation und verfügt über aktuelle Erfahrungen bei der Bewertung von Vermögensgegenständen in ähnlicher Lage und Kategorie.

Die Methode der ortsbezogenen Differenzierung besteht in einer Anpassung des Ausgangswerts des Grundstücks mit einem Koeffizienten der ortsbezogenen Differenzierung, der die Lage und sonstige Faktoren berücksichtigt, welche den Marktwert des Grundstücks am gegebenen Ort und zum gegebenen Zeitpunkt beeinflussen. Der Koeffizient der ortsbezogenen Differenzierung eines Grundstücks wird als Produkt von sechs Koeffizienten berechnet, welche die Gesamtlage des Standortes, die Intensität der Nutzung des Grundstücks, die Verkehrsverhältnisse, die Lage der Immobilie, die bautechnische Infrastruktur sowie andere erhöhende bzw. vermindende Einflüsse berücksichtigen.

m) Leasing

Der Konzern bzw. die Bank war primär Leasingnehmer im operativen Leasing, bei dem ein bedeutender Teil des Risikos sowie ein bedeutender Teil der aus dem Eigentum resultierenden Vorteile vom Leasinggeber getragen wird. Die im Rahmen des operativen Leasings getätigten Zahlungen werden erfolgswirksam gleichmäßig über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst.

Das Finanzierungsleasing von Sachanlagen, bei dem im Wesentlichen alle mit deren Eigentum verbundenen Risiken und Vorteile auf den Konzern bzw. die Bank übertragen werden, wird in der Bilanz unter dem Aktivposten „Sachanlagen“ entweder in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwerts des Leasingobjektes oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen (sofern dieser niedriger ist) erfasst. Die entsprechende Verbindlichkeit gegenüber dem Leasinggeber wird in der Bilanz unter dem Aktivposten „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ als Verpflichtung aus dem Finanzierungsleasing ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten aus dem Leasing sind um den Tilgungsteil vermindert, wobei die mit der Ratenzahlung zusammenhängenden Finanzierungskosten als Zinsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Die in anderen Vereinbarungen enthaltene Miete, einschließlich externer Beschaffung, wird separat ausgewiesen, wenn:

- a) die Erfüllung der Vereinbarung von der Nutzung eines konkreten Vermögensgegenstands oder Vermögensgegenstände abhängig ist, und
- b) die Vereinbarung grundsätzlich dem Konzern bzw. der Bank das Recht gibt, den Vermögensgegenstand zu nutzen.

n) Vorräte

Vorräte am Lager werden zu Anschaffungskosten bewertet, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, so dass der Wert des Vorratsvermögens seinen Nettorealisationswert nicht überschreitet. Die Anschaffungskosten der Vorräte setzen sich aus sämtlichen Aufwendungen für den Kauf bzw. die Herstellung sowie aus sonstigen Anschaffungsnebenkosten (aufgewendete Kosten, um die Vorräte in derzeitigen Stand auf derzeitigen Ort zu bringen) zusammen.

Bei der Bewertung der Entnahme von am Lager befindlichen Vorräten derselben Art wird die FIFO-Methode verwendet, bei welcher der Preis des ersten Lagerzugangs für den ersten Lagerabgang unterstellt wird, d.h. die Lagerentnahme wird stets mit dem Preis der ältesten am Lager befindlichen Vorräte bewertet.

o) Verbindlichkeiten gegenüber Banken

Verbindlichkeiten gegenüber Banken werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend

werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

p) Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen

Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich etwaiger, mit dem betreffenden Geschäftsvorfall zusammenhängender Transaktionskosten. Nachfolgend werden diese Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

q) Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Spareinlagen der Kunden und sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden bei ihrer Entstehung zum beizulegenden Zeitwert bewertet, abzüglich Transaktionskosten, die direkt mit dem Erwerb der Verbindlichkeit zusammenhängen (Provision für den Vertragsabschluss). Nachfolgend werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden. Neben den Transaktionskosten wird auch die Gebühr für den Abschluss des Bausparvertrags über die Spardauer zeitlich abgegrenzt.

r) Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen mit unbestimmter Fälligkeit und/oder Höhe und werden mit dem Barwert der erwarteten Geldzuflüsse bewertet. Für die Ermittlung einer Rückstellung sind sämtliche Risiken und Ungewissheiten zu berücksichtigen, die unvermeidlich von vielen zusammenhängenden Ereignissen und Umständen begleitet werden.

Eine Rückstellung wird gebildet, wenn alle drei folgenden Kriterien erfüllt sind:

- es existiert eine gegenwärtige Verpflichtung (rechtliche oder faktische), die sich aus einem Ereignis in der Vergangenheit ergibt,
- es ist wahrscheinlich, dass zur Erfüllung dieser Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist, und
- es ist eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich.

s) Leistungen an Arbeitnehmer

a) Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der von Konzern- und Bankangestellten geleisteten Arbeit entstehen, werden zum Nominalwert angesetzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen. Zu kurzfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer zählen grundsätzlich Löhne und Gehälter sowie die Urlaubsabgeltung.

b) Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

ba) Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern bzw. die Bank klassifiziert die mit der Altersversorgung seiner/ihrer Mitarbeiter zusammenhängenden Leistungen in:

- beitragsorientierte Pläne und
- leistungsorientierte Pläne.

Bei beitragsorientierten Plänen werden festgelegte Beiträge an eine eigenständige Institution entrichtet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesen werden. Es handelt sich dabei sowohl um verbindliche, aufgrund der entsprechenden Rechtsvorschriften an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die privaten Rentenverwaltungsgesellschaften gezahlte Sozialversicherungsbeiträge als auch um Beiträge an Zusatzrentenversicherungsanstalten zum freiwilligen zusätzlichen Altersrentensparen, die dann die Verantwortung für die Höhe der ausgezahlten Altersrenten übernehmen. Der Konzern bzw. die Bank ist weder rechtlich noch faktisch zur Zahlung darüber hinausgehender Beiträge verpflichtet, falls die entsprechenden Fonds nicht über ausreichende Vermögenswerte verfügen werden, um die Pensionsansprüche aller Mitarbeiter aus dem laufenden und den vorherigen Geschäftsjahren zu begleichen.

Bei beitragsorientierten Plänen hat der Konzern bzw. die Bank über die Zahlung der Beiträge hinaus keine weiteren Zahlungsverpflichtungen. Die Beiträge werden als mit Leistungen an Arbeitnehmer zusammenhängender Aufwand zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zur Beitragsentrichtung im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Dienstzeit des Arbeitnehmers erfasst. Vorauszahlungen von Beiträgen werden nur in dem Umfang als Vermögenswerte angesetzt, in dem ein Recht auf eine Minderung künftiger Beiträge besteht.

Leistungsorientierte Pläne (Pläne mit festgelegter Höhe der Altersrente oder einer anderen Leistung) sind sämtliche anderen Pläne, die nicht zu der ersten Kategorie gehören. Bei leistungsorientierten Plänen haftet der Konzern bzw. die Bank für die Rentenleistung, die von einem oder mehreren Faktoren (z. B. Alter, Dienstzeit und Gehalt) abhängig ist.

Die in der Bilanz angesetzte Rückstellung für leistungsorientierte Pläne entspricht dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung, berechnet für die Dienstzeit zum Bilanzstichtag, zuzüglich nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne und abzüglich:

- (a) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens,
- (b) nicht erfasster versicherungsmathematischer Verluste, und
- (c) des nicht erfassten nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands.

Die leistungsorientierte Verpflichtung wird jährlich vom unabhängigen Versicherungsmathematiker unter Anwendung

der Anwartschaftsbarwertmethode („Projected Unit Credit Method“) ermittelt. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird berechnet, indem die erwarteten zukünftigen Mittelabflüsse mit dem Zinssatz von Industrieanleihen höchster Bonität abgezinst werden, die auf die Währung lauten, in der auch die Leistungen bezahlt werden, und der Pensionsverpflichtung entsprechende Laufzeiten aufweisen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die auf erfahrungsbedingten Anpassungen und Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen basieren, werden erfolgswirksam über die gewogene durchschnittliche Restdienstzeit der Arbeitnehmer erfasst, die einen Anspruch auf eine Leistung aus dem entsprechenden Pensionsplan haben. Die anteilig zu erfassenden versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste stellen den Überhang des Saldos der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zum Ende der vorherigen Berichtsperiode, und zwar separat für jede Art von Verpflichtungen aus Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, über den höheren der folgenden Beträge dar:

- 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung für die vorigen Dienstjahre, die zu diesem Zeitpunkt anhand der Anwartschaftsbarwertmethode ermittelt wird (und zwar vor Abzug des Planvermögens), und
- 10% des beizulegenden Zeitwerts eines etwaigen Planvermögens zu diesem Zeitpunkt.

Der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst, es sei denn, die Änderungen des Pensionsplans hängen vom Verbleib des Mitarbeiters im Konzern bzw. in der Bank für einen festgelegten Zeitraum ab (Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs). In diesem Fall wird der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand linear über den Zeitraum bis zum Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgswirksam erfasst.

Neben Altersrenten wird auch die einmalige Vergütung bei erster Pensionierung als Leistung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses betrachtet.

bb) Sonstige langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer

Zu sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten zählen vor allem:

- Vergütungen aus Anlass eines Lebensjubiläums (bei Erreichung des 50. Lebensjahres),
- Vergütungen aus Anlass eines Dienstjubiläums (bei 10- und 20-jährigem Dienstjubiläum), sowie
- Abfindungen an die Vorstandsmitglieder.

Diese und weitere langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Angestellten werden ebenfalls als Rückstellungen gebucht, wobei deren Bewertung ähnlich wie bei Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses festgelegt wird, mit Ausnahme von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten sowie Aufwendungen aus der Erhöhung des Anspruchs auf Vergütungen infolge

von Änderungen im Sozialplan des Konzerns bzw. der Bank, die sofort bei deren Entstehung als Aufwand erfasst werden. Die Aufwendungen für die Bildung dieser Rückstellungen sind unter dem Posten „Personalkosten“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

t) Eigenkapital

Direkte Kosten für die Emission neuer Aktien sind im Eigenkapital als Herabsetzung seines Zugangs (nach Berücksichtigung des Besteuerungseffekts) ausgewiesen.

Dividenden werden als Verminderung des Eigenkapitals erst in dem Bilanzierungszeitraum ausgewiesen, in dem die Hauptversammlung ihre Ausschüttung beschließt. Die von der Hauptversammlung nach dem Bilanzstichtag beschlossene Dividendenausschüttung wird im Anhang zum Einzelabschluss als ein nach dem Bilanzstichtag eingetretenes Ereignis angeführt.

Gesetzliche Rücklage. Nach dem slowakischen Handelsgesetzbuch (Gesetz Nr. 513/1991 GBl. in der geltenden Fassung, im Folgenden „HGB“) hat die Bank mindestens 10% ihres Jahresüberschusses zur gesetzlichen Rücklage zuzuführen, bis deren Höhe mindestens 20% des Grundkapitals beträgt. Seit 2006 tätigt die Bank keine Zuführungen zur gesetzlichen Rücklage, da sie dieser Verpflichtung im Jahr 2005 vollständig nachgekommen ist. Die gesetzliche Rücklage darf nicht für Dividendenausschüttungen, sondern nur zur Verlustdeckung verwendet werden.

Sonstige Rücklagen. Zu den sonstigen Rücklagen der Bank zählen der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos, der Fonds für karitative Zwecke und der Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung. Diese Fonds sind nicht für Dividendenausschüttungen bestimmt. Der Fonds zur Absicherung des Kreditrisikos dient zur Deckung unerwarteter Verluste aus dem Kreditrisiko, die bei der Ausbuchung bzw. Abtretung von Forderungen aus Darlehen entstehen können. Der Fonds für karitative Zwecke wurde aufgrund des Beschlusses der Aktionäre gebildet, um Spenden für gemeinnützige Zwecke zu gewähren. Der Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung wurde zwecks mit dem Wohnungsbau zusammenhängender Spendentätigkeit gebildet.

u) Verfahren zur Bilanzierung von Zinserträgen und -aufwendungen, Methoden für den Ausweis von Einnahmen aus wertgeminderten Aktiva einschließlich Zinsen

Die mit den Aktiva und Passiva zusammenhängenden Zinserträge und Zinsaufwendungen werden zusammen mit diesen Aktiva und Passiva erfasst.

Zinserträge aus Darlehen, auf die eine Wertberichtigung gebildet wurde (im Folgenden „wertgeminderte Darlehen“), werden anhand des Zinssatzes berechnet, der zur Abzinsung künftiger Zahlungsmittelflüsse für die Ermittlung der Höhe der Wertberichtigung verwendet wurde.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Wertpapieren werden anhand der Effektivzinsmethode gebucht. Als Zinserträge bzw. als Minderung der Zinserträge werden der Diskont oder die Prämie, d.h. die aufgelaufene Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Nominalwert der Staatsanleihe, sowie der aufgelaufene Zins aus dem Coupon gebucht. Für die Dauer des Haltens von Staatsanleihen werden Zinserträge aus dem Coupon mit ihrer Bruttohöhe erfasst.

v) Bilanzierung von Gebühren und Provisionen

Erhaltene Gebühren für die Darlehensverarbeitung und die an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen für Bauspardarlehen werden sowohl in die Darlehensbewertung als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen. Erhaltene Gebühren für den Abschluss von Darlehensverträgen bzw. für die Erhöhung der Bausparsumme sowie die damit zusammenhängenden, an Bausparvermittler ausgezahlten Provisionen werden sowohl in die Bewertung der Kundeneinlagen als auch in die Berechnung des Effektivzinssatzes mit einbezogen.

Sämtliche anderen Gebühren, die mit Bausparen oder mit Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehen zusammenhängen (z.B. die Gebühr für die Kündigung des Bausparvertrags, die Gebühr für die Änderung des Tarifs, die Gebühr für einen Wechsel bzw. die Gebühr für die Übertragung des Bauspardarlehens auf einen Dritten) stellen einen Ertrag zum Zeitpunkt der Dienstleistungserbringung dar und werden nicht in die Bewertung des Bausparens bzw. des Bauspar- und Zwischenfinanzierungsdarlehens mit einbezogen.

x) Besteuerung

Fällige und latente Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden separat von sonstigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode ausgewiesene Steuer besteht aus der fälligen Steuerschuld für den Bilanzierungszeitraum und aus der latenten Steuer. Die Steuerbemessungsgrundlage für die fällige Körperschaftsteuer wird in zwei Schritten aus dem im Einzelabschluss ausgewiesenen Gewinn vor Steuern berechnet, der zunächst anhand der in einer vom slowakischen Finanzministerium erlassenen allgemein verbindlichen Rechtsvorschrift festgelegten Methode, und nachfolgend durch Hinzurechnung der das Jahresergebnis erhöhenden und unter Abzug der das Jahresergebnis vermindernenden Posten angepasst wird.

Latente Steuern (latente Steuerforderung bzw. latente Steuerverbindlichkeit) resultieren aus temporären Differenzen zwischen dem in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten und deren Steuerwert. Eine latente Steuerforderung wird lediglich in der Höhe angesetzt, in der es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Ergebnis verfügbar sein wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Latente Steuern werden anhand des Steuersatzes berechnet, der zum Zeitpunkt der Begleichung der latenten Steuern (d.h. der Realisierung einer Steuerforderung oder Erfüllung einer Steuerverbindlichkeit) erwartet wird.

y) Tätigkeiten, für welche der Konzern bzw. die Bank von anderen juristischen Personen bevollmächtigt ist

Die Bank verwaltet die EDV-Technologien und führt buchhalterische und steuerliche Aufzeichnungen für ihre Tochtergesellschaften DomBytGLOBAL, spol. s r. o. und DomBytDevelopment, s.r.o. Die Bank erfasst einen Ertrag in Höhe des vereinbarten Entgelts für die von ihr erbrachten Dienstleistungen in der Berichtsperiode, in der sie diese Dienstleistungen erbracht hat.

Der Konzern bzw. die Bank übt keine weiteren Tätigkeiten aus, für welche sie von anderen juristischen Personen bevollmächtigt wäre.

z) Wertminderungen bei sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten

Zu jedem Bilanzstichtag wird ermittelt, ob irgendwelche Indikatoren der Wertminderung von sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerten vorliegen. Wenn solche Anzeichen bestehen, wird der erzielbare Betrag dieser Vermögenswerte geschätzt. Der erzielbare Betrag³ stellt den höheren Betrag aus beizulegendem Zeitwert des Vermögenswertes abzüglich Veräußerungskosten und seinem Nutzungswert⁴ dar. Ist der Buchwert des Vermögenswertes höher als der erzielbare Betrag, wird eine Wertberichtigung gebucht.

aa) Eingebettete derivative Finanzinstrumente

Der Zinsbonus und die Gebühr für die vorzeitige Kündigung des Bausparvertrags haben den Charakter von eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten. Ihre wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken sind jedoch ihnen nur sehr ähnlich, daher ist es nicht möglich, sie vom Basisvertrag abzutrennen.

ab) Euro-Umstellung

Ab dem 1. Januar 2009 hat die Slowakei den Euro als das neue gesetzliche Zahlungsmittel eingeführt. Infolge der Rundung bei der Umstellung von buchhalterischen Systemen auf die Euro-Währung hat der Konzern bzw. die Bank einen Gewinn von EUR 3 Tsd. ausgewiesen.

ac) Vorjahresangaben

Die Vorjahresangaben wurden, falls erforderlich, angepasst, um sie mit den Angaben der laufenden Berichtsperiode vergleichen zu können.

³ englischer Begriff „recoverable amount“

⁴ englischer Begriff „value in use“

(4) KRITISCHE SCHÄTZUNGEN UND BEURTEILUNGEN BEI DER ANWENDUNG DER BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Konzern bzw. die Bank trifft Einschätzungen und Annahmen, welche die Höhe der Aktiva und Passiva beeinflussen. Diese Einschätzungen und Annahmen, die stets neu beurteilt werden, basieren auf Erfahrungen und sonstigen Faktoren einschließlich der Einschätzung künftiger Ereignisse, welche unter gegebenen Umständen für angemessen gehalten werden.

a) Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsausbuchungen

Mindestens einmal monatlich wird das Darlehensportfolio auf eventuelle Wertminderungen überprüft. Bei der Entscheidung, ob im Jahresergebnis Wertminderungsverluste berücksichtigt werden sollen, wird beurteilt, ob Informationen zur Verfügung stehen, die eine quantifizierbare Wertminderung der erwarteten Geldzuflüsse aus dem Darlehensportfolio indizieren, noch bevor diese Wertminderung auf individueller Basis beurteilt werden kann.

Eine Indikation für eine Wertminderung ist z.B. eine Verschlechterung der Zahlungsdisziplin der Schuldner innerhalb einer Darlehensgruppe oder veränderte nationale Wirtschaftsbedingungen, die direkt Einfluss auf die Zahlungsdisziplin der Schuldner in der Darlehensgruppe haben.

Bei der Ermittlung der künftigen geschätzten Geldzuflüsse nimmt die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank Einschätzungen vor, die auf historischen Erfahrungen über Verluste vergleichbarer Gruppen von Aktiva mit demselben Kreditrisiko basieren. Die für die Einschätzung der Höhe und der zeitlichen Planung der künftigen Geldzuflüsse verwendeten Methoden und Annahmen werden regelmäßig überprüft, um die Differenz zwischen erwarteten und tatsächlichen Verlusten zu minimieren.

Eine Änderung der Einschätzung der erwarteten Rentabilität bei der Forderungseintreibung, die einen Hauptparameter für die Berechnung von Pauschalwertberichtigungen darstellt, um 5% nach unten würde zur Erhöhung von Wertberichtigungen um EUR 1.201 Tsd. (+ 2,1%) (zum 31. Dezember 2009: um EUR 1.030 Tsd. bzw. +2,0%) führen.

b) Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere

Börsennotierte Wertpapiere mit festen oder bestimmbareren Zahlungen und einer festen Laufzeit werden als bis zur Fälligkeit zu haltende Wertpapiere gemäß IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* klassifiziert. Diese Klassifizierung bedingt eine Einschätzung des Konzerns bzw. der Bank, wobei die Absicht und Möglichkeit beurteilt wird, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Falls der Konzern bzw. die Bank diese Wertpapiere aus anderen als spezifischen Gründen (z.B. Verkauf eines unwesentlichen Teils des Portfolios kurz

vor dem Fälligkeitstermin) nicht bis zur Endfälligkeit halten wird, hat er/sie diese gesamte Kategorie von Wertpapieren zu den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren umzuklassifizieren. In diesem Fall würde der Konzern bzw. die Bank diese Wertpapiere zum beizulegenden Zeitwert bewerten, was zur Erhöhung des Buchwertes dieser Wertpapiere um EUR 2.041 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: um EUR 2.644 Tsd.) führen würde.

c) Zins- und Treuebonus

Die Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus wird gemäß Artikel IXa. der *Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Bausparverträge* in der Fassung vom Februar 2005 ermittelt. Der Zinsbonus wird aus gutgeschriebenen Zinsen an jene Bausparerer ausgezahlt, die auf den Anspruch auf das Bauspardarlehen verzichten und den Bausparvertrag nach 6-jähriger Sparperiode im Rahmen der neuen Tarife mit 2%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. Januar 2005 und der klassischen Tarife mit 3%-iger jährlicher Einlagenverzinsung bei Bausparverträgen mit Abschlussdatum bis zum 31. März 2000, bzw. Juniortarif Extra bis zum 31. März 2001 kündigen. Der Zinsbonus bezieht sich ebenfalls auf Verträge mit bestimmten Tarifen, die in den Jahren 2007-2009 abgeschlossen wurden.

Die Basis für die Berechnung der Verbindlichkeit sind die dem Bausparkonto des Kunden (einer natürlichen Person) tatsächlich gutgeschriebenen Zinsen auf nicht gekündigte Bausparverträge, die in den obigen Zeiträumen abgeschlossen wurden, falls der Bausparer kein Zwischenfinanzierungsdarlehen in Anspruch genommen hat. Die vertragliche Höhe des Zinsbonus beträgt 30%, 40% oder 50% aus gutgeschriebenen Zinsen für Tarife je nach Sparperiode und bezieht sich auf Verträge, die vor dem Jahr 2007 abgeschlossen wurden. In den Jahren 2007-2009 hat die Bank den Zinsbonus neuen Kunden gewährt. Seine Höhe betrug 7% - 7,5% für das erste, 4% für das zweite und 1% für das dritte Sparjahr für Bausparverträge mit 2%-iger jährlicher Einlagenverzinsung. Der Anspruch auf den Zinsbonus entsteht dem Bausparer genau 6 Jahre nach Abschluss des Bausparvertrags, falls er in dieser Periode sämtliche folgenden Bedingungen erfüllt: er wird den Vertrag nicht kündigen, kein Zwischenfinanzierungsdarlehen beantragen, keinen Anspruch auf ein Bauspardarlehen geltend machen (einschließlich der Zuteilung der Bausparsumme), keine Zusammenfügung, Spaltung oder Übertragung des Vertrags sowie keine Änderung der Tarife beantragen.

Grundlegend für die Schätzung der Höhe der Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus ist der Anteil der Verträge jener Bausparer, die auf die Darlehenszuteilung verzichten werden. Aufgrund der bisherigen Entwicklung ähnlicher Verträge und unter Berücksichtigung des Alters des Bausparvertrags wurde dieser Anteil zwischen 48% und 90% festgelegt. Wäre der Anteil solcher Verträge um 10% höher als die Schätzung des Konzern- bzw. Bankmanagements, wäre der Gewinn für 2010 um EUR 708 Tsd. (2009: um EUR 1.154 Tsd.) niedriger. Wäre aber der Anteil solcher Verträge um 10% niedriger als die

Schätzung des Konzern- bzw. Bankmanagements, wäre der Gewinn für 2010 um EUR 1.497 Tsd. (2009: um EUR 1.154 Tsd.) höher.

Der Zinsbonus wird in die Bewertung der Bauspareinlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten mit einbezogen, die anhand der Effektivzinsmethode ermittelt werden.

Bei der Einschätzung der Höhe der Verbindlichkeiten aus dem Zinsbonus in den Jahren 2007 und 2008 hatte der Konzern bzw. die Bank ursprünglich beurteilt, dass sich die Zinssätze der Bonusse über dem Niveau der üblichen Marktzinssätze befunden haben. In 2009 hat die Geschäftsleitung die Ansprüche auf den Zinsbonus aus Bausparverträgen analysiert, die während der Marketingkampagnen in den Jahren 2007 und 2008 abgeschlossen wurden.

Die vorgenommene Analyse hat aufgezeigt, dass die Verträge mit künftigem Anspruch auf Zinsbonus dem Konzern bzw. der Bank einen Nutzen über einen längeren Zeitraum bringen, der mit der erwarteten Spardauer identisch ist. Der Konzern bzw. die Bank hat daher die geschätzten Effektivzinssätze neu beurteilt und herabgesetzt, was zur Verminderung der Verbindlichkeiten aus dem Zinsbonus geführt hat.

Die Auswirkung der Änderungen der Einschätzungen rechnungslegungsrelevanter Sachverhalte wurde prospektiv in 2009 ausgewiesen und führte zur Erhöhung des Jahresüberschusses in 2009 um EUR 2.990 Tsd., zum Rückgang der Zinsaufwendungen um EUR 3.691 Tsd. und zur Verminderung der latenten Steuerforderung sowie gleichzeitig zur Erhöhung der latenten Steuer in der Gewinn- und Verlustrechnung um EUR 701 Tsd.

Um sechs- und mehrjährige Bausparverträge zu fördern, gewährt der Konzern bzw. die Bank auf Basis eines abgeschlossenen Zusatzes zum Bausparvertrag einen Treuebonus in Form eines zusätzlichen Zinssatzes zwischen 0,5% bis zu 1,0% p.a.

Falls dieser angepasste Zinssatz zum Zeitpunkt des Zusatzabschlusses höher ist als der Zinssatz von vergleichbaren, von anderen Banken gewährten Termineinlagen, ermittelt der Konzern bzw. die Bank den resultierenden Verlust und schätzt die entsprechende Verbindlichkeit. Die sich aus dieser Schätzung ergebende Erhöhung der Zinsaufwendungen betrug im Berichtsjahr EUR 509 Tsd. (2009: EUR 1.877 Tsd.).

d) Rückstellungen

Auch mit Hilfe von Anwälten sowie eines unabhängigen Versicherungsmathematikers nimmt der Konzern bzw. die Bank regelmäßige Analysen und Einschätzungen vor, um so genau wie möglich die Wahrscheinlichkeit, die zeitliche Planung sowie die Beträge bezüglich des voraussichtlichen Abflusses von Ressourcen in einzelnen Fällen zu bestimmen, so wie sie im Abschnitt (23) – Rückstellungen beschrieben sind. Unterscheidet sich die Höhe des tatsächlichen Ressourcenabflusses von der Höhe der

betreffenden Rückstellung, wird die Differenz im Jahresergebnis des Bilanzierungszeitraums berücksichtigt, in dem die Schätzung präzisiert wird.

e) Latente Steuerforderung aus Wertberichtigungen auf Forderungen

Bis zum 31. Dezember 2007 waren die in Übereinstimmung mit IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* erfassten Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen in voller Höhe steuerlich abzugsfähig. Gemäß der vor dem 31. Dezember 2007 verabschiedeten Novelle zum slowakischen Ertragsteuergesetz (Gesetz Nr. 595/2003 GBl. in der geltenden Fassung, im Folgenden „EStG“) sind Wertberichtigungen und die Ausbuchung bzw. Veräußerung von Forderungen nur dann in voller Höhe steuerlich abzugsfähig, wenn sie mehr als 3 Jahre überfällig sind. Nach den Übergangsbestimmungen hat der Konzern bzw. die Bank in den Jahren 2008 und 2009 einen wesentlichen Teil der zum 31. Dezember 2007 gebildeten Wertberichtigungen besteuert und hat nachfolgend die neuen Regeln für die Bildung von steuerlich abzugsfähigen Wertberichtigungen angewendet. Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass die so entstandene latente Steuerforderung durch künftige steuerlich abzugsfähige Aufwendungen zum Zeitpunkt der Ausbuchung oder Veräußerung der Forderungen des Konzerns bzw. der Bank in künftigen Berichtsperioden realisiert wird. Der Konzern bzw. die Bank nimmt an, dass sie in den Folgejahren nur solche Forderungen aus Darlehen ausbuchen bzw. abtreten wird, die älter als 3 Jahre sein werden. Aufgrund dieser Annahme hat der Konzern bzw. die Bank in diesem Jahresabschluss die Bewertung der latenten Steuerforderung aus Wertberichtigungen auf Darlehen nicht herabgesetzt.

f) Wertminderung von immateriellen Vermögenswerten im Bau

Zu immateriellen Vermögenswerten der Bank zählt auch die IBP Basissoftware für Banken im Buchwert von EUR 9.084 Tsd. EUR (zum 31. Dezember 2009: EUR 7.910 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.856 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.606 Tsd.) auf langfristige Projektarbeiten zur Erweiterung der bisherigen Funktionalität, die in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres eingestellt wurden und in der ursprünglichen Form nicht mehr realisiert werden. Ende des Geschäftsjahres 2010 hat der Lieferant die Bank über seine Absicht unterrichtet, mittelfristig die mit der Verwaltung und Entwicklung dieser Software verbundenen Arbeiten zu beenden. Die Geschäftsleitung der Bank hat daher einen unabhängigen EDV-Experten beauftragt, die Nutzung der bis jetzt investierten Finanzmittel in diese Software zu analysieren und ihre weitere Entwicklung im Kontext des gesamten Informationssystems der Bank abzuschätzen. Aufgrund dieser Tatsachen und infolge einer umsichtigen Behandlung und Absicherung gegen potenzielle Betriebsrisiken wurde ein Test auf Wertminderung dieser immateriellen Vermögenswerte durchgeführt, der die Notwendigkeit der Bildung einer Wertberichtigung zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 100% der Anschaffungskosten, d.h. EUR 1.856 Tsd. ergab.

g) Wertminderung von Sachanlagen

Zu den Sachanlagen des Konzerns gehört auch ein für den Wohnungsbau bestimmtes Grundstück im Buchwert von EUR 1.558 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 2.208 Tsd.). Die Bauarbeiten an dem Wohnhaus wurden in 2010 eingestellt. Im Hinblick auf die Volatilität der Immobilienpreise im betreffenden Gebiet besteht eine Unsicherheit bezüglich des Grundstückswerts, wobei sein Marktwert im Wesentlichen von der Lage, der Grundstücksfläche und vom Gebietsplan abhängig ist. Aufgrund dieser Tatsachen hat der Konzern zum 31. Dezember 2010 eine Wertberichtigung auf dieses Grundstück in Höhe von EUR 816 Tsd. gebildet. Der Grundstückswert wurde auf Basis eines Sachverständigen-gutachtens ermittelt. Da das Grundstück im Besitz der Tochtergesellschaft der Bank ist, wurde seine Wertminderung durch eine Wertberichtigung auf die Anteile an verbundenen Unternehmen im Einzelabschluss berücksichtigt (siehe Abschnitt (12)).

darstellt. Er/Sie übt ihre Tätigkeit ausschließlich in der Slowakei aus und hat keine Aktivitäten sowie keine langfristigen Vermögenswerte im Ausland.

h) Volatilität an den internationalen Finanzmärkten

In 2010 kam es zur Stabilisierung der makroökonomischen Entwicklung und zur Verbesserung der Liquidität sowohl in der Slowakei als auch im Ausland. Die führenden Wirtschaftsländer der Welt haben nach dem Abschwung in 2009 im Durchschnitt ein leichtes Wachstum mit großen Unterschieden zwischen einzelnen Ländern verzeichnet. Andererseits hat sich jedoch im Berichtsjahr die Schuldenkrise mehrerer entwickelter Länder signifikant verstärkt, so dass Einsparungsmaßnahmen eingeführt werden mussten, die ein Risiko für das künftige Wirtschaftswachstum darstellen und Unsicherheiten in der Entwicklung auf den Finanzmärkten erhöhen.

Die andauernde angespannte Situation auf den Finanzmärkten beeinflusst negativ den Wert des Darlehensportfolios des Konzerns bzw. der Bank. Im Einklang mit den IFRS werden Wertberichtigungen auf Darlehen lediglich auf Verluste gebildet, die objektiv erlitten wurden, wobei keine Wertberichtigungen auf Verluste gebildet werden dürfen, zu denen es infolge künftiger Ereignisse erst kommen wird, ungeachtet dessen, wie wahrscheinlich diese künftigen Ereignisse und Verluste sind.

Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank sieht sich nicht im Stande, die Auswirkungen einer möglichen weiteren Vertiefung der Finanzkrise und Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes auf die künftige Finanzlage des Konzerns bzw. der Bank verlässlich einzuschätzen. Aufgrund der vorgenommenen Analysen hat die Geschäftsleitung Maßnahmen zur Sicherstellung der Liquidität und der Kreditbonität des Konzerns bzw. der Bank getroffen.

(5) SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Der Konzern bzw. die Bank nimmt keine Analyse nach Segmenten vor, da er/sie als Ganzes ein Berichtssegment

(6) ANALYSE FINANZIELLER VERMÖGENSWERTE UND FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN NACH BEWERTUNGSKATEGORIEN

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen werden entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten, anhand der Effektivzinsmethode ermittelten Anschaffungskosten bewertet. Die Übersicht über wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Abschnitt (3) erläutert die Bewertung einzelner Kategorien der Finanzinstrumente. Die folgende Tabelle analysiert den Buchwert der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen nach ihren Klassen und nach einzelnen Kategorien (Darlehen und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen), die in IAS 39, *Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung* definiert sind.

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	444	444
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	83.193	83.193	83.193
Forderungen an Banken	96.405	-	-	96.405	96.405
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	137.516	-	137.516	139.565
Bauspardarlehen	357.415	-	-	357.415	355.765
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	2.448	2.451
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.375.647	-	-	1.375.647	1.436.667
Sonstige Darlehen	468	-	-	468	410
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	2.354	-	-	2.354	2.354
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.835.181	137.516	83.342	2.056.039	2.117.254

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	2.301	-	2.301	2.301
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.450	-	33.450	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.801.733	-	1.801.733	1.796.931
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	4.415	-	4.415	4.415
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	5.334	-	5.334	5.334
Darlehenszusagen	-	-	73.143	73.143	683
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	1.847.233	73.143	1.920.376	1.842.082

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	444	444
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	83.193	83.193	83.193
Forderungen an Banken	95.149	-	-	95.149	95.149
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	137.516	-	137.516	139.565
Bauspardarlehen	357.415	-	-	357.415	355.765
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	2.448	2.451
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.375.647	-	-	1.375.647	1.436.667
Sonstige Darlehen	468	-	-	468	410
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	2.171	-	-	2.171	2.171
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.833.742	137.516	83.342	2.054.600	2.115.815

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	2.301	-	2.301	2.301
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.450	-	33.450	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.801.733	-	1.801.733	1.796.931
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	4.415	-	4.415	4.415
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	5.350	-	5.350	5.350
Darlehenszusagen	-	-	73.143	73.143	683
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	1.847.249	73.143	1.920.392	1.842.098

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	6.445	-	-	6.445	6.445
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	53.788	53.788	53.788
Forderungen an Banken	111.267	-	-	111.267	111.267
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	96.556	-	96.556	99.200
Bauspardarlehen	370.988	-	-	370.988	366.445
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	6.715	-	-	6.715	6.565
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.286.888	-	-	1.286.888	1.372.692
Sonstige Darlehen	494	-	-	494	400
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.318	-	-	1.318	1.318
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.784.115	96.556	53.937	1.934.608	2.018.120

ABSTIMMUNG DER BILANZ DES KONZERNS MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	6.340	-	6.340	6.340
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.429	-	33.429	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.673.577	-	1.673.577	1.681.944
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	5.143	-	5.143	5.143
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	6.153	-	6.153	6.153
Darlehenszusagen	-	-	68.314	68.314	99
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	1.724.642	68.314	1.792.956	1.732.097

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Darlehen und Forderungen	Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	6.445	-	-	6.445	6.445
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	-	-	53.788	53.788	53.788
Forderungen an Banken	108.294	-	-	108.294	108.294
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	96.556	-	96.556	99.200
Bauspardarlehen	370.988	-	-	370.988	366.445
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	8.788	-	-	8.788	8.638
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.286.888	-	-	1.286.888	1.372.692
Sonstige Darlehen	494	-	-	494	400
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	149	149	siehe Abschnitt (8)
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1.318	-	-	1.318	1.318
Summe finanzielle Vermögenswerte	1.783.215	96.556	53.937	1.933.708	2.017.220

ABSTIMMUNG DER BILANZ DER BANK MIT IAS 39 ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verpflichtungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verpflichtungen	Unter der Bilanz stehende Verbindlichkeiten	Summe Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	-	6.340	-	6.340	6.340
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	-	33.429	-	33.429	32.418
Spareinlagen der Kunden	-	1.673.577	-	1.673.577	1.681.944
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	5.143	-	5.143	5.143
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	6.151	-	6.151	6.151
Darlehenszusagen	-	-	68.314	68.314	99
Summe finanzielle Verpflichtungen und Darlehenszusagen	-	1.724.640	68.314	1.792.954	1.732.095

Die oben ausgewiesenen Darlehenszusagen stellen vorbehaltlose Darlehenszusagen aus den genehmigten Darlehensverträgen dar. Bedingte Darlehenszusagen sind im Abschnitt (40) angeführt.

(7) DARLEHEN UND ANDERE FORDERUNGEN AN DIE NATIONALBANK DER SLOWAKEI

Die Mindestpflichtreserven bestehen aus Einlagen, welche eine Bank bei der NBS verbindlich gemäß den geltenden Rechtsvorschriften zu halten hat. Nach den Rechtsvorschriften der NBS ist vom 1. Januar 2009 ab die Höhe der Mindestpflichtreserven für Bausparkassen auf Null festgelegt.

Die Termineinlagen des Konzerns bzw. der Bank bei der NBS haben eine vertragliche Laufzeit von bis zu 3 Monaten.

(8) ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE WERTPAPIERE

Unter den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren hält der Konzern bzw. die Bank Staatsanleihen und Aktien in Handelsgesellschaften, in denen sein/ihr Anteil am Stamm- bzw. Grundkapital oder an Stimmrechten nicht höher als 20% ist.

a) Staatsanleihen

Zum 31. Dezember 2010 betrug der beizulegende Zeitwert der Staatsanleihen im Portfolio des Konzerns bzw. der Bank insgesamt EUR 83.193 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 53.788 Tsd.). Der Betrag von EUR 81.226 (zum 31. Dezember 2009: EUR 52.037 Tsd.) ist mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

Der beizulegende Zeitwert der zur Veräußerung verfügbaren Staatsanleihen ist nach Stufe 2 (siehe Abschnitt (3), Buchst. g)) ermittelt, die auf Basis der indizierten, von der Wertpapierbörse in Bratislava veröffentlichten Preisen von Staatsanleihen festgelegt ist. Sämtliche Staatsanleihen, welche der Konzern bzw. die Bank im zur Veräußerung verfügbaren Portfolio hält, zählen zu den sog. Referenzstaatsanleihen, die in die Ertragskurve mit einbezogen sind. Die indizierten Preise dieser Staatsanleihen werden aus dem Mittelwert der besten Börsennotierung des Börsentages im Eigenhändlermodul abgeleitet, soweit am gegebenen Tag kein börsenkursbildendes Geschäft abgewickelt wurde.

b) Aktien

Zum 31. Dezember 2010 hält der Konzern bzw. die Bank im Portfolio der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere Aktien der RVS, a.s. (im Folgenden „RVS“) im Wert von EUR 149 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 149 Tsd.), die an keiner in- oder ausländischen Börse bzw. auf keinem öffentlichen Markt gehandelt werden. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Anteil des Konzerns bzw. der Bank am Grundkapital der RVS 2,180% (zum 31. Dezember 2009: 2,180%). Die Aktien der RVS sind zu Anschaffungskosten bewertet, da sie nicht börsennotiert sind und keine Angaben zur Verfügung standen, auf deren Grund diese Investition zuverlässig zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden könnte. Die Aktien der RVS könnten ggf. realisiert werden, wenn sie von der RVS selbst als eigene Aktien erworben würden, so wie es im Jahr 2005 geschehen ist. Der Konzern bzw. die Bank rechnet mit keiner Realisierung dieser Aktien innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag.

(9) FORDERUNGEN AN BANKEN

FORDERUNGEN AN BANKEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kontokorrentkonten	2.716	1.460	4.212	1.239
Termineinlagen	91.616	91.616	105.061	105.061
Sonstige Forderungen an Banken	2.073	2.073	1.994	1.994
Summe	96.405	95.149	111.267	108.294

Termineinlagen nach der vertraglichen Laufzeit (in Tsd. EUR):

TERMINEINLAGEN	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bis zu 3 Monaten	91.616	91.616	105.061	105.061
Summe	91.616	91.616	105.061	105.061

(10) BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE WERTPAPIERE

Staatsanleihen und Schatzscheine sind an der Wertpapierbörse in Bratislava notiert. Sämtliche Schuldverschreibungen sind festverzinsliche Wertpapiere.

Aus dem Gesamtbuchwert der bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapiere ist der Betrag von EUR 134.297 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 43.437 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig.

(11) DARLEHEN AN KUNDEN

Darlehensstruktur nach Darlehensarten und Subjekten, an die sie gewährt wurden (in Tsd. EUR):

DARLEHEN NACH DARLEHENSARTEN	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bauspardarlehen	360.294	360.294	373.900	373.900
Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	2.821	2.821	6.715	8.788
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.429.523	1.429.523	1.335.502	1.335.502
Sonstige Darlehen	470	470	497	497
Summe – brutto	1.793.108	1.793.108	1.716.614	1.718.687
Wertberichtigungen auf Darlehen	-57.130	-57.130	-51.529	-51.529
Summe – netto	1.735.978	1.735.978	1.665.085	1.667.158

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 1.473.758 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.551.412 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Änderungen von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2010 (in Tsd. EUR):

	Bauspar-darlehen	Zwischenfinanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2010	-2.912	-48.614	-3	-51.529
Bildung von Wertberichtigungen	-1.445	-26.437	-376	-28.258
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	1.136	15.845	4	16.985
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. Darlehensabtretung	579	10.409	-	10.988
Wertberichtigung auf Zinsen aus wertgeminderten Darlehen*	-502	-10.327	-	-10.829
Zinsen aus wertgeminderten Darlehen	265	5.248	-	5.513
31. Dezember 2010	-2.879	-53.876	-375	-57.130

Änderungen von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember 2009 (in Tsd. EUR):

	Bauspar-darlehen	Zwischenfinanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
1. Januar 2009	-2.891	-37.218	-1	-40.110
Bildung von Wertberichtigungen	-1.377	-18.292	-7	-19.676
Auflösung von Wertberichtigungen auf Darlehensverluste	863	5.084	5	5.952
Verbrauch von Wertberichtigungen bei Darlehensausbuchung bzw. Darlehensabtretung	726	5.933	-	6.659
Wertberichtigung auf Zinsen aus wertgeminderten Darlehen*	-496	-9.530	-	-10.026
Zinsen aus wertgeminderten Darlehen	263	4.964	-	5.227
Auflösung von Wertberichtigungen auf Wechselkonten	-	445	-	445
31. Dezember 2009	-2.912	-48.614	-3	-51.529

*Im Bruttowert der Darlehen erfasst der Konzern bzw. die Bank den Nominalwert der Zinsen aus wertgeminderten, aber nicht ausgebuchten Darlehen. Diese Zinsen in Höhe von EUR 10.829 Tsd. (2009: EUR 10.026 Tsd.) sind in der Berichtsperiode in der Bilanz mit den entsprechenden Wertberichtigungen verrechnet. Der Posten „Zinsen aus wertgeminderten Darlehen“ in Höhe von EUR 5.513 Tsd. (2009: EUR 5.227 Tsd.) stellt die Auflösung eines Teils der Wertberichtigung anhand der Effektivzinsmethode aufgrund der Abzinsung erwarteter Geldflüsse aus wertgeminderten Darlehen dar. Dieser aufgelöste Teil der Wertberichtigung wird nach Abs. AG 93 des IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung als Zinsertrag gebucht.

(12) ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN (TOCHTERGESELLSCHAFTEN)

ANTEILE AM EIGENKAPITAL VON TOCHTERGESELLSCHAFTEN ZU ANSCHAFFUNGSKOSTEN (in Tsd. EUR)	2010	2009
DomBytGLOBAL, spol. s r.o.	2.880	3.363
DomBytDevelopment, s.r.o.	97	20
Summe	2.977	3.383

a) DomBytGLOBAL, spol. s r.o.

DomBytGLOBAL, spol. s r.o. („DBG“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 13. November 1997 gegründet und unter dem Datum des 30. Januar 1998 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 16673/B) eingetragen. Die Bank ist der alleinige Gesellschafter der DGB.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes (Gesetz Nr. 483/2001 GBl. in der geltenden Fassung) ist die DBG ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Immobilienverwaltung sowie die Vermittlung des Ankaufs, Verkaufs und der Vermietung von Immobilien.

Zum 31. Dezember 2010 hat die Bank eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBG in Höhe von EUR 483 Tsd. gebildet, da das Eigenkapital der Tochtergesellschaft infolge des Jahresfehlbetrags gemindert wurde.

b) DomBytDevelopment, s.r.o.

DomBytDevelopment, s.r.o. („DBD“) ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in der Bajkalská Str. 30, 829 48 Bratislava. Sie wurde am 19. Juli 2007 gegründet und unter dem Datum des 12. September 2007 ins Handelsregister (Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I in Bratislava, Abteilung Sro, Einlage Nr. 47838/B) eingetragen.

Im Sinne des slowakischen Bankengesetzes ist die DBD ein Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten. Ihre Hauptgeschäftstätigkeit ist die Bauträgertätigkeit bei der Vorbereitung und Errichtung von Bauten, die Realisierung von Bauten und deren Änderungen, sowie die Beratungstätigkeit im Bauwesen.

Am 26. Januar 2010 hat die Bank eine Geldeinlage von EUR 130 Tsd. auf das Stammkapital der DBD getätigt.

Zum 31. Dezember 2010 hält die Bank einen direkten 5%-igen Geschäftsanteil am gezeichneten Kapital der DBD. Indirekt, durch die DBG, hält sie auch die restlichen 95% am gezeichneten Kapital dieser Gesellschaft. Zum Bilanzstichtag verfügt die Bank über 40% der Stimmrechte in der DBD, wobei die übrigen 60% der Stimmrechte von der DBG gehalten werden.

Zum 31. Dezember 2010 hat die Bank eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBD in Höhe von EUR 53 Tsd. gebildet, da das Eigenkapital der Tochtergesellschaft infolge des Jahresfehlbetrags gemindert wurde. Aus demselben Grund hat die DBG eine Wertberichtigung auf die Anteile an der DBD in Höhe von EUR 1.007 Tsd. gebildet.

(13) SACHANLAGEN

Zugänge und Abgänge von Sachanlagen des Konzerns:

SACHANLAGEN DES KONZERNS (in Tsd. EUR)	2010			2009		
	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe
Anschaffungskosten						
1. Januar	32.710	20.775	53.485	32.471	28.637	61.108
Zugänge	394	764	1.158	217	1.583	1.800
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	211	-	211
Abgänge	-646	-928	-1.574	-189	-9.445	-9.634
31. Dezember	32.458	20.611	53.069	32.710	20.775	53.485
Kumulierte Abschreibungen						
1. Januar	-8.097	-15.123	-23.220	-7.505	-22.282	-29.787
Abschreibungen	-615	-1.855	-2.470	-665	-2.249	-2.914
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	-24	-	-24
Abgänge	142	888	1.030	97	9.408	9.505
31. Dezember	-8.570	-16.090	-24.660	-8.097	-15.123	-23.220
Wertberichtigungen						
1. Januar	-29	-	-29	-	-	-
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	-29	-	-29
Bildung der Wertberichtigung	-154	-	-154	-	-	-
31. Dezember	-183	-	-183	-29	-	-29
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	2.221	73	2.294	1.895	36	1.931
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	1.618	48	1.666	2.221	73	2.294
Nettobuchwert						
1. Januar	26.805	5.725	32.530	26.861	6.391	33.252
31. Dezember	25.323	4.569	29.892	26.805	5.725	32.530

¹Gebäude, technische Aufwertung von gemieteten Gebäuden und Grundstücke

²Maschinen, Geräte, technische Einrichtungen, Transportmittel, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zugänge und Abgänge von Sachanlagen der Bank:

SACHANLAGEN DER BANK (in Tsd. EUR)	2010			2009		
	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe	Immobilien ¹	Bewegliches Vermögen ²	Summe
Anschaffungskosten						
1. Januar	32.177	20.814	52.991	31.938	28.693	60.631
Zugänge	394	760	1.154	217	1.566	1.783
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	211	-	211
Abgänge	-112	-903	-1.015	-189	-9.445	-9.634
31. Dezember	32.459	20.671	53.130	32.177	20.814	52.991
Kumulierte Abschreibungen						
1. Januar	-8.036	-15.181	-23.217	-7.451	-22.341	-29.792
Abschreibungen	-611	-1.853	-2.464	-658	-2.248	-2.906
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	-24	-	-24
Abgänge	79	882	961	97	9.408	9.505
31. Dezember	-8.568	-16.152	-24.720	-8.036	-15.181	-23.217
Wertberichtigungen						
1. Januar	-29	-	-29	-	-	-
Umbuchung aus/in als Finanzinvestition gehaltenen / gehaltene Immobilien wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-	-	-29	-	-29
Bildung der Wertberichtigung	-154	-	-154	-	-	-
31. Dezember	-183	-	-183	-29	-	-29
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	15	69	84	-	36	36
Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	62	48	110	15	69	84
Nettobuchwert						
1. Januar	24.127	5.702	29.829	24.487	6.388	30.875
31. Dezember	23.770	4.567	28.337	24.127	5.702	29.829

¹Gebäude, technische Aufwertung von gemieteten Gebäuden und Grundstücke

²Maschinen, Geräte, technische Einrichtungen, Transportmittel, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Sachanlagen im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von Sachanlagen (in Tsd. EUR):

	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
1. Januar	2.294	84	1.931	36
Anschaffung	1.390	1.224	2.175	1.843
Bildung der Wertberichtigung auf Sachanlagen im Bau	-816	-	-	-
Umbuchung zu Sachanlagen	-1.158	-1.154	-1.800	-1.783
Umbuchung zu immateriellen Vermögenswerten	-44	-44	-12	-12
31. Dezember	1.666	110	2.294	84

Wegen des Marktpreisrückgangs des erworbenen Grundstücks sowie der Einstellung des Baus eines Wohnhauses hat der Konzern zum 31. Dezember 2010 eine Wertberichtigung auf Sachanlagen in Höhe von EUR 816 Tsd. gebildet.

Die Versicherung von Anlagevermögen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfasst die Versicherung gegen die durch Naturereignisse verursachten Schäden.

Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien des Konzerns sind bis zu EUR 74.208 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 74.239 Tsd.) versichert. Im Berichtsjahr hat der Konzern Versicherungsprämien in Höhe von EUR 65 Tsd. (2009: EUR 68 Tsd.) bezahlt.

Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien der Bank sind bis zu EUR 74.208 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 74.192 Tsd.) versichert. Im Berichtsjahr hat die Bank Versicherungsprämien in Höhe von EUR 65 Tsd. (2009: EUR 68 Tsd.) bezahlt.

Zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern bzw. die Bank keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von Sachanlagen (zum 31. Dezember 2009: EUR 111 Tsd.).

(14) ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN

Zugänge und Abgänge von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien des Konzerns bzw. der Bank:

ALS FINANZINVESTITION GEHALTENE IMMOBILIEN (in Tsd. EUR)	2010	2009
Anschaffungskosten		
1. Januar	2.037	2.248
Zugänge wegen technischer Aufwertung	10	-
Umbuchung in/aus Sachanlagen wegen geänderter Vermietungsfläche	-	-211
31. Dezember	2.047	2.037
Kumulierte Abschreibungen		
1. Januar	-555	-562
Abschreibungen	-30	-17
Umbuchung in/aus Sachanlagen wegen geänderter Vermietungsfläche	-	24
31. Dezember	-585	-555
Wertberichtigungen		
1. Januar	-356	-427
Umbuchung in/aus Sachanlagen wegen geänderter Vermietungsfläche	-	29
Auflösung der Wertberichtigung	30	42
31. Dezember	-326	-356
Nettobuchwert		
1. Januar	1.126	1.259
31. Dezember	1.136	1.126

Zum 31. Dezember 2010 belief sich der Marktwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf EUR 1.852 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.844 Tsd.). Der Marktwert wurde von einem Sachverständigen im entsprechenden Bewertungsbereich ermittelt.

In 2010 beliefen sich die betrieblichen Aufwendungen für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf EUR 24 (2009: EUR 52 Tsd.); Mieterträge betragen EUR 37 Tsd. (2009: EUR 37 Tsd.).

Einnahmen aus nicht kündbaren Mietverträgen sind in folgenden Perioden fällig (in Tsd. EUR):

EINNAHMEN AUS NICHT KÜNDBAREN MIETVERTRÄGEN	Fällig bis zu 1 Jahr	Fällig zwischen 1 und 5 Jahren	Fällig nach mehr als 5 Jahren
Zum 31. Dezember 2010 beendetes Geschäftsjahr	9	29	-
Zum 31. Dezember 2009 beendetes Geschäftsjahr	9	38	-

(15) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Zugänge und Abgänge von immateriellen Vermögenswerten des Konzerns bzw. der Bank:

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2010	2009
Anschaffungskosten		
1. Januar	24.283	23.487
Zugänge	2.847	1.474
Abgänge	-5.687	-678
31. Dezember	21.443	24.283
Kumulierte Abschreibungen		
1. Januar	-15.622	-15.116
Abschreibungen	-1.320	-1.184
Abgänge	5.576	678
31. Dezember	-11.366	-15.622
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 1. Januar	2.696	1.923
Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen zum 31. Dezember	3.538	2.696
Wertberichtigungen		
Bildung zum 31. Dezember (siehe Abschnitt (4), Buchst. f))	-1.856	-
Nettobuchwert		
1. Januar	11.357	10.294
31. Dezember	11.759	11.357

Immaterielle Vermögenswerte umfassen Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte, die sich zum 31. Dezember 2010 auf EUR 59 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 45 Tsd.) beliefen.

Zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern bzw. die Bank eine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 585 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 80 Tsd.).

Immaterielle Vermögenswerte im Bau sowie geleistete Anzahlungen für die Anschaffung von immateriellen Vermögenswerten des Konzerns bzw. der Bank(in Tsd. EUR):

	2010	2009
1. Januar	2.696	1.923
Anschaffung	3.643	2.330
Umbuchung zu immateriellen Vermögenswerten	-2.847	-1.475
Umbuchungen	46	-82
31. Dezember	3.538	2.696

(16) LATENTE STEUERFORDERUNG

Die latente Körperschaftsteuer ist aus sämtlichen temporären Differenzen unter Anwendung des für die nächsten Bilanzierungszeiträume geltenden Körperschaftsteuersatzes von 19% berechnet.

LATENTE STEUERFORDERUNG (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	35	35	37	37
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Darlehen	10.855	10.855	9.791	9.791
Wertberichtigungen auf das Anlagevermögen und die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	97	97	74	73
Wertberichtigungen auf immaterielle Vermögenswerte im Bau	352	352	-	-
Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-	102	-	-
Nicht ausgezahlte Provisionen	4	4	6	6
Ausgaben künftiger Perioden	517	517	418	418
Wechselkonten	146	146	134	134
Rückstellungen und Verbindlichkeit aus dem Zinsbonus	3.305	3.305	2.762	2.762
Summe	15.311	15.413	13.222	13.221

LATENTE STEUERVERBINDLICHKEIT (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-2.087	-2.087	-2.031	-2.007
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	-441	-441	-325	-325
Nicht erhaltene Säumniszinsen und Vertragsstrafen	-10	-10	-9	-9
Nicht erhaltene Vertragsstrafen und Säumniszuschläge	-3	-3	-4	-4
Summe	-2.538	-2.538	-2.365	-2.341

Latente Steuerforderung – netto	12.773	12.875	10.857	10.880
--	---------------	---------------	---------------	---------------

LATENTE STEUERFORDERUNG (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
1. Januar	10.857	10.880	5.668	5.687
In der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene latente Steuer	2.031	2.110	5.492	5.496
In der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesene und mit der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere zusammenhängende Änderung der latenten Steuer	-115	-115	-303	-303
31. Dezember	12.773	12.875	10.857	10.880

Die latente Steuerforderung des Konzerns in Höhe von EUR 12.773 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 10.857 Tsd.) und der Bank in Höhe von EUR 12.875 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 10.880 Tsd.) resultiert aus Wertberichtigungen auf Darlehen und der Tatsache, dass einige Verbindlichkeiten (z.B. der Zinsbonus, die Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen) bis zum Zeitpunkt ihrer Begleichung nicht steuerlich abzugsfähig sind.

(17) SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Forderungen aus ausstehenden Bausparvertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren	2.407	2.407	2.094	2.094
Verschiedene Schuldner	735	552	425	425
Summe	3.142	2.959	2.519	2.519
Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren	-631	-631	-1.059	-1.059
Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner	-157	-157	-142	-142
Summe netto	2.354	2.171	1.318	1.318

Die Wertberichtigung in Höhe von EUR 788 Tsd. wurde auf wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte gebildet, die überfällig und nicht abgesichert sind.

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 1.792 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.297 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Gebühren des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF FORDERUNGEN AUS GEBÜHREN	2010	2009
1. Januar	-1.059	-856
Bildung von Wertberichtigungen	-817	-217
Verbrauch von Wertberichtigungen	1.245	14
31. Dezember	-631	-1.059

Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf verschiedene Schuldner des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

WERTBERICHTIGUNGEN AUF VERSCHIEDENE SCHULDNER	2010	2009
1. Januar	-142	-107
Bildung von Wertberichtigungen	-17	-47
Verbrauch von Wertberichtigungen	2	12
31. Dezember	-157	-142

(18) SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

SONSTIGE NICHT FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Vorräte	75	75	100	100
Geleistete betriebliche Anzahlungen	524	524	513	513
Geleistete Anzahlungen auf Provisionen	1.832	1.832	-	-
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	36	26	32	3
Rückkaufwert der Altersversorgungsverträge für die Mitglieder des Bankmanagements (siehe Abschnitt (38))	7.924	7.924	7.410	7.410
Aufwendungen und Einnahmen künftiger Perioden	370	370	313	313
Summe netto	10.761	10.751	8.368	8.339

Der bedeutendste Posten, der unter Aufwendungen künftiger Perioden abgrenzt wird, sind die Marketingkosten in Höhe von EUR 154 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 4 Tsd.), die Aufwendungen für die Reparatur und Wartung der Software in Höhe von EUR 122 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 155 Tsd.) sowie die im Voraus für künftige Berichtsperioden bezahlte Miete, die sich zum 31. Dezember 2010 auf EUR 18 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 100 Tsd.) belief.

(19) VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN

Verbindlichkeiten gegenüber Banken bestehen aus Termineinlagen anderer Geldinstitute einschließlich der anteiligen abgegrenzten Zinsen in folgender Struktur nach der vertraglichen Laufzeit:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER BANKEN (in Tsd. EUR)	2010	2009
Bis zu 3 Monaten	2.301	4.002
Über 3 Monate bis zu 1 Jahr	-	2.338
Summe	2.301	6.340

(20) VERBINDLICHKEITEN AUS EMITTIERTEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Am 24. Oktober 2007 hat der Konzern bzw. die Bank an der Wertpapierbörse in Bratislava 500 Stück von festverzinslichen Schuldverschreibungen zum Nominalwert von EUR 66 Tsd. pro Schuldverschreibung emittiert, die im Jahr 2012 fällig sein werden. Der Coupon beträgt 4,90% p.a.

(21) SPAREINLAGEN DER KUNDEN

Die Spareinlagen der Kunden des Konzerns bzw. der Bank setzen sich aus folgenden Posten zusammen (in Tsd. EUR):

SPAREINLAGEN DER KUNDEN	2010	2009
Spareinlagen natürlicher Personen	1.736.202	1.618.225
Spareinlagen juristischer Personen	51.284	43.994
<i>davon: Spareinlagen der Eigentümer von Wohnungen und nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten</i>	23.881	21.038
Zins- und Treuebonus	14.247	11.358
Summe	1.801.733	1.673.577

Der Konzern bzw. die Bank erwartet, dass aus dem obigen Buchwert ein Betrag von EUR 1.410.602 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.250.924 Tsd.) mehr als ein Jahr nach dem Bilanzstichtag fällig sein wird.

(22) SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN DES KONZERNS BZW. DER BANK (in Tsd. EUR)	2010	2009
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus gekündigten Bausparverträgen	1.202	201
Nicht ausgezahlte Geldmittel aus zugeteilten Bausparverträgen	1.223	2.026
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.990	2.916
Summe	4.415	5.143

Zugeteilte Bausparverträge sind Verträge, bei denen die Bausparer die Möglichkeit haben, ein Bauspardarlehen gemäß den Allgemeinen Bausparbedingungen in Anspruch zu nehmen.

(23) RÜCKSTELLUNGEN

Der Konzern bzw. die Bank hat zum Bilanzstichtag folgende Rückstellungen gebildet:

a) Rückstellungen für kurzfristige Verbindlichkeiten, die innerhalb 1 Jahres beglichen werden

Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler

Diese Rückstellung wird für die Auszahlung von Provisionen an Vermittler für den Abschluss eines Bausparvertrags gebildet. Die Basis für die Berechnung der Rückstellung ist der Provisionsanspruch der Vermittler unter Berücksichtigung einer effektiven Schätzung des Anteils der stornierten Bausparverträge an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Verträge.

Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten

Die Bildung dieser Rückstellung ergibt sich aus den anhängigen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns bzw. der Bank. Die Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten wird für die Verfahren gebildet, bei denen es wahrscheinlich ist, dass der Konzern

bzw. die Bank die Zahlung aufgrund der gerichtlichen Entscheidung leisten wird. Die Höhe dieser Rückstellung hängt von der voraussichtlichen Höhe der Ansprüche aus Rechtsstreitigkeiten ab. Gerichtsstreitigkeiten werden vorwiegend gegen ehemalige Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes sowie gegen ehemalige Beschäftigte geführt. Die Höhe der Rückstellung stellt den zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

b) Rückstellungen für langfristige Verbindlichkeiten, die erst nach über 1 Jahr beglichen werden

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements

Gemäß den Verträgen über die Altersversorgung des Bankmanagements bildet die Bank eine Rückstellung für Verbindlichkeiten, die ihr nach Erfüllung der vorher vereinbarten Bedingungen entstehen können. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem Gutachten eines Versicherungsmathematikers, das anhand der Anwartschaftsbarwertmethode in Übereinstimmung mit *IAS 19, Leistungen an Arbeitnehmer* erstellt wurde.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung

Gemäß § 76 des slowakischen Arbeitsgesetzbuches (Gesetz Nr. 311/2001 GBl. in der geltenden Fassung) bildet der Konzern bzw. die Bank eine Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung, die zur Abdeckung seiner/ihrer künftiger Verbindlichkeiten aufgrund des Erreichens der Altersgrenze derzeitiger Mitarbeiter dient. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit im Tarif Junior Extra

Gemäß den Bedingungen der Extra-Sicherheit-Leistung für die im Tarif Junior Extra abgeschlossenen Bausparverträge bildet der Konzern bzw. die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung seiner/ihrer künftigen Verpflichtungen, die ihm/ihr aus der Extra-Sicherheit-Leistung entstehen. Das Extra-Sicherheit- Programm gibt den Kindern eine Absicherung bei den im Juniortarif Extra abgeschlossenen Bausparverträgen, auf die regelmäßige Einlagen gezahlt werden. Wenn die gesetzlichen Vertreter eines minderjährigen Bausparers versterben, verpflichtet sich der Konzern bzw. die Bank, die Verantwortung für die Einzahlungen auf das Bausparkonto zu übernehmen.

Grundlage für die Berechnung dieser Rückstellung ist sowohl der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, bei denen der Konzern bzw. die Bank bereits verpflichtet ist, für den minderjährigen Bausparer nach dem Versterben seines gesetzlichen Vertreters bis zum bestimmten Prozentsatz der Bausparsumme anzusparen (der konkrete Prozentsatz ist von der gewählten optionalen Zuteilung abhängig), als auch der Stand der Bausparverträge des Tarifs Junior Extra, bei denen der Konzern bzw. die Bank die wahrscheinliche künftige Übernahme der Verantwortung für die Einzahlungen auf das Bausparkonto des minderjährigen Bausparers bis zum bestimmten Prozentsatz der Bausparsumme erwartet. Für jeden Vertrag wurde eine Schätzung der voraussichtlichen Vertragsentwicklung bis zum Ansparen der Mindestsparsumme, höchstens jedoch bis zu EUR 9 Tsd. vorgenommen. Bei einer möglichen Extra-Sicherheit- Leistung wird die Wahrscheinlichkeit der Kündigung des Vertrags mit dem Tarif Junior Extra, die Wahrscheinlichkeit des Versterbens des gesetzlichen Vertreters je nach Geschlecht sowie die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung der Bedingungen für die Entstehung des Anspruchs aus dem Extra-Sicherheit- Programm geschätzt. Die maximale Höhe der Leistung für Bausparverträge, für welche noch keine Extra-Sicherheit-Leistung erfolgte, beträgt EUR 10 Tsd. Diese Annahmen wurden in der versicherungsmathematischen Berechnung der Rückstellung für voraussichtliche künftige Leistungen berücksichtigt.

Rückstellung für Abfindungen an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes

Gemäß § 669 ff. HGB sowie dem zwischen dem Konzern bzw. der Bank und dem Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes geschlossenen Vertrag über die Handelsvertretung bildet der Konzern bzw. die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung seiner/ihrer künftigen Verbindlichkeiten aus Abfindungszahlungen an die Handelsvertreter des externen Vertriebsnetzes. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf eine Abfindung an die Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes entsteht mit Beendigung des Vertragsverhältnisses seitens des Konzerns bzw. der Bank (mit Ausnahme eines sofortigen Zurücktretens vom Vertrag, nachdem der Handelsvertreter seine vertragliche Verpflichtung verletzt hat); seitens des Handelsvertreters nur wegen seines Alters, Invalidität oder Krankheit.

Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder

Gemäß dem Vertrag über die Ausübung der Funktion des Vorstands bildet die Bank eine Rückstellung zur Abdeckung ihrer künftigen Verbindlichkeiten aufgrund der Abfindungen an die Vorstandsmitglieder. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar. Der Anspruch auf die Abfindung entsteht für jedes Vorstandsmitglied nach Ablauf seiner 5-jährigen Amtsperiode.

Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen

Diese Rückstellung wird zur Abdeckung der künftigen, sich aus dem Sozialprogramm ergebenden Verbindlichkeiten gebildet, wonach Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen vorgesehen sind. Die Höhe der Rückstellung stellt einen zeitlich gewogenen Barwert dieser künftigen Verbindlichkeiten dar.

KURZFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. EUR)	2010	2009
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	1.602	1.495
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	91	73
Summe	1.693	1.568

LANGFRISTIGE RÜCKSTELLUNGEN (in Tsd. EUR)	2010	2009
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	7.952	6.954
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	361	306
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	1.058	1.148
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	348	607
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	487	499
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	612	532
Summe	10.818	10.046

Summe Rückstellungen	12.511	11.614
-----------------------------	---------------	---------------

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2010 – kurzfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR)

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	1.495	1.927	-1.047	-773	1.602
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	73	70	-52	-	91
Summe	1.568	1.997	-1.099	-773	1.693

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2010 – langfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR)

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	7.895	1.061	-83	-	8.873
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	306	59	-4	-	361
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements – vermindert um das Planvermögen*	-941	-	-	20	-921
<i>Summe Rückstellung für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	<i>7.260</i>	<i>1.120</i>	<i>-87</i>	<i>20</i>	<i>8.313</i>
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	1.148	55	-55	-90	1.058
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	607	-	-110	-149	348
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	499	-	-12	-	487
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	532	101	-21	-	612
Summe	10.046	1.276	-285	-219	10.818

* siehe Abschnitt (38) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2009 – kurzfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR)

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Provisionen an Bausparvermittler	1.256	3.927	-2.855	-833	1.495
Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten	90	20	-37	-	73
Summe	1.346	3.947	-2.892	-833	1.568

Rückstellungsspiegel für das Jahr 2009 – langfristige Rückstellungen (in Tsd. EUR)

BILDUNG UND VERWENDUNG VON RÜCKSTELLUNGEN	1. Januar	Bildung	Verbrauch	Auflösung	31. Dezember
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements	7.094	1.048	-247	-	7.895
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Pensionierung	257	59	-10	-	306
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Altersversorgung des Bankmanagements – vermindert um das Planvermögen*	-925	-16	-	-	-941
<i>Summe Rückstellung für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses</i>	<i>6.426</i>	<i>1.091</i>	<i>-257</i>	<i>-</i>	<i>7.260</i>
Rückstellung für Verpflichtungen aus der Extra-Sicherheit	1.029	202	-83	-	1.148
Rückstellung für Abfindungen an Mitarbeiter des externen Vertriebsnetzes	697	34	-124	-	607
Rückstellung für Abfindungen an die Vorstandsmitglieder	394	105	-	-	499
Rückstellung für Vergütungen an Mitarbeiter bei Dienst- oder Lebensjubiläen	449	119	-36	-	532
Summe	8.995	1.551	-500	-	10.046

* siehe Abschnitt (38) – Leistungen an Arbeitnehmer, Tabelle: Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit

(24) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Verschiedene Schuldner, davon:	4.545	4.561	5.148	5.146
- <i>überfällige Verbindlichkeiten</i>	19	19	120	120
Verbindlichkeiten aus dem Finanzierungsleasing	789	789	1.005	1.005
Summe	5.334	5.350	6.153	6.151

Der Posten „Verschiedene Gläubiger“ enthält insbesondere Verbindlichkeiten des Konzerns gegenüber Lieferanten zum 31. Dezember 2010 in Höhe von EUR 2.580 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 2.943 Tsd.) bzw. Verbindlichkeiten der Bank gegenüber Lieferanten zum 31. Dezember 2010 in Höhe von EUR 2.574 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 2.941 Tsd.).

(25) SONSTIGE NICHTFINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

SONSTIGE NICHTFINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Verrechnung mit Mitarbeitern	400	400	377	377
Sozialfonds aus Gehältern und dem Gewinn	69	69	32	32
Verrechnung mit dem Staatshaushalt	7.555	7.555	7.126	7.125
Verrechnung mit Sozialinstitutionen	281	281	275	275
Ausgaben und Erträge künftiger Perioden	3.681	3.678	2.813	2.809
Summe	11.986	11.983	10.623	10.618

Nicht finanzielle Verpflichtungen sind Verpflichtungen, auf die sich die Angabepflichtigen nach IFRS 7, *Finanzinstrumente: Angaben* nicht beziehen.

Einen wesentlichen Teil des Postens „Verrechnung mit dem Staatshaushalt“ bilden Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt bezüglich der Abzugsteuer auf Zinsen aus Bausparkonten in Höhe von EUR 7.386 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 6.891 Tsd.).

Den bedeutendsten Teil des Postens „Ausgaben und Erträge künftiger Perioden“ bilden Ausgaben für Zielprämien an Mitarbeiter in Höhe von EUR 1.971 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 1.863 Tsd.), für Zielprovisionen des Vertriebsnetzes in Höhe von EUR 380 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 2 Tsd.), für Prämien an Bankdirektoren in Höhe von EUR 371 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 337 Tsd.) und für Urlaubsabgeltung in Höhe von EUR 343 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 310 Tsd.).

Übersicht über die aufwandswirksame Bildung und Verwendung des Sozialfonds des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

SOZIALFONDS	2010	2009
1. Januar	32	74
Zuführung	225	148
Verwendung	-188	-190
31. Dezember	69	32

(26) EIGENKAPITAL

Zum 31. Dezember 2010, unverändert zum 31. Dezember 2009, besteht das gezeichnete Kapital des Konzerns bzw. der Bank aus 5.000 voll eingezahlten Aktien, wobei der Nominalwert einer Aktie EUR 13,3 Tsd. beträgt. Die Aktien werden beim slowakischen Zentraldepositor von Wertpapieren (Centrálny depozitár cenných papierov SR, a.s.) registriert.

In 2010 hat der Konzern bzw. die Bank eine Dividende in Höhe von EUR 6 Tsd. pro Aktie (2009: EUR 6 Tsd. pro Aktie) ausgeschüttet.

Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses für die laufende Berichtsperiode und die tatsächliche Verwendung des Vorjahresüberschusses (in Tsd. EUR):

VERWENDUNG DES VORJAHRESÜBERSCHUSSES DER BANK	2009
Gewinn nach Steuern für 2009	28.104
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2009	115.315
Verteilungsfähiger Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden	143.419
Dividendenausschüttung	-29.925
Zuführung zum Fonds für karitative Zwecke	-156
Zuführung zum Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung	-166
Zuführung zum Sozialfonds	-80
Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden nach Dividendenausschüttung und Fondszuführungen	113.092
Als Aufwand des Jahres 2010 gebuchte Fondszuführungen	407
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2010	113.499

VORSCHLAG ZUR VERWENDUNG DES JAHRESÜBERSCHUSSES DER BANK FÜR 2010	2010
Gewinn nach Steuern für 2010	29.355
Gewinnvortrag zum 31. Dezember 2010	113.499
Verteilungsfähiger Gewinn der laufenden Periode und der Vorperioden	142.854
Dividendenausschüttung	-29.925
Zuführung zum Fonds für karitative Zwecke	-161
Zuführung zum Fonds für Wohnungswirtschaftsförderung	-166
Zuführung zum Sozialfonds	-30

(27) ZINSERGBNIS

ZINSERGBNIS (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge				
- aus Darlehen an Kunden	107.693	107.697	105.772	105.872
- aus Kontokorrentkonten und Termineinlagen bei anderen Banken	480	475	704	679
- aus Darlehen an die NBS	-	-	77	77
- aus Kassenobligationen der NBS	468	468	-	-
- aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Schuldverschreibungen	4.936	4.936	4.561	4.561
- aus zur Veräußerung verfügbaren Schuldverschreibungen	2.237	2.237	2.150	2.150
Summe Zinserträge	115.814	115.813	113.264	113.339
Zinsaufwendungen				
- aus Spareinlagen	-47.899	-47.899	-42.279	-42.279
- aus Termineinlagen anderer Banken	-29	-29	-105	-105
- aus emittierten Schuldverschreibungen	-1.647	-1.647	-1.652	-1.652
- aus dem Leasing	-118	-118	-139	-139
Summe Zinsaufwendungen	-49.693	-49.693	-44.175	-44.175
Zinsergebnis	66.121	66.120	69.089	69.164

In 2010 beliefen sich die Zinserträge aus wertgeminderten Darlehen auf EUR 5.513 Tsd. (2009: EUR 5.227 Tsd.).

(28) GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS

GEBÜHREN- UND PROVISIONSERGEBNIS (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kontoführungsgebühr	19.165	19.165	18.033	18.033
Sonstige Gebühren	8.297	8.297	5.690	5.690
Umsatzerlöse aus der Dienstleistungserbringung	4	-	8	-
Summe Umsatzerlöse aus der Dienstleistungserbringung und Gebühren- und Provisionserträge	27.466	27.462	23.731	23.723
Summe Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-179	-179	-420	-420
Gebühren- und Provisionsergebnis	27.287	27.283	23.311	23.303

(29) BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN

BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Mietaufwendungen	-2.330	-2.334	-2.458	-2.460
Wirtschaftsprüfung, Beratungs- und Konsultationsdienstleistungen	-478	-473	-375	-371
Vertriebs- und Marketingkosten	-9.696	-9.696	-9.882	-9.888
Sonstige bezogene Dienstleistungen	-5.819	-5.782	-6.169	-6.135
Summe	-18.323	-18.285	-18.884	-18.854

Einen wesentlichen Teil des Postens „Sonstige bezogene Dienstleistungen“ des Konzerns und der Bank bilden im Berichtsjahr Telekommunikationskosten und Postgebühren in Höhe von EUR 1.242 Tsd. (2009: EUR 1.294 Tsd.) und Aufwendungen für die Reparatur und Wartung von Hardware und Software in Höhe von EUR 1.266 Tsd. (2009: EUR 1.439 Tsd.). Die Aufwendungen für die vom Wirtschaftsprüfer durchgeführte Abschlussprüfung betragen EUR 142 Tsd. (2009: EUR 145 Tsd.), die Aufwendungen für die bezogenen Steuerberatungsleistungen beliefen sich auf EUR 18 Tsd. (2009: EUR 64 Tsd.) und die Aufwendungen für zusätzliche, nicht prüfungsbezogene Dienstleistungen des Wirtschaftsprüfers betragen EUR 58 Tsd. (2009: EUR 32 Tsd.).

(30) PERSONALKOSTEN

PERSONALKOSTEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Löhne und Gehälter, davon:	-11.200	-11.200	-11.044	-11.043
- Vergütungen an die Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrates sowie der Leitungsorgane	-164	-164	-164	-164
Sozial- und Krankenversicherung und Fondsbeiträge, davon:	-3.002	-3.002	-2.883	-2.883
- Beiträge zur ersten und zweiten Säule des Altersversorgungssystems, d.h. zum staatlichen beitragsorientierten Pensionsplan	-1.337	-1.337	-1.320	-1.320
Leistungsorientierte Pensionspläne, einschließlich der Vergütung bei Pensionierung	-1.119	-1.119	-1.107	-1.107
Beitragsorientierte Pläne – Zusatzrentensparen (Beiträge zur dritten Säule des Altersversorgungssystems)	-125	-125	-123	-123
Kosten für sonstige langfristige Verbindlichkeiten gegenüber den Mitarbeitern	-88	-88	-224	-224
Summe	-15.534	-15.534	-15.381	-15.380

(31) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Beitrag an den Einlagensicherungsfonds	-3.377	-3.377	-3.205	-3.205
Steuern, Gebühren und Gerichtskosten	-889	-886	-930	-928
Spenden für karitative Zwecke und für die Wohnungswirtschaftsförderung	-327	-327	-322	-322
Extra-Sicherheit- Einlagen (einschließlich Rückstellungsbildung und -verbrauch)	12	12	-202	-202
Andere betriebliche Aufwendungen	-439	-435	-433	-431
Summe	-5.021	-5.014	-5.100	-5.096

(32) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Gewinn/Verlust aus dem Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	122	2	-5	-5
Mieterträge	324	324	238	242
Andere betriebliche Erträge	853	853	936	940
Summe	1.299	1.179	1.170	1.178

Einen bedeutenden Teil des Postens „Andere betriebliche Erträge“ bildet in 2010 die Vergütung für die Vermittlung der Unfallversicherung der Kunden – Bonifikation in Höhe von EUR 293 Tsd. (2009: EUR 411 Tsd.) sowie Erträge aus der Aufwertung der Forderung aus der Altersversorgung des Bankmanagements in Höhe von EUR 377 Tsd. (2009: EUR 353 Tsd.).

(33) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN, AUSBUCHUNG VON FORDERUNGEN AUS DARLEHEN, VERLUSTE AUS ABTRETUNG VON DARLEHENSFORDERUNGEN

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK IN 2010 (in Tsd. EUR)	Bauspardarlehen	Zwischenfinanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Bildung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	-1.445	-26.437	-376	-28.258
Auflösung von Wertberichtigungen (siehe Abschnitt (11))	1.136	15.845	4	16.985
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-5	-13	-	-18
Verlust aus abgetretenen Forderungen	-4	-393	-	-397
Summe Bildung/Auflösung von Wertberichtigungen	-318	-10.998	-372	-11.688

WERTBERICHTIGUNGEN AUF DARLEHEN DES KONZERNES BZW. DER BANK IN 2009 (in Tsd. EUR)	Bauspardarlehen	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Bildung von Wertberichtigungen	-1.377	-18.292	-7	-19.676
Auflösung von Wertberichtigungen	863	5.084	5	5.952
Verlust aus ausgebuchten Forderungen	-4	-8	-	-12
Gewinn aus abgetretenen Forderungen	29	325	-	354
Summe Bildung/Auflösung von Wertberichtigungen	-489	-12.891	-2	-13.382

Im Berichtsjahr hat der Konzern bzw. die Bank Forderungen aus nicht getilgten Darlehen in Bruttohöhe von EUR 11.840 Tsd. (2009: EUR 7.038 Tsd.) für ein Entgelt von EUR 537 Tsd. (2009: EUR 782 Tsd.) abgetreten.

(34) SALDO AUS BILDUNG UND VERBRAUCH VON WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE AKTIVA, AUSBUCHUNG SONSTIGER AKTIVA

WERTBERICHTIGUNGEN AUF SONSTIGE AKTIVA DES KONZERNES BZW. DER BANK (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Bildung von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren (siehe Abschnitt (17))	-1.064	-1.064	-273	-273
Verbrauch von Wertberichtigungen auf Vertragsabschluss- und Kontoführungsgebühren (siehe Abschnitt (17))	1.245	1.245	14	14
Bildung von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	-17	-17	-47	-47
Verbrauch von Wertberichtigungen auf eingetriebene Forderungen	2	2	12	12
Bildung von Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-536	-	-
Bildung von Wertberichtigungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-2.826	-2.010	-	-
Verbrauch von Wertberichtigungen auf die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	30	30	42	42
Ausbuchung von sonstigen finanziellen Vermögenswerten	-683	-683	-710	-710
Erträge aus ausgebuchten sonstigen finanziellen Vermögenswerten	-	-	35	35
Summe Bildung/Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige Aktiva	-3.313	-3.033	-927	-927

(35) KÖRPERSCHAFTSTEUER

Überleitung von der theoretischen zur ausgewiesenen Körperschaftsteuer (in Tsd. EUR):

KÖRPERSCHAFTSTEUER	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Jahresüberschuss nach IFRS vor Steuern, davon:	37.008	37.214	35.781	35.899
- theoretische Körperschaftsteuer in Höhe von 19%	7.032	7.071	6.798	6.821
Nicht steuerpflichtige Erträge (permanente Differenzen)	-226	-226	-122	-122
Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen (permanente Differenzen)	1.178	1.014	1.123	1.096
Summe ausgewiesene Körperschaftsteuer	7.984	7.859	7.799	7.795

KÖRPERSCHAFTSTEUERAUFWAND (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Fällige Körperschaftsteuer	-10.015	-9.969	-13.291	-13.291
Latente Steuer	2.031	2.110	5.492	5.496
Summe Körperschaftsteueraufwand	-7.984	-7.859	-7.799	-7.795

Der Körperschaftsteuersatz für das Jahr 2010, unverändert zum Vorjahr, liegt bei 19%.

Verschiedene mögliche Auslegungen der für die Tätigkeit der Bank geltenden Steuervorschriften können zu Schätzungen führen, die keiner objektiven Quantifizierung unterliegen. Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank schätzt die Aufwendungen, die in diesem Zusammenhang entstehen könnten, als unwesentlich ein. Die Geschäftsjahre 2004 bis 2010 unterliegen einer eventuellen körperschaftsteuerlichen Betriebsprüfung.

(36) ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

In der Kapitalflussrechnung zum 31. Dezember 2010 ausgewiesene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente bestehen aus folgenden Posten (in Tsd. EUR):

ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Kassenbestand	7	7	11	11
Kontokorrentkonten	2.716	1.460	4.212	1.239
Termineinlagen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	92.005	92.005	111.471	111.471
Termindarlehen mit einer vertraglichen Laufzeit bis zu 3 Monaten	-2.300	-2.300	-4.000	-4.000
Summe	92.428	91.172	111.694	108.721

(37) OPERATIVES LEASING

Summe der künftigen Mindestleasingraten für nicht kündbare operative Leasingverträge, bei denen der Konzern bzw. die Bank Leasingnehmer ist (in Tsd. EUR):

OPERATIVES LEASING	2010	2009
Bis zu 1 Jahr	-	142
Von 1 bis zu 5 Jahren	-	-
Summe	-	142

Der Konzern bzw. die Bank ist zum 31. Dezember 2010 kein Leasingnehmer auf Basis von operativen Leasingverträgen.

(38) LEISTUNGEN AN ARBEITNEHMER

Langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Im Rahmen von leistungsorientierten Plänen leistet der Konzern bzw. die Bank eine Altersversicherung für das Management, für die eine Rückstellung gebildet wird. Den Mitarbeitern werden zugleich Vergütungen zum Zeitpunkt ihrer erstmaligen Pensionierung ausgezahlt. Die Höhe der Rückstellung für diese Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergibt sich aus einem Gutachten, das von einem Versicherungsmathematiker anhand der Anwartschaftsbarwertmethode jährlich berechnet wird. Der Versicherungsmathematiker erstellt die Bewertung und die Auswirkung der Änderungen in der Bewertung wird stets zum 1. Januar der laufenden Berichtsperiode gebucht. Die Beträge zum Ende der Berichtsperiode werden aufgrund einer versicherungsmathematischen Berechnung zu Beginn des Bilanzierungszeitraums ermittelt und um voraussichtliche Aufwendungen und tatsächlich getätigte Zahlungen während der Berichtsperiode angepasst.

In der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesene Beträge (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan	9.686	8.858
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende nicht ausgewiesene Verluste	-452	-657
Summe	9.234	8.201
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen	-921	-941
Summe Rückstellung in der Bilanz (siehe Abschnitt (23))	8.313	7.260

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesene Beträge (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Laufender Dienstzeitaufwand	648	613
Zinsaufwand	440	463
Gebuchte versicherungsmathematische Verluste	4	4
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	28	28
Summe Aufwendungen	1 120	1.108
Erträge aus dem Vermögen, durch das der Pensionsplan finanziert wird	-374	-355
Summe des unter Personalkosten erfassten Betrags (siehe Abschnitt (30))	746	753

Änderungen im Barwert der Verbindlichkeit des Konzerns bzw. der Bank aus dem Pensionsplan (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 1. Januar	8.858	7.935
Laufender Dienstzeitaufwand	648	613
Zinsaufwand	440	463
Aus Anpassungen der versicherungsmathematischen Modelle resultierende Verluste/(Gewinne)	-173	105
Ausgezahlte Altersrenten	-87	-258
Barwert der Verbindlichkeit aus dem Pensionsplan zum 31. Dezember	9.686	8.858

Grundsätzliche versicherungsmathematische Annahmen des Konzerns bzw. der Bank zum 1. Januar (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Diskontsatz	5,10%	5,25%
Erwartete Gehaltssteigerung für die nächste Periode	3,10%	3,80%
Erwartete Altersrentensteigerung für die nächste Periode	3,10%	3,80%

Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne) wegen der Differenz zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den festgelegten Annahmen des Konzerns bzw. der Bank in 2010 betragen EUR 0 Tsd. (2009: EUR 0 Tsd.). Versicherungsmathematische Verluste/(Gewinne) aus Änderungen in den versicherungsmathematischen Annahmen des Konzerns bzw. der Bank beliefen sich auf EUR 173 Tsd. (2009: EUR -105 Tsd.).

Änderungen im Wert der Ansprüche aus Versicherungsverträgen des Konzerns bzw. der Bank (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Forderung gegen die Versicherungsanstalten zum 1. Januar	7.410	6.867
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	198	508
Ausgezahlte Altersrenten	-	-263
Ertrag	316	298
Forderung gegen die Versicherungsanstalten zum 31. Dezember – als Vermögenswert gebucht	7.924	7.410
Planvermögen – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit	921	941
Summe	8.845	8.351

Änderungen im Wert des Planvermögens – abgetretene Forderungen aus Versicherungsverträgen, ausgewiesen als Minderung der Verbindlichkeit (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Anspruch gegen die Versicherungsanstalten zum 1. Januar	941	925
Beiträge (geleistete Versicherungsprämien)	5	41
Ausgezahlte Altersrenten	-83	-83
Ertrag	58	58
Anspruch gegen die Versicherungsanstalten zum 31. Dezember	921	941

Die Aktiva des Pensionsplans stellen Ansprüche aus Versicherungsverträgen dar. Die Versicherungsverträge, welche der Konzern bzw. die Bank kündigen und deren Rückkaufwert zurückfordern kann, werden als Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert erfasst und erfolgswirksam neu bewertet, so wie es der IAS 19, Leistungen an Arbeitnehmer

fordert. Zum Eintritt der Unverfallbarkeit des Pensionsanspruchs werden die Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag an den betreffenden, in Ruhestand gehenden Mitarbeiter abgetreten. Der Konzern bzw. die Bank bucht weiterhin seine/ihre Pensionsverbindlichkeit gegenüber dem ehemaligen Mitarbeiter, weist aber den Versicherungsvertrag als Minderung seiner/ihrer Verbindlichkeiten aus, da der Vertrag die im *IAS 19, Leistungen an Arbeitnehmer* angeführten Bedingungen für eine solche Erfassung erfüllt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus den Verpflichtungen des Pensionsplans werden nicht gebucht, wenn sie nicht höher als 10% des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung oder des höheren beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens sind.

Falls die kumulativen nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste zu Beginn der laufenden Berichtsperiode dieses Limit überschreiten, wird die Differenz für die restliche Dienstzeit der an diesem Pensionsplan beteiligten Mitarbeiter zeitlich abgegrenzt. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Ansprüchen gegen die Versicherungsanstalten werden sofort gebucht.

Neben der Altersversorgung des Managements leistet der Konzern bzw. die Bank festgelegte Beiträge zur zusätzlichen Altersversicherung seiner/ihrer Mitarbeiter. Die zusätzliche Altersversicherung ist freiwillig und basiert auf einem zwischen dem Arbeitnehmer, dem Konzern bzw. der Bank und der Zusatzrentenversicherungsanstalt abgeschlossenen Vertragsverhältnis.

Für die zusätzliche Rentenversicherung seiner/ihrer Mitarbeiter hat der Konzern bzw. die Bank im Berichtsjahr einen Betrag von EUR 125 Tsd. (2009: EUR 123 Tsd.) und die Mitarbeiter selbst einen Betrag von EUR 132 Tsd. (2009: EUR 130 Tsd.) gezahlt. Im Berichtsjahr hat der Konzern bzw. die Bank ebenfalls Arbeitgeberbeiträge in den verbindlichen Pensionsfonds der staatlichen Sozialversicherungsanstalt sowie in die Fonds der privaten Rentenverwaltungsgesellschaften in Höhe von EUR 1.337 Tsd. (2009: EUR 1.321 Tsd.) geleistet; die Arbeitnehmerbeiträge beliefen sich auf EUR 311 Tsd. (2009: EUR 306 Tsd.).

(39) GESCHÄFTSVORFÄLLE MIT NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der Bank zählen:

a) Tochtergesellschaften der Bank

- DomBytGLOBAL, spol. s r.o.
- DomBytDevelopment, s.r.o.

Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen des Konzerns und der Bank zählen:

b) Aktionäre des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften

- Slovenská sporiteľňa, a.s.
- Bausparkasse Schwäbisch Hall, AG
- Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH
- Erste Bank Group AG

c) In Schlüsselpositionen tätige Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements, der Aktionäre des Konzerns und der Bank bzw. der Tochtergesellschaften der Bank sowie deren Familienangehörige

- Vorstandsmitglieder, Bankdirektoren
- Aufsichtsratsmitglieder
- Fachbereichsdirektoren des Konzerns bzw. der Bank
- Mitglieder anderer Lenkungsausschüsse des Konzerns bzw. der Bank sowie
- Geschäftsführer der Tochtergesellschaften.

Der Konzern bzw. die Bank geht im Rahmen seiner/ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit in diverse Transaktionen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen ein.

a) Tochtergesellschaften der Bank

Zu den in der Bilanz der Bank zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Tochtergesellschaften der Bank resultieren (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Aktiva		
An Kunden gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz (2009: 4,63%)	-	2.075
Anteile an verbundenen Unternehmen - Brutto	3.513	3.383
Wertberichtigung auf Anteile an verbundenen Unternehmen	-536	-
Sachanlagen	19	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1	-
Summe	2.997	5.458
Passiva		
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	-	1
Sonstige nicht finanzielle Verpflichtungen	20	-
Summe	20	1

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die aus Transaktionen mit ihren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Zinserträge	4	100
Bezogene Dienstleistungen	-6	-14
Sonstige betriebliche Erträge	5	8
Saldo aus Bildung und Verbrauch von Wertberichtigungen auf sonstige Vermögenswerte, Ausbuchung sonstiger Vermögenswerte	-536	-
Summe	-533	94

b) Aktionäre des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften

Zu den in der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den Aktionären des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Aktiva				
Forderungen an Banken, beim durchschnittlichen Zinssatz des Konzerns von 0,67% (2009: 0,41%) und beim durchschnittlichen Zinssatz der Bank von 0,68% (2009: 0,44%)	21.644	21.090	33.296	30.644
Immaterielle Vermögenswerte (Restwert der von einem Aktionär der Bank erworbenen Software)	6.832	6.832	5.425	5.425
Summe	28.476	27.922	38.721	36.069
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken beim durchschnittlichen Zinssatz (2009: 2,02%)	-	-	2.338	2.338
Verbindlichkeiten aus emittierten Schuldverschreibungen	14.183	14.183	14.174	14.174
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	511	511	761	761
Summe	14.694	14.694	17.273	17.273

Aufgliederung der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die aus Transaktionen mit den Aktionären des Konzerns bzw. der Bank und deren Tochtergesellschaften resultieren (in Tsd. EUR):

	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	53	51	115	94
Zinsaufwendungen	-705	-705	-762	-762
Aufwendungen für Gebühren und Provisionen	-1	-1	-1	-1
Bezogene Dienstleistungen	-275	-275	-334	-334
Summe	-928	-930	-982	-1.003

c) In Schlüsselpositionen tätige Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements

Zu den in der Bilanz des Konzerns bzw. der Bank zum 31. Dezember ausgewiesenen Aktiva und Passiva zählen folgende Buchsalden, die aus Geschäftsvorfällen mit den in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements resultieren (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Aktiva		
An die Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements gewährte Darlehen beim durchschnittlichen Zinssatz von 3,72% (2009: 3,54%)	1.603	1.619
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	186	-
Summe	1.789	1.619
Passiva		
Spareinlagen der Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements beim durchschnittlichen Zinssatz von 2,68% (2009: 2,71%)	1.403	1.491
Summe	1.403	1.491

Diese Geschäftsvorfälle stellen meistens gewährte Darlehen an und erhaltene Einlagen von in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements dar, die mit den in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns bzw. der Bank ausgewiesenen Zinsaufwendungen und -erträgen verbunden sind.

Die Struktur der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge, die mit Geschäftsvorfällen mit den in Schlüsselpositionen tätigen Mitgliedern des Konzern- bzw. Bankmanagements zusammenhängen, ist wie folgt (in Tsd. EUR):

	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Zinserträge	55	55	55	55
Zinsaufwendungen	-38	-38	-40	-40
Sonstige betriebliche Erträge	65	-	-	-
Summe	82	17	15	15

Unter dem Posten „Personalkosten“ ausgewiesene Leistungen an die in Schlüsselpositionen tätigen Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements (in Tsd. EUR):

	2010	2009
Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer	-3.296	-2.788
Arbeitgeberbeiträge zur zusätzlichen Rentenversicherung	-31	-25
Altersversorgung des Konzern- bzw. Bankmanagements	-785	-756
Vergütungen bei Dienst- oder Lebensjubiläen	-8	-
Summe der Leistungen an die in Schlüsselposition tätigen Mitglieder des Konzern- bzw. Bankmanagements	-4.120	-3.569

(40) EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ZUSAGEN

Der Konzern bzw. die Bank hat mögliche Risiken im Zusammenhang mit Erklärungen und Garantien identifiziert, die bei der Veräußerung der Tochtergesellschaft der Bank EURODomBytGLOBAL, s.r.o. im Dezember 2007 für EUR 4.798 Tsd. gewährt wurden. Die Geschäftsleitung schätzt mögliche Ansprüche gegen den Konzern bzw. die Bank aus der externen Rechtsvertretung in 2011 auf EUR 33 Tsd.; in 2010 betragen diese Aufwendungen EUR 33 Tsd. (2009: EUR 68 Tsd.). Bis zum Tag der Veröffentlichung dieses Jahresabschlusses war kein direkter Prozess gegen den Konzern bzw. die Bank angestrengt. Da die Bedingungen für die Rückstellungsbildung im Falle von künftigen Aufwendungen für rechtliche Dienstleistungen nicht erfüllt sind, war es nicht erforderlich, eine entsprechende Rückstellung zu bilden. Die Aufwendungen für externe Rechtsvertretung werden erst zum Zeitpunkt der Dienstleistungserbringung gebucht.

Zum 31. Dezember 2010 erfasst der Konzern bzw. die Bank Darlehenszusagen aus genehmigten Bauspardarlehenverträgen in Höhe von EUR 73.143 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 68.314 Tsd.).

Der Konzern bzw. die Bank registriert ebenfalls eventuelle Darlehenszusagen. Mit dem Abschluss des Bausparvertrags erhält der Kunde den Anspruch auf die Gewährung eines Bauspardarlehens, falls er bestimmte festgelegte Bedingungen erfüllt (insbesondere die Mindestsparperiode, das Ansparen des geforderten Mindestbetrags und Nachweis einer hinreichenden Kreditwürdigkeit). Sollten sich alle Bausparer für diese Möglichkeit entscheiden, würden sie die festgelegten Bedingungen (einschließlich der hinreichenden Kreditwürdigkeit) erfüllen und würden sie in der Zukunft ein Bauspardarlehen beantragen, könnte sich zum 31. Dezember 2010 der Wert der zugeteilten Bauspardarlehen bis auf EUR 3.869.496 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 3.895.038) belaufen.

(41) FINANZINSTRUMENTE – MARKTRISIKO

Das System der Risikosteuerung steht im Einklang mit dem Bankengesetz und der Verordnung der NBS über Risiken und das System ihrer Steuerung.

Das Marktrisiko stellt ein sich aus der Position des Konzerns bzw. der Bank sowie den Wertänderungen der Risikofaktoren ergebendes Verlustrisiko dar, wobei diese Werte im Wesentlichen auf dem Markt bestimmt werden.

Zu den Hauptbestandteilen des Marktrisikos in den Bedingungen des Konzerns bzw. der Bank zählen:

- a) das Zinsrisiko, unter dem das aus der Position des Konzerns bzw. der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Zinssätze ergibt, und
- b) das Währungsrisiko, unter dem das aus der Position des Konzerns bzw. der Bank resultierende Verlustrisiko verstanden wird, das sich aus Änderungen der Währungsumrechnungskurse ergibt.

Aufgrund der erteilten Lizenz beschränkt sich das Marktrisiko des Konzerns bzw. der Bank auf das Zins- und das Währungsrisiko.

a) Zinsrisiko

Zu den wesentlichen Bilanzposten des Konzerns bzw. der Bank, die auf die Zinssatzentwicklung auf dem Interbankenmarkt empfindlich reagieren, zählen Bauspareinlagen, Bauspardarlehen sowie aktive und passive Finanzmarktinstrumente. Da es sich um Zinsinstrumente handelt, ist mit ihnen auch das Zinsrisiko verbunden. Dieses Risiko kann nicht völlig eliminiert werden, da es sich aus dem Charakter der Banktätigkeit ergibt. Das Ziel der Zinsrisikosteuerung ist die Minimierung der Auswirkung einer etwaigen negativen Entwicklung der Zinssätze auf die Rentabilität des Konzerns bzw. der Bank.

Nach der erteilten Lizenz ist der Konzern bzw. die Bank nicht berechtigt, Derivate zu verwenden und mit ihnen zu handeln. Aufgrund dieser Tatsache sind die Möglichkeiten zur Absicherung gegen den Einfluss von Änderungen der Marktzinssätze begrenzt.

Durch feste Zinssätze für Bauspareinlagen (3%, 2% bzw. 0,1%) und für Bauspardarlehen (6%, 4,7% bzw. 2,9%) ist jedoch der bedeutende Teil des Zinsrisikos eliminiert, das sich aus Änderungen der Zinsgeldflüsse infolge der Änderungen der Marktzinssätze ergibt.

Zinssätze für Zwischenfinanzierungsdarlehen hängen ebenfalls von der Entwicklung der Zinssätze auf dem Interbankenmarkt ab. Zur rechtzeitigen Identifizierung, Überwachung, Messung, Minimierung und Kontrolle des Zinsrisikos wird die Methode der GAP-Analyse und zur Berechnung des konkreten Werts des Zinsrisikos die Methode der Standardabweichungen verwendet. Vierteljährig werden Stresstests durchgeführt, die als Vorbeugung gegen außerordentliche negative Einflüsse auf das finanzielle Wohlergehen des Konzerns bzw. der Bank dienen. Daneben wird

die Auswirkung verschiedener Szenarios einer voraussichtlichen Entwicklung der Zinssätze auf das Zinsergebnis und die Rentabilitätsindikatoren im mittel- und langfristigen Horizont ermittelt. Aufgrund dieser Auswertung werden Maßnahmen zur Verminderung negativer Auswirkungen des Zinsrisikos im Rahmen der Möglichkeiten, welche die erteilte Banklizenz zulässt, vorgeschlagen und getroffen. Die Effektivität des Systems zur Steuerung des Zinsrisikos im Konzern bzw. in der Bank wird regelmäßig durch Vergleich der voraussichtlichen Entwicklung mit der Wirklichkeit (Rücktests) ausgewertet.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um 100 Punkte (um 1%) zum 31. Dezember 2010 würde zur Änderung des ausgewiesenen Jahresergebnisses nach Steuern um EUR 2,24 Mio. (zum 31. Dezember 2009: um EUR 1,5 Mio.) führen. Die Auswirkung auf das Eigenkapital würde aus der Auswirkung auf den Gewinn und der Auswirkung auf die Bewertungsdifferenz aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren resultieren, und der Wert des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2010 würde sich um EUR 0,57 Mio. (zum 31. Dezember 2009: um EUR 0,2 Mio.) ändern. Die Auswirkung auf das Eigenkapital unterscheidet sich von der Auswirkung auf den Gewinn wegen der Auswirkung der Änderung des Marktzinssatzes auf die Neubewertung der Portfolios der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere, die innerhalb des sonstigen Gesamtergebnisses in der Gesamtergebnisrechnung gebucht wird.

Die Zinsempfindlichkeit der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird regelmäßig analysiert, wobei deren geschätzte, in mehrere Intervalle aufgliederte Restlaufzeit berücksichtigt wird, die als eines der Instrumente bei der Steuerung des Zinsrisikos dient. Die Analyse wird der Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank vorgelegt.

Die folgende Tabelle zeigt die Effektivzinssätze der monetären Finanzinstrumente:

EFFEKTIVZINSSATZ (in %)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Aktiva				
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	0,25	0,25	0,25	0,25
Forderungen an Banken	0,85	0,87	0,47	0,47
Darlehen an Kunden	6,25	6,25	6,31	6,31
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere	3,83	3,83	4,29	4,29
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	3,33	3,33	5,57	5,57
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	0,90	0,90	1,03	1,03
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2,44	2,44	2,47	2,47
Emittierte Schuldverschreibungen	4,99	4,99	4,99	4,99

b) Währungsrisiko

Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich die in Fremdwährung geführten Aktiva auf EUR 3 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 2 Tsd.). Zum Bilanzstichtag, unverändert zum Vorjahr, hatte der Konzern bzw. die Bank keine in Fremdwährung geführten Passiva. Daher unterliegt der Konzern bzw. die Bank weder zum 31. Dezember 2010 noch zum 31. Dezember 2009 einem bedeutenden Währungsrisiko.

(42) LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko spiegelt die Möglichkeit wider, dass der Konzern bzw. die Bank die Fähigkeit verliert, seinen/ihren Verbindlichkeiten bei deren Fälligkeit nachzukommen.

Die Liquiditätssteuerung umfasst sämtliche Tätigkeiten, die mit dem Ziel realisiert werden, wesentliche und unerwartete Überschüsse bzw. Mangel an Geldmitteln zu vermeiden und dabei die erforderliche wirtschaftliche Effektivität zu garantieren. Zu den grundlegenden Zielen der Liquiditätssteuerung zählen:

- Minimierung des Liquiditätsrisikos, d.h. Sicherstellung der dauerhaften Fähigkeit, finanzielle Verpflichtungen ordentlich und rechtzeitig zu erfüllen,
- im Zusammenhang mit der Sicherstellung des geforderten Liquiditätsflusses, Minimierung der Verluste bei Umwandlung der nicht finanziellen Aktiva in die Geldmittel bzw. Vermeidung von unnötigen Aufwendungen für die Einholung von zusätzlichen Geldmitteln,
- Sicherstellung der Einhaltung der von der NBS festgesetzten Regelungen und Liquiditätskennziffern, und
- Sicherstellung der Einhaltung interner Regelungen und Limits.

Das Liquiditätsrisiko stellt für den Konzern bzw. die Bank ein bedeutendes Risiko dar, auf dessen Steuerung angemessene Aufmerksamkeit gerichtet wird. Obwohl ein Ziel der Liquiditätssteuerung die Verringerung des Liquiditätsrisikos ist, sind Liquiditätssteuerung und Steuerung des Liquiditätsrisikos zwei organisatorisch getrennte Tätigkeiten.

Folgende wesentliche Prinzipien gelten für die Steuerung des Liquiditätsrisikos im Konzern bzw. in der Bank:

- regelmäßige Unterrichtung des Vorstands über die Entwicklung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos,
- regelmäßige Überwachung, Messung und Auswertung des Liquiditätsrisikos. Zu diesem Zweck werden im Wesentlichen folgende Instrumente verwendet: Liquiditätspläne, Analyse der Fälligkeit der Aktiva und Passiva, regelmäßige Meldungen und System von internen Limits. Die begründete Anwendung einzelner Instrumente wird überprüft und bei Bedarf werden diese neuen Anforderungen zeitnah angepasst.
- Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses sowohl im Rahmen der Organisationsstruktur des Konzerns bzw. der Bank als auch zwischen dem Konzern bzw. der Bank und anderen Subjekten (Finanzmarkt, die NBS, Aktionäre, usw.) zur Steuerung der Liquidität und des Liquiditätsrisikos,
- Aufrechterhaltung einer solchen Struktur von Aktiva und Passiva, die den Liquiditätsanforderungen entspricht,
- Erstellung eines langfristigen Plans, in den mehrere Szenarios der Entwicklung der Finanzflüsse und der Aktiva und Passiva im langfristigen Horizont eingearbeitet sind,
- Steuerung der Struktur der Aktiva, permanente Aufrechterhaltung des Portfolios von hochliquiden Wertpapieren und Überwachung der Möglichkeiten für die Umwandlung in Geldmittel,
- Berücksichtigung der Anforderungen an das Liquiditätsrisiko bei jeglichen Investitionen in die Finanzinstrumente,
- ständiges Bestreben zur Stabilisierung des wichtigsten Teils der Finanzierungsquellen – der Kundeneinlagen, daneben Sicherstellung des Zugriffs auf zusätzliche Finanzierungsquellen durch Kreditrahmen von anderen Finanzinstituten bzw. Überwachung der Möglichkeiten zur Identifizierung anderer Quellen, sowie
- Erstellung eines Notfallplans zur Identifizierung und Behandlung etwaiger Liquiditätsprobleme (vorübergehende Knappheit an Geldmitteln, Liquiditätskrise). Dieser Plan wird durchlaufend aktualisiert, so dass er jederzeit anwendbar ist und nicht nur die aktuelle Situation innerhalb des Konzerns bzw. der Bank, sondern auch das Geschehen im externen Umfeld (vor allem auf dem Finanzmarkt) widerspiegelt.

Die Hauptwährung, in welcher der größte Teil der Geschäftstätigkeit abgewickelt wird, ist der Euro (EUR). Der Umfang der Geschäfte in Fremdwährungen ist minimal. Der Konzern bzw. die Bank hält es daher für nicht notwendig, sich mit der Liquiditätssteuerung in mehreren Fremdwährungen zu befassen.

Eine wichtige Rolle bei der Liquiditätssteuerung spielt der Planungsprozess. Der Plan als Instrument für die Liquiditätssteuerung wird insbesondere bei der Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität verwendet, dient aber als eine der Unterlagen für die Steuerung der täglichen Liquidität.

Ausgangspunkt für die Steuerung der mittel- bis langfristigen Liquidität ist die voraussichtliche Entwicklung der Aktiva und Passiva sowie der jährlichen Geldflüsse. Er basiert einerseits auf dem voraussichtlichen Verhalten der Bausparer bei der Einzahlung ihrer Einlagen und der Rückzahlung der Darlehen und andererseits auf den voraussichtlichen Ansprüchen der Kunden sowohl auf die Zuteilung und nachfolgende Gewährung von Darlehen als auch auf die Einlagenabhebung. Das Ziel der Liquiditätssteuerung auf dieser Ebene ist es, künftige Finanzflüsse optimal zu planen – und zwar sowohl die Platzierung freier Geldmittel unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Möglichkeiten des Finanzmarktes ohne Erfordernis eines größeren Verkaufs der Aktiva, als auch die Nutzung potenzieller Fremdmittel. Mehrere Szenarios für mittel- und langfristige Pläne werden erstellt.

Im laufenden Geschäftsjahr wird der jährliche Liquiditätsplan erstellt und aktualisiert, der monatliche bzw. wöchentliche Geldflüsse enthält. In diesem Plan werden die erwarteten Geldflüsse unter Berücksichtigung ihrer üblichen Struktur im Rahmen des Berichtszeitraums sowie auf Basis der Daten aus dem Kundeninformationssystem ermittelt. Damit wird der Liquiditätsplan zum wichtigen Ausgangspunkt für die Steuerung der täglichen Liquidität.

Zur Messung und Überwachung der tatsächlichen Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln bzw. zur Ermittlung des Geldflussergebnisses in festgelegten Zeitabständen wird die Methode der Analyse der Restlaufzeit der Aktiva und Passiva verwendet. Einzelne Posten der Bilanzaktiva sowie der unter der Bilanz stehenden Aktiva werden auswählbaren Zeitabständen nach deren aktueller bzw. geschätzter Restlaufzeit zugeordnet. Bei dieser Methode werden die aus dem Liquiditätsplan resultierenden Zunahmen und Abnahmen von Geldmitteln nicht berücksichtigt. Aus der Differenz zwischen den Aktiva und Passiva in einzelnen Zeitabständen kann eine Übersicht über die bilanzielle und bilanzneutrale Position des Konzerns bzw. der Bank im Bereich der Liquidität gewonnen werden.

Für Zwecke der Liquiditätssteuerung werden einzelne Posten der Aktiva und Passiva in Gruppen untergliedert – Aktiva nach dem Grad ihrer Liquidität und Passiva nach dem Grad ihrer Stabilität, d.h. ihrer Herkunft.

Die folgenden Tabellen zeigen die Restlaufzeit der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Konzerns bzw. der Bank. Sie wurden auf Basis der nicht abgezinsten Geldflüsse von finanziellen Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung

der baldmöglichsten Termine, wenn die Begleichung dieser Verbindlichkeiten vom Konzern bzw. von der Bank gefordert werden kann, erstellt. Die Tabellen enthalten Geldflüsse aus Zinsen und dem Nominalbetrag der finanziellen Verpflichtungen. Die finanziellen Vermögenswerte sind in den Tabellen auf Basis ihrer abgezinsten Buchwerte analysiert.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	-	-	-	444
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	-	81.226	-	-	83.193
Forderungen an Banken	40.360	56.045	-	-	-	-	96.405
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	39.977	1.056	2.163	24.375	69.945	-	137.516
Bauspardarlehen	11.670	14.121	61.178	227.061	45.336	-1.951 ²	357.415
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	-	-	-	2.448
Zwischenfinanzierungsdarlehen	69.962	14.587	92.053	426.502	774.572	-2.029 ²	1.375.647
Sonstige Darlehen	15	32	134	284	3	-	468
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	499	-	-	-	-	1.855	2.354
Vertragliche Restlaufzeit	166.156	87.027	155.528	759.448	889.856	-1.976	2.056.039
Erwartete Restlaufzeit¹	169.591	94.789	193.189	724.575	875.871	-1.976	2.056.039

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.302	-	-	-	-	-	2.302
Ermittelte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074
Spareinlagen der Kunden	19.323	1.537.863	58.044	170.171	30.115	-	1.815.516
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.102	-	-	-	-	313	4.415
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	4.112	405	-	789	-	28	5.334
Darlehenszusagen	73.143	-	-	-	-	-	73.143
Vertragliche Restlaufzeit	102.982	1.538.268	59.671	207.407	30.115	341	1.938.784
Erwartete Restlaufzeit¹	65.149	86.433	299.068	962.724	506.661	341	1.920.376

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	-	-	-	-	-	444
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	781	1.186	-	81.226	-	-	83.193
Forderungen an Banken	39.104	56.045	-	-	-	-	95.149
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	39.977	1.056	2.163	24.375	69.945	-	137.516
Bauspardarlehen	11.670	14.121	61.178	227.061	45.336	-1.951 ²	357.415
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	2.448	-	-	-	-	-	2.448
Zwischenfinanzierungsdarlehen	69.962	14.587	92.053	426.502	774.572	-2.029 ²	1.375.647
Sonstige Darlehen	15	32	134	284	3	-	468
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	316	-	-	-	-	1.855	2.171
Vertragliche Restlaufzeit	164.717	87.027	155.528	759.448	889.856	-1.976	2.054.600
Erwartete Restlaufzeit¹	168.152	94.789	193.189	724.575	875.871	-1.976	2.054.600

¹ Abgezinsten Wert laut der individuellen Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.302	-	-	-	-	-	2.302
Ermittelte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074
Spareinlagen der Kunden	19.323	1.537.863	58.044	170.171	30.115	-	1.815.516
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.102	-	-	-	-	313	4.415
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	4.128	405	-	789	-	28	5.350
Darlehenszusagen	73.143	-	-	-	-	-	73.143
Vertragliche Restlaufzeit	102.998	1.538.268	59.671	207.407	30.115	341	1.938.800
Erwartete Restlaufzeit¹	65.165	86.433	299.068	962.724	506.661	341	1.920.392

¹ Abgezinsten Wert laut der individuellen Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	≤ 1	>1 Monat	>3 Monate	>1 Jahr	> 5	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
	Monat	≤ 3 Monate	≤ 1 Jahr	≤ 5 Jahre	Jahre		
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	6.445	-	-	-	-	-	6.445
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	782	969	-	52.037	-	-	53.788
Forderungen an Banken	61.257	50.010	-	-	-	-	111.267
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	24.865	28.254	23.446	19.991	-	96.556
Bauspardarlehen	12.359	14.550	63.755	232.509	49.060	-1.245 ²	370.988
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	4.160	-	2.571	-	-	-16 ²	6.715
Zwischenfinanzierungsdarlehen	77.344	6.390	65.997	497.685	643.865	-4.393 ²	1.286.888
Sonstige Darlehen	59	33	127	271	4	-	494
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	230	-	-	-	-	1.088	1.318
Vertragliche Restlaufzeit	162.636	96.817	160.704	805.948	712.920	-4.417	1.934.608
Erwartete Restlaufzeit¹	166.009	104.400	197.105	772.281	699.229	-4.416	1.934.608

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	≤ 1 Monat	>1 Monat	>3 Monate	>1 Jahr	> 5	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
		≤ 3 Monate	≤ 1 Jahr	≤ 5 Jahre	Jahre		
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	4.002	2.344	-	-	-	-	6.346
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074
Spareinlagen der Kunden	31.468	1.361.736	59.715	210.262	24.138	-	1.687.319
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.345	-	-	-	-	1.798	5.143
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	4.542	589	-	1.005	-	17	6.153
Darlehenszusagen	68.314	-	-	-	-	-	68.314
Vertragliche Restlaufzeit	111.671	1.364.669	61.342	247.714	24.138	1.815	1.811.349
Erwartete Restlaufzeit¹	67.587	90.616	343.285	1.052.283	237.370	1.815	1.792.956

¹ Abgezinsten Wert laut der konsolidierten Bilanz

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERMÖGENSWERTE DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
(in Tsd. EUR)							
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	6.445	-	-	-	-	-	6.445
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Staatsanleihen	782	969	-	52.037	-	-	53.788
Forderungen an Banken	58.284	50.010	-	-	-	-	108.294
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Wertpapiere	-	24.865	28.254	23.446	19.991	-	96.556
Bauspardarlehen	12.359	14.550	63.755	232.509	49.060	-1.245 ²	370.988
Aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds finanzierte Darlehen für Bauzwecke	6.233	-	2.571	-	-	-16 ²	8.788
Zwischenfinanzierungsdarlehen	77.344	6.390	65.997	497.685	643.865	-4.393 ²	1.286.888
Sonstige Darlehen	59	33	127	271	4	-	494
Zu Anschaffungskosten bewertete Aktien	-	-	-	-	-	149	149
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	230	-	-	-	-	1.088	1.318
Vertragliche Restlaufzeit	161.736	96.817	160.704	805.948	712.920	-4.417	1.933.708
Erwartete Restlaufzeit¹	165.109	104.400	197.105	772.281	699.229	-4.416	1.933.708

¹ Abgezinsten Wert laut der individuellen Bilanz

² Der Betrag mit unbestimmter Fälligkeit stellt zeitlich abgegrenzte Gebühren und Provisionen dar.

LIQUIDITÄTSRISIKO DER FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009	≤ 1 Monat	>1 Monat ≤ 3 Monate	>3 Monate ≤ 1 Jahr	>1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre	Unbestimmte Fälligkeit	Summe
(in Tsd. EUR)							
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	4.002	2.344	-	-	-	-	6.346
Emittierte Schuldverschreibungen	-	-	1.627	36.447	-	-	38.074
Spareinlagen der Kunden	31.468	1.361.736	59.715	210.262	24.138	-	1.687.319
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.345	-	-	-	-	1.798	5.143
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	4.540	589	-	1.005	-	17	6.151
Darlehenszusagen	68.314	-	-	-	-	-	68.314
Vertragliche Restlaufzeit	111.669	1.364.669	61.342	247.714	24.138	1.815	1.811.347
Erwartete Restlaufzeit¹	67.585	90.616	343.285	1.052.283	237.370	1.815	1.792.954

¹ Abgezinsten Wert laut der individuellen Bilanz

(43) FINANZINSTRUMENTE – KREDITRISIKO

a) Strategie zur Steuerung des Kreditrisikos

Der Konzern bzw. die Bank hat eine Kreditrisikosteuerungsstrategie ausgearbeitet, die vor allem folgende Informationen enthält:

- eine umfängliche Definition des Risikos,
- das zu tolerierende Risikoausmaß,
- erwartete Konsequenzen aus der Tatsache, dass sich der Konzern bzw. die Bank dem tolerierten Risikoausmaß aussetzt,
- Grundsätze für die Auswahl der Methode zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Risikos,
- Typen von Limits, welche der Konzern bzw. die Bank verwendet, und Grundsätze für die Auswahl und Festlegung anderer Limits,
- das Volumen des zur Deckung des Risikos bestimmten wirtschaftlichen Kapitals und Grundsätze für die Ermittlung dieses Volumens,
- Grundsätze für die Abwicklung neuer Geschäftsfelder, sowie
- Grundsätze für die Organisierung der Risikosteuerung.

Grundlegende Ziele im Bereich der Steuerung des Kreditrisikos:

- Verringerung des Kreditrisikos im Einklang mit der Erfüllung der strategischen Ziele durch die Entwicklung eines Systems zur Steuerung des Kreditrisikos und Verbesserung der Kontrollen im Prozess der Darlehenszuteilung, sowie
- Erfüllung und Einhaltung qualitativer und quantitativer Anforderungen des Standardansatzes zur Steuerung des Kreditrisikos, insbesondere Einhaltung der personellen und organisatorischen Trennung der mit dem Abschluss und der Abwicklung von Kreditgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos verbunden sind, sowie die Einhaltung von Regelungen zur Ermittlung der Kapitalangemessenheit in Zusammenhang mit dem Darlehensportfolio.

Entsprechend dem Umfang und der Komplexität seiner/ihrer Tätigkeiten trennt der Konzern bzw. die Bank, sowohl organisatorisch als auch personell, die Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten der zuständigen Abteilungen, um jegliche Interessenkonflikte zu vermeiden; insbesondere ist die Abteilung für den Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten getrennt, die mit deren Abwicklung und mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen.

Die Trennung der Tätigkeiten beim Abschluss von Kreditgeschäften von Tätigkeiten, die mit der Steuerung des Kreditrisikos zusammenhängen, ist bis zur höchstmöglichen Führungsebene sichergestellt.

Bei der Steuerung des Kreditrisikos werden nicht nur die gesetzlichen Limits in diesem Bereich, sondern auch die internen Limits zur Sicherstellung der Qualität und Quantität des Kreditgeschäfts beachtet. Sowohl die gesetzlichen als auch die internen Limits werden monatlich überprüft. Über die Ergebnisse wird die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Vorstand der Bank unterrichtet.

Für Zwecke der Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten und Absicherungen hat der Konzern bzw. die Bank mehrere interne Vorschriften ausgearbeitet, die regelmäßig aktualisiert werden.

b) Prozesse bei der Steuerung des Kreditrisikos

Der Abschluss von Kreditgeschäften mit Kunden wird von den zuständigen Abteilungen nach der aktuellen Kompetenzordnung abgewickelt.

Der Konzern bzw. die Bank hat ein System für den Abschluss von Kreditgeschäften ausgearbeitet. Die ausgeübten Tätigkeiten stehen im Einklang mit der genehmigten Strategie der Steuerung des Kreditrisikos und der ausgewählten Methode der Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos.

Das System für den Abschluss von Kreditgeschäften ist zwecks Steuerung des Kreditrisikos durch entsprechende interne Regelungen und Arbeitsvorgänge der zuständigen Abteilungen definiert und umfasst im Wesentlichen:

- a) die Spezifizierung von Ländern und Währungen, geographischen Gebieten, Industriezweigen und Vertragsparteien, mit denen Kreditgeschäfte abgewickelt werden können, sowie
- b) die Regelungen zur Genehmigung von Kreditgeschäften, die insbesondere Folgendes enthalten:
 - i. Untersuchung des Zwecks des abzuschließenden Geschäfts,
 - ii. Analyse der Finanzlage des Kunden vor Geschäftsabschluss und während der Laufzeit des Geschäfts,
 - iii. Analyse des Industriezweiges des Kunden und seine Position innerhalb dieses Industriezweiges,
 - iv. Beurteilung der Qualität, Angemessenheit und Vollstreckbarkeit der Absicherung,
 - v. Analyse der Quellen für die Darlehenstilgung,
 - vi. Festlegung von Bedingungen für den Geschäftsabschluss und für die Tilgung der Forderung, die durch den Geschäftsabschluss entsteht,
 - vii. Regelungen über die Änderung der vereinbarten Geschäftsbedingungen,
 - viii. Anforderungen an die Vorlage der Unterlagen durch Kunden je nach Geschäftsart und Typ der Vertragspartei,
 - ix. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit Personen mit Sonderstatus gegenüber dem Konzern bzw. der Bank und über die Identifizierung einer solchen Beziehung, sowie
 - x. Regelungen über die Abwicklung von Geschäften mit wirtschaftlich verbundenen Kundengruppen und über die Identifizierung solcher Gruppen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften erfolgt durch zuständige Abteilungen, die personell und organisatorisch von jenen Abteilungen getrennt sind, die sich am Abschluss dieser Kreditgeschäfte in der in der aktuellen Kompetenzordnung angeführten Art und Weise beteiligen.

Die Abwicklung von Kreditgeschäften ist in den entsprechenden internen Richtlinien und Arbeitsvorgängen des Fachbereichs Kundenbetreuung sowie des Fachbereichs Betreuung juristischer Personen definiert; darunter werden insbesondere folgende Tätigkeiten verstanden:

- Kontrolle der formellen Dokumentation des abgeschlossenen Geschäfts,
- Kontrolle der Erfüllung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der zugeteilten Geldmittel,

- Inanspruchnahme des Darlehens,
- Ausstellung der Buchungsbelege und Erfassung des Geschäfts (erfolgt voll automatisch),
- Erstellung und Führung der Vertragsdokumentation nach Geschäftsabschluss, und
- Überwachung der Erfüllung der Vertragsbedingungen.

Die Steuerung des Kreditrisikos aus Kreditgeschäften umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

- Genehmigung der Limits für Geschäfte, welche den Konzern bzw. die Bank dem Kreditrisiko aussetzen, und Kontrolle ihrer Einhaltung,
- Analyse der Finanzlage des Kunden oder der Vertragspartei – für die Klassifizierung der Forderungen erforderlich,
- Genehmigung der Methoden und Vorgänge zur Steuerung des Kreditrisikos,
- Klassifizierung und Bewertung von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Absicherungen,
- Ermittlung von Quellen zur Deckung des identifizierten Kreditrisikos und der voraussichtlichen Verluste,
- Eintreibung der nicht getilgten Forderungen,
- Identifizierung, Messung, Überwachung und Minimierung des Kreditrisikos, sowie
- Verarbeitung und Erteilung von Auskünften über das Kreditrisiko für Zwecke der Steuerung und Beschlussfassung.

c) Konzentration des Kreditrisikos

Eine Konzentration des Kreditrisikos entsteht, wenn Darlehensforderungen mit ähnlichen wirtschaftlichen Merkmalen bestehen, welche die Fähigkeit des Schuldners beeinflussen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Als bedeutendes Kreditengagement betrachtet der Konzern bzw. die Bank eine Forderung gegen Schuldner bzw. eine wirtschaftlich verbundene Gruppe von Schuldnern, die 10% ihrer Eigenmittel übersteigt.

Nach dem slowakischen Bausparggesetz (Gesetz Nr. 310/1992 GBl. in der geltenden Fassung) kann ein Bauspardarlehen nur folgenden Bausparern eingeräumt werden:

- natürlichen Personen mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei,
- juristischen Personen mit Sitz in der Slowakei oder natürlichen Personen – Unternehmern mit ständigem Wohnsitz in der Slowakei.

Daraus ergibt sich eindeutig, dass der Konzern bzw. die Bank seine/ihre Geschäftstätigkeit ausschließlich auf dem Gebiet der Slowakei ausübt. Die Tätigkeit ist auf die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Darlehen für Bauzwecke und auf die Beratungstätigkeit hinsichtlich des Bausparens ausgerichtet. Andere Banktätigkeiten werden nur in minimalem Umfang ausgeübt. Damit ist das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Ländern und Bereichen eliminiert. Das Risiko der Konzentration des Kreditrisikos nach Schuldnern ist durch die festgelegten Limits des Konzerns bzw. der Bank auf ein Minimum reduziert.

Neben gesetzlichen Regelungen ist die Konzentration des Kreditrisikos ebenfalls durch interne Limits über die maximale Höhe der Risikoaussetzung gegenüber einem individuellen Schuldner begrenzt; diese Limits werden regelmäßig aktualisiert und neu beurteilt.

Zum Abschlussstichtag hat der Konzern bzw. die Bank eine bedeutende Konzentration des Kreditrisikos weder gegenüber einem einzelnen Schuldner noch einer wirtschaftlich verbundenen Gruppe von Schuldnern gehabt.

d) Eingeleitete Maßnahmen aufgrund der Analyse des Darlehensportfolios

Aufgrund der Erfahrungen aus der bisherigen Erfüllung der Verpflichtungen der Darlehensschuldner werden folgende Maßnahmen eingeleitet und realisiert:

- intensivere Untersuchung einzelner Darlehensabsicherungsarten,
- verschiedene Zinssätze bei den Zwischenfinanzierungsdarlehen je nach den Absicherungsarten,
- Änderungen in den Bedingungen für die Darlehensgewährung, die auf die Beschränkung der Zugänglichkeit zu Darlehen mit günstigen Bedingungen für Kunden mit risikoreichen Charakteristiken gerichtet sind.

e) Grundsätze und Verfahren des Konzerns bzw. der Bank bei der Forderungseintreibung gegenüber Schuldnern

Bei der Forderungseintreibung richtet sich der Konzern bzw. die Bank nach folgenden Kriterien bzw. Grundsätzen:

- Effektivität der Forderungseintreibung,
- individuelle Beurteilung jedes einzelnen Eintreibungsfalls,
- Eliminierung der ausgefallenen Forderungen durch eine rechtzeitige Durchführung der notwendigen, mit der Forderungseintreibung zusammenhängenden Schritte, Eintreibung ohne unnötigen Verzug,
- Auswahl der richtigen Art der Forderungseintreibung,
- Forderungseintreibung im Einklang mit der geltenden slowakischen Rechtsordnung, sowie

- Nutzung der Möglichkeit der Fremdvergabe (Outsourcing) und der Veräußerung von uneinbringlichen Forderungen mit Schwerpunkt auf maximale Rentabilität.

Der Konzern bzw. die Bank löst die Fälle durch Eintreibung, in denen Schuldner auf die Aufforderungen zur Begleichung des Darlehensrestbetrags aufgrund des Tilgungsverzugs oder einer anderen Verletzung der Darlehensvertragsbedingungen nicht reagieren und die fälligen restlichen Beträge in der ihnen zur Verfügung gestellten Zeit nicht zurückzahlen. Dabei werden folgende Methoden verwendet:

Außerordentlicher Tilgungsplan außerhalb eines Gerichtsverfahrens bzw. einer Zwangseintreibung

Wenn unmittelbar nach dem Rücktritt vom Darlehensvertrag bzw. nach der Versendung der Aufforderung zur sofortigen Rückzahlung der fälligen Darlehensmittel der Schuldner den Willen äußert, den Vertrag zu erfüllen, aber seine finanzielle Situation es ihm nicht ermöglicht, diese Summe auf einmal zu bezahlen, kann auf Antrag des Schuldners ein außerordentlicher Tilgungsplan erstellt werden. Falls er diesen neuen Tilgungsplan nicht einhält, wird der Konzern bzw. die Bank von ihm zurücktreten und seine/ihre Forderung beim Gericht bzw. durch Zwangsvollstreckung eintreiben oder den Absicherungswechsel geltend machen.

Gerichtsverfahren

Der Konzern bzw. die Bank geht nur dann zum Gericht, wenn dem Schuldner der außerordentliche Tilgungsplan nicht bewilligt wurde und keine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel bzw. kein Blanko-Wechsel vorhanden ist. In diesem Fall wird an das zuständige Gericht ein Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehls gesendet. Der Konzern bzw. die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Bei einigen Gerichtsverfahren lässt er/sie sich durch Anwälte vertreten.

Absicherungswechsel

Falls nach Rücktritt vom Darlehensvertrag der Kunde die Forderung nicht befriedigt und das Darlehen durch einen Blanko-Wechsel abgesichert ist, wird der leere Wechsel ausgefüllt. In der Mitteilung über die Ausfüllung des Wechsels wird der Kunden aufgefordert, den Wechselbetrag zu bezahlen; hierbei wird die Höhe der Schuld, Ort und Zeit der Leistung angegeben.

Wechselprozess

Falls der Kunde den Wechselbetrag innerhalb der festgelegten Frist nicht bezahlt, macht der Konzern bzw. die Bank seinen/ihren Anspruch durch Einreichung des Antrags auf die Ausstellung eines Wechselzahlungsbefehls beim örtlich und sachlich zuständigen Gericht geltend. Der Konzern bzw. die Bank erstellt die Klageschrift selbst. Ein rechtsgültiger Wechselzahlungsbefehl ist ein Vollstreckungstitel für das Vollstreckungsverfahren.

Versuch einer außergerichtlichen Schlichtung

In Ausnahmefällen, nach dem Inkrafttreten der Gerichtsentscheidung, wenn es aufgrund des Verlaufs des Gerichtsverfahrens wahrscheinlich ist, dass die Forderung auch ohne Zwangsvollstreckung zurückgezahlt wird, kann der Konzern bzw. die Bank den Schuldner zu einer außergerichtlichen Einigung auffordern. Wenn der Schuldner einwilligt, kann ein Sondertilgungsplan schriftlich vereinbart werden.

Zwangsvollstreckungsverfahren

Der Konzern bzw. die Bank führt eine Forderungseintreibung durch Gerichtsvollzieher nach der Vollstreckungsordnung durch. Ein Antrag auf eine Zwangsvollstreckung wird gestellt, wenn eine gerichtliche Entscheidung zugunsten des Konzerns bzw. der Bank rechtskräftig und durchführbar ist bzw. wenn im gegebenen Fall, im Einklang mit der slowakischen Rechtsordnung, eine notarielle Niederschrift als Vollstreckungstitel vorhanden ist.

Freiwillige Versteigerung

Seit 2004 wird die Forderungseintreibung durch einen Versteigerer nach dem Gesetz über freiwillige Versteigerungen durchgeführt. Dieses Verfahren wird bei fälligen, durch Pfandrecht zugunsten des Konzerns bzw. der Bank abgesicherten Forderungen angewandt. Die Versteigerung erfolgt aufgrund des zwischen dem Konzern bzw. der Bank und dem Versteigerer abgeschlossenen Vertrags über deren Vollzug, der die vom Gesetz geforderten Bedingungen erfüllen muss. Der Zeitpunkt der Versteigerung muss im zentralen notariellen Versteigerungsregister veröffentlicht werden.

Fremdvergabe (Outsourcing)

Seit Mai 2005 werden externe Dienstleister bei der Eintreibung von Forderungen aus gewährten Darlehen genutzt, wobei die methodische Regelung Nr. 6/2004 der NBS zur Nutzung von externen Dienstleistern durch Banken befolgt wird. Die zum Erhalt der Forderungen von Schuldnern führenden Tätigkeiten werden im Namen und auf Rechnung des Konzerns bzw. der Bank von fremden Dritten – Mandataren – auf Basis von Mandatsverträgen ausgeübt. Den Inhalt ihrer Arbeit bilden systematische schriftliche und telefonische Aufforderungen der Schuldner zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten, in begründeten Fällen auch persönliche Besuche.

f) Höchstes Kreditrisiko

HÖCHSTES KREDITRISIKO (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Darlehen und andere Forderungen an die NBS	444	444	6.445	6.445
Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere – Staatsanleihen	83.193	83.193	53.788	53.788
Forderungen an Banken	96.405	95.149	111.267	108.294
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Wertpapiere	137.516	137.516	96.556	96.556
Bauspardarlehen	357.415	357.415	370.988	370.988
Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	2.448	2.448	6.715	8.788
Zwischenfinanzierungsdarlehen	1.375.647	1.375.647	1.286.888	1.286.888
Sonstige Darlehen	468	468	494	494
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	2.354	2.171	1.318	1.318
Darlehenszusagen	73.143	73.143	68.314	68.314
Summe	2.129.033	2.127.594	2.002.773	2.001.873

Neben den obigen Darlehenszusagen führt der Konzern bzw. die Bank in seinen/ihren Geschäftsbüchern auch eventuelle Darlehenszusagen (siehe Abschnitt (40)).

g) Darlehensqualität von finanziellen Vermögenswerten

DARLEHEN AN KUNDEN NACH FÄLLIGKEIT UND WERTMINDERUNG (in Tsd. EUR)	2010		2009	
	Konzern	Bank	Konzern	Bank
Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen	1.619.844	1.619.844	1.534.082	1.536.155
Überfällige, jedoch nicht wertgeminderte Darlehen	41.627	41.627	54.839	54.839
Wertgeminderte Darlehen	131.637	131.637	127.693	127.693
Summe Darlehen – brutto	1.793.108	1.793.108	1.716.614	1.718.687
Wertberichtigungen auf Darlehen	-57.130	-57.130	-51.529	-51.529
Summe Darlehen – netto	1.735.978	1.735.978	1.665.085	1.667.158

ga) Noch nicht fällige und nicht wertgeminderte Darlehen

Die Geschäftsleitung des Konzerns bzw. der Bank ist überzeugt, dass die Analyse der Absicherungsart eine relevante Übersicht über die Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten Forderungen aus Darlehen gibt:

QUALITÄT DES DARLEHENS-PORTFOLIOS DES KONZERNS UND DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	1	-	271.527	-	271.528
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	4.555	-	76.511	-	81.066
Pfandrecht an einer Immobilie	46.199	-	348.410	9	394.618
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	190.949	-	291.588	351	482.888
Nicht abgesichert	105.481	-	284.164	99	389.744
Summe	347.185	-	1.272.200	459	1.619.844

Die Höhe der in 2010 umstrukturierten Forderungen aus Darlehen beträgt EUR 19.717 Tsd.

QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KONZERNS ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	276.551	-	276.551
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	4.643	929	64.354	-	69.926
Pfandrecht an einer Immobilie	46.112	769	298.807	-	345.688
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	199.457	-	378.407	-	577.864
Nicht abgesichert	104.071	613	158.873	496	264.053
Summe	354.283	2.311	1.176.992	496	1.534.082

Die Höhe der in 2009 umstrukturierten Forderungen aus Darlehen beträgt EUR 22.418 Tsd.

QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	276.551	-	276.551
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	4.643	929	64.354	-	69.926
Pfandrecht an einer Immobilie	46.112	2.842	298.807	-	347.761
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	199.457	-	378.407	-	577.864
Nicht abgesichert	104.071	613	158.873	496	264.053
Summe	354.283	4.384	1.176.992	496	1.536.155

Die Höhe der in 2009 umstrukturierten Forderungen aus Darlehen beträgt EUR 22.418 Tsd.

Kreditqualität der noch nicht fälligen und nicht wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte, mit Ausnahme von Forderungen aus Darlehen an Kunden:

	2010				2009			
	Konzern		Bank		Konzern		Bank	
	in Tsd. EUR	Rating						
Forderungen an Banken, davon:								
Kontokorrentkonten – SLSP, a.s.	1.644	F1	1.089	F1	3.291	F1	639	F1
Kontokorrentkonten – Tatra banka, a.s.	791	P1	90	P1	453	P1	132	P1
Kontokorrentkonten – Poštová banka, a.s.	281	-	281	-	468	-	468	-
Termineinlagen – NBS	437	* ¹	437	* ¹	6.434	* ¹	6.434	* ¹
Termineinlagen – SLSP, a.s.	20.001	F1	20.001	F1	30.005	F1	30.005	F1
Termineinlagen – Tatra banka, a.s.	69	P1	69	P1	37	P1	37	P1
Termineinlagen – VÚB, a.s.	-	-	-	-	15.001	P1	15.001	P1
Termineinlagen – OTP Banka Slovensko, a.s.	-	-	-	-	10.004	P3	10.004	P3
Termineinlagen – VOLKSBANK Slovensko, a.s.	-	-	-	-	5.000	F2	5.000	F2
Termineinlagen – ČSOB, a.s.	10.004	P2	10.004	P2	20.011	P2	20.011	P2
Termineinlagen – VOLKSBANK ČR	20.032	-	20.032	-	10.000	-	10.000	-
Termineinlagen – ING Bank N.V., p.z.b.	11.005	P1	11.005	P1	10.002	P1	10.002	P1
Termineinlagen – Dexia banka Slovensko a.s.	5.002	-	5.002	-	5.000	-	5.000	-
Termineinlagen – Poštová banka, a.s.	15.500	-	15.500	-	-	-	-	-
Termineinlagen – ČSOB Tschechien	10.003	P1	10.003	P1	-	-	-	-
Sonstige Forderungen an Banken, kurz nach Ende der Berichtsperiode bezahlt (siehe Abschnitt (9))	2.073	* ²	2.073	* ²	1.994	-	1.994	* ²
Zur Veräußerung verfügbare Staatsanleihen	83.193	A1	83.193	A1	53.788	A1	53.788	A1
Bis zur Engfälligkeit zu haltende Staatsanleihen	97.539	A1	97.539	A1	96.556	A1	96.556	A1
Bis zur Engfälligkeit zu haltende Schatzscheine	39.977	A1	39.977	A1	-	-	-	-
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	2.354	ohne Rating	2.171	ohne Rating	1.318	ohne Rating	1.318	ohne Rating

Die angeführten Bewertungen entsprechen den Kategorien der Rating-Agenturen Fitch Ratings Ltd. und Moody's.

*1 Die Risikoaussetzungen gegenüber der NBS unterliegen keinem Kreditrisiko.

*2 Nicht analysierte Forderungen aus den zum 31. Dezember 2010 realisierten Kundeneinlagen

gb) Überfällige, jedoch nicht wertgeminderte Darlehen

Zahlungsverzug bei überfälligen, jedoch nicht wertgeminderten Darlehen:

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS UND DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Bauspar-darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen-finanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	5.597	2.324	33.662	-	41.583
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	1	-	-	-	1
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	27	-	16	-	43
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2010	5.625	2.324	33.678	-	41.627

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS UND DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Bauspar-darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen-finanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	7.620	-	42.814	-	50.434
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	-	4.405	-	-	4.405
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig mehr als 360 Tage	-	-	-	-	-
Summe zum 31. Dezember 2010	7.620	4.405	42.814	-	54.839

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert:

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KONZERNS UND DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Bauspar-darlehen	Darlehen an Kunden			Summe
		Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen-finanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	7.219	-	7.219
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	9	929	-	-	938
Pfandrecht an einer Immobilie	1.113	1.395	10.286	-	12.794
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	3.325	-	10.578	-	13.903
Nicht abgesichert	1.178	-	5.595	-	6.773
Summe	5.625	2.324	33.678	-	41.627
Beizulegender Wert der Absicherung*	1.123	2.324	17.505	-	20.952

ÜBERFÄLLIGE, JEDOCH NICHT WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KONZERNS UND DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Bauspar-darlehen	Darlehen an Kunden			Summe
		Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen-finanzierungs-darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	8.410	-	8.410
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	3	3.907	328	-	4.238
Pfandrecht an einer Immobilie	1.158	498	14.351	-	16.007
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	3.426	-	13.725	-	17.151
Nicht abgesichert	3.033	-	6.000	-	9.033
Summe	7.620	4.405	42.814	-	54.839
Beizulegender Wert der Absicherung*	1.162	4.405	23.089	-	28.656

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche der Konzern bzw. die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

gc) Wertgeminderte Darlehen

Der Zahlungsverzug ist wie folgt:

WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR)	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen*	1.475	497	32.092	11	34.075
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	2.186	-	21.824	-	24.010
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	429	-	6.816	-	7.245
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	794	-	11.626	-	12.420
Überfällig mehr als 360 Tage	2.600	-	51.287	-	53.887
Summe zum 31. Dezember 2010	7.484	497	123.645	11	131.637

* In der Kategorie „Überfällig bis zu 30 Tagen“ sind zum 31. Dezember 2010 wertgeminderte Darlehen ausgewiesen, bei denen ein anderer objektiver Nachweis einer Wertminderung als Zahlungsverzug des Schuldners identifiziert wurde.

WERTGEMINDERTE DARLEHEN DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR)	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	Summe
Überfällig bis zu 30 Tagen	-	-	-	-	-
Überfällig zwischen 31 – 90 Tagen	5.827	-	46.137	-	51.964
Überfällig zwischen 91 -180 Tagen	1.067	-	11.901	-	12.968
Überfällig zwischen 181 – 360 Tagen	1.872	-	21.118	-	22.990
Überfällig mehr als 360 Tage	3.230	-	36.540	1	39.771
Summe zum 31. Dezember 2010	11.996	-	115.696	1	127.693

Die Darlehen sind wie folgt abgesichert:

WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSPORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2010 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Bauspar- darlehen	Darlehen an Kunden			Summe
		Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	11.020	-	11.020
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	-	20	-	20
Pfandrecht an einer Immobilie	1.236	396	26.938	-	28.570
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	5.324	-	60.897	11	66.232
Nicht abgesichert	924	101	24.770	-	25.795
Summe	7.484	497	123.645	11	131.637
Beizulegender Wert der Absicherung*	1.238	2.318	37.945	-	41.501

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche der Konzern bzw. die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

WERTGEMINDERTE DARLEHEN – QUALITÄT DES DARLEHENSORTFOLIOS DES KONZERNS BZW. DER BANK ZUM 31. DEZEMBER 2009 (in Tsd. EUR) – nach Absicherung gegliedert	Darlehen an Kunden				Summe
	Bauspar- darlehen	Darlehen für Bauzwecke aus Finanzmitteln außerhalb des Bausparfonds	Zwischen- finanzierungs- darlehen	Sonstige Darlehen	
Eingesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto einschließlich Vinkulierung	-	-	10.909	-	10.909
Bankgarantie einschließlich Vinkulierung	-	-	23	-	23
Pfandrecht an einer Immobilie	1.153	-	23.824	-	24.977
Bürge, Solidaritätsbürgschaft	5.969	-	64.052	-	70.021
Nicht abgesichert	4.874	-	16.888	1	21.763
Summe	11.996	-	115.696	1	127.693
Beizulegender Wert der Absicherung*	1.153	-	34.756	-	35.909

* Der dargestellte beizulegende Zeitwert der Absicherungen setzt sich aus dem beizulegenden Zeitwert der Immobilien, der eingesparten Beträge auf den entsprechenden Sparkonten und den Bankgarantien zusammen. Der Wert der Bürgschaft durch andere Personen ist nicht mit einbezogen, da es praktisch unmöglich war, den beizulegenden Wert einer großen Menge von Bürgschaften, welche der Konzern bzw. die Bank entgegengenommen hat, zu ermitteln.

gd) Bei der Berechnung der Wertberichtigungen angewandte Annahmen

Die durchschnittliche Barwertminderung der Geldzuflüsse aus einzelnen auf Wertminderung getesteten Darlehensportfolien hängt von folgenden Faktoren ab:

- der Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund des identifizierten Wertminderungsindikators die Forderung in der Zukunft eingetrieben wird, sowie
- dem voraussichtlichen Ertrag aus der Absicherung der Forderung.

ZAHLUNGSVERZUG	Wahrscheinlichkeit der Eintreibung in %	
	2010	2009
Von 31 bis zu 90 Tagen	18,8	16,5
Von 91 bis zu 180 Tagen	46,5	41,5
Von 181 bis zu 360 Tagen	77,7	70,3
Über 360 Tage	96,2	93,9

Bei der Berechnung des nicht besicherten Wertes der Forderung aus Darlehen wird vom Wert der gesamten Forderung in festgelegter Reihenfolge der Barwert der geschätzten Geldzuflüsse aus der Realisierung der Besicherungen gemäß der nachfolgenden Tabelle abgezogen.

Reihen- folge	Besicherung der Forderung	Geschätzter Ertrag aus der Besicherung in %	
		2010	2009
1.	Angesparter Betrag auf dem entsprechenden Bausparkonto	100,0	100,0
2.	Vinkulierter Bausparvertrag bei der Bank	100,0	100,0
3.	Bankgarantie	100,0	100,0
4.	Vinkulierte Einlage bei einer anderen Bank	100,0	100,0
5.	Solidaritätsbürgschaft	100,0	100,0
6.	Pfandrecht an einer Immobilie	86,4*	85,5*
7.	Bürgschaft	35,1*	31,2*

* Der Ertragsprozentsatz wird monatlich aufgrund der tatsächlich realisierten Einzüge aus der entsprechenden Absicherungsart aktualisiert. Die angeführten Werte stellen den Stand zum 31. Dezember 2010 dar.

h) Prozesse bei der Steuerung des Kapitals des Konzerns bzw. der Bank

Zum Bilanzstichtag beläuft sich das Kapital des Konzerns auf EUR 210.054 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 213.882 Tsd.) und das Kapital der Bank auf EUR 210.058 Tsd. (zum 31. Dezember 2009: EUR 213.657 Tsd.); es besteht grundsätzlich aus dem gezeichneten Kapital, den Gewinnrücklagen und dem Gewinnvortrag. Diese Posten werden um

immaterielle Vermögenswerte ohne bewertbare Rechte gemindert. Die Bewertungsdifferenz aus der Neubewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere ist ebenfalls im Kapital nicht enthalten.

Die Steuerung der regulativen Anforderung an die Höhe des Kapitals und des internen Kapitalbedarfs zur Deckung von Risiken wird parallel vorgenommen, insbesondere im Anschluss an den mittelfristigen Plan der Kreditstrategie sowie der Planung der Struktur der sonstigen Posten der Aktiva und der Höhe der Fremdmittel.

Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals des Konzerns bzw. der Bank berücksichtigt das Proportionalitätsprinzip, d.h. die Größe des Konzerns bzw. der Bank sowie den Charakter, Umfang und die Komplexität der von ihm/ihr ausgeübten Geschäfts- bzw. Banktätigkeiten. Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil des Risikosteuerungssystems. Sein grundlegendes Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Risikoprofil, dem Steuerungssystem, der Risikoverringerung und dem Kapital des Konzerns bzw. der Bank zu verbessern.

Das System der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals umfasst:

- a) die Strategie zur Steuerung des Volumens des internen Kapitals,
- b) das Verfahren zur Ermittlung der angemessenen Höhe des internen Kapitals, seiner Komponenten und Zuordnung des internen Kapitals zu Risiken, sowie
- c) das System der Aufrechterhaltung des internen Kapitals in der geforderten Höhe.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist Bestandteil der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals. In diesem Prozess werden folgende Schritte unterschiedet:

- a) Identifizierung sämtlicher bedeutender Risiken, denen der Konzern bzw. die Bank ausgesetzt ist oder ausgesetzt werden kann,
- b) Angemessene Beurteilung von Risiken, und
- c) Beurteilung des Bedarfs an internem Kapital.

Der Prozess zur Ermittlung der Angemessenheit des internen Kapitals ist mit der internen Organisation und Steuerung des Konzerns bzw. der Bank (Internal Governance) eng verbunden. Internal Governance umfasst im Wesentlichen die Festlegung der Geschäftsstrategie und der Geschäftsziele, des zu tolerierenden Risikoausmaßes, der Organisationsstruktur, die Verteilung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, die Implementierung zutreffender Informationsflüsse sowie die Steuerung des Systems der internen Revision.

Die Steuerung des Kapitals, sowohl für die Bedürfnisse des Systems und der Strategie zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals als auch für die Berechnung der Angemessenheit des regulativen Kapitals, ist ein wesentlicher Bestandteil des mittelfristigen Plans des Konzerns bzw. der Bank. Der Aufsichtsrat genehmigt die mittelfristige Absicht hinsichtlich der Dividendenhöhe bzw. einer etwaigen Anpassung des gezeichneten Kapitals, der Gewinnrücklagen sowie der Entwicklung und Höhe des erwarteten Gewinns.

Der Konzern bzw. die Bank ist sowohl zum 31. Dezember 2010 als auch zum 31. Dezember 2009 der regulativen Anforderung an die Kapitalangemessenheit nachgekommen.

(44) SCHÄTZUNG DES BEIZULEGENDEN ZEITWERTES

Der beizulegende Zeitwert der notierten Wertpapiere (Staatsanleihen) ist mit ihrem an der Wertpapierbörse in Bratislava ermittelten Marktwert identisch.

Der beizulegende Zeitwert der notierten Wertpapiere (Schatzscheine) wurde als theoretischer, auf Basis der Restlaufzeit und des entsprechenden Geldmarktsatzes ermittelter Preis festgelegt. Der dabei verwendete Abzinsungssatz belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 0,71% p.a. (zum 31. Dezember 2009 hatte der Konzern bzw. die Bank keine Schatzscheine gehalten).

Der beizulegende Zeitwert der an Kunden gewährten Darlehen und der von ihnen erhaltenen Spareinlagen ist anhand der Bewertungsmethoden bestimmt. Künftige Werte der Darlehen und Spareinlagen werden auf Basis des vereinbarten Zinssatzes und der erwarteten Restlaufzeit berechnet. Die in dieser Art und Weise berechneten Werte sind mit dem für einzelne Zeitabstände der Restlaufzeit geltenden Marktzinssatz abgezinst, wobei der Marktzinssatz auf Basis der aktuellen Zinssätze für ähnliche neu gewährte Darlehen auf dem Markt (Hypothekendarlehen und andere Darlehen für Immobilien) bzw. ähnliche erhaltene Einlagen (Termineinlagen) bestimmt wird. Zum 31. Dezember 2010 betrug der angewandte durchschnittliche Abzinsungssatz 6,61% p.a. (zum 31. Dezember 2009: 7,80% p.a.)

Der beizulegende Zeitwert einzelner Klassen von finanziellen Vermögensgegenständen und finanziellen Verpflichtungen ist im Abschnitt (6) – Analyse finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen nach Bewertungskategorien beschrieben.

(45) BEDEUTENDE EREIGNISSE NACH DEM ABSCHLUSSSTICHTAG

Nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Tag der Genehmigung dieses Jahresabschlusses zur Veröffentlichung keine Vorgänge ereignet, die einen wesentlichen Einfluss auf die wahrheitsgetreue Darstellung der Sachverhalte, die Gegenstand der Buchführung sind, gehabt hätten.

Die hohe Qualität der Tätigkeit der PSS in 2010 wurde auch durch den 2. Platz in der Rangliste Bank des Jahres 2010 bestätigt – dieser Jahrespreis wird vom Wirtschaftswochenblatt TREND für außerordentliche unternehmerische Ergebnisse verliehen. Die Bedeutung dieser Auszeichnung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass sich die PSS, im Gegensatz zu ihren meisten Wettbewerbern, ausschließlich auf ein einziges Produkt – das Bausparen – konzentriert.

7. Berichte

Die hohe Qualität der Tätigkeit der PSS in 2010 wurde auch durch den 2. Platz in der Rangliste Bank des Jahres 2010 bestätigt – dieser Jahrespreis wird vom Wirtschaftswochenblatt TREND für außerordentliche unternehmerische Ergebnisse verliehen. Die Bedeutung dieser Auszeichnung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass sich die PSS, im Gegensatz zu ihren meisten Wettbewerbern, ausschließlich auf ein einziges Produkt – das Bausparen – konzentriert.

Die hohe Qualität der Tätigkeit der PSS in 2010 wurde auch durch den 2. Platz in der Rangliste Bank des Jahres 2010 bestätigt – dieser Jahrespreis wird vom Wirtschaftswochenblatt TREND für außerordentliche unternehmerische Ergebnisse verliehen. Die Bedeutung dieser Auszeichnung wird durch die Tatsache unterstrichen, dass sich die PSS, im Gegensatz zu ihren meisten Wettbewerbern, ausschließlich auf ein einziges Produkt – das Bausparen – konzentriert.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. („PSS“) hat sich während des Jahres 2010 zu zwei Sitzungen zusammengefunden. Daneben war er während des ganzen Jahres durch regelmäßige Berichte fortlaufend über die Wirtschaftstätigkeit der PSS unterrichtet, sowie über die Auswirkungen der finanziellen Weltkrise auf die PSS, a.s. Fragen von grundsätzlicher Bedeutung wurden persönlich mit dem Vorstand der PSS besprochen.

Die zum 31. Dezember 2010 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, der Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2010, sowie der Vorschlag zur Festlegung der Tantieme 2010 waren Gegenstand der Sitzung des Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates am Sitz der PSS am 7. März 2011. Der Prüfungsausschuss stimmte den vorgelegten (Einzel- sowie Konzernabschluss) Jahresabschlüssen für das Jahr 2010, dem Vorschlag für die Verwendung des Gewinns, sowie dem Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2010 zu. Sämtliche besprochenen Dokumente wurden für die Sitzung des Aufsichtsrates empfohlen.

Der Aufsichtsrat überprüfte im Sinne des § 198 HGB auf seiner am 8. April 2011 am Sitz der PSS stattgefundenen Sitzung die zum 31. Dezember 2010 nach den IFRS aufgestellten ordentlichen Jahresabschlüsse (Einzel- sowie Konzernabschluss) der PSS, die alle von PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. geprüft wurden, sowie den Vorschlag für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2010 und den Vorschlag der Festlegung der Tantieme 2010.

Der Abschlussprüfer nahm ebenfalls an dieser Sitzung des Aufsichtsrates teil und stand den Aufsichtsratsmitgliedern für die Beantwortung ihrer Fragen zur Verfügung. Die Prüfungsberichte über die durchgeführten Prüfungen der obigen Jahresabschlüsse der PSS für das Jahr 2010 wurden rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrates dessen Mitgliedern übergeben.

Nach der Überprüfung der zum 31. Dezember 2010 aufgestellten ordentlichen Einzel- und Konzernabschlüsse der PSS, sowie des Vorschlags für die Verwendung des Gewinns des Jahres 2010 und des Vorschlags der Festlegung der Tantieme 2010, erhob der Aufsichtsrat keine Einwände und erteilte die Genehmigung, die genannten Dokumente der Hauptversammlung der Aktionäre der PSS vorzulegen.

Der Aufsichtsrat bedankt sich beim Vorstand und bei allen internen sowie externen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre im Jahr 2010 geleistete Arbeit.



Ehrhard Steffen
Aufsichtsratsvorsitzender

Bratislava, 8. April 2011



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat sowie den Vorstand der Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.:

Wir haben den beigefügten Einzelabschluss der Gesellschaft Prvá stavebná sporiteľňa, a.s. (die „Bank“) sowie den Konzernabschluss der Bank und ihrer Tochtergesellschaften (der „Konzern“) geprüft, die aus den Bilanzen zum 31. Dezember 2010, den Gewinn- und Verlustrechnungen, den Gesamtergebnisrechnungen, den Aufstellungen über Veränderungen des Eigenkapitals und den Kapitalflussrechnungen für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, einer Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie anderen erläuternden Anhangangaben bestehen.

Verantwortung des Vorstands für die Jahresabschlüsse

Der Vorstand ist für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Jahresabschlüsse in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, sowie für solche internen Kontrollsysteme verantwortlich, welche der Vorstand für die Aufstellung von Jahresabschlüssen für erforderlich erachtet, der frei von wesentlichen, durch Betrug oder Fehler verursachten Fehlaussagen sind.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Verantwortung ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Jahresabschlüsse abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung unter Beachtung der International Standards on Auditing vorgenommen. Danach haben wir ethischen Grundsätzen zu folgen und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Jahresabschlüsse frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Eine Prüfung schließt die Vornahme von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Nachweisen über die Wertansätze und Angaben in den Jahresabschlüssen ein. Bei der Festlegung von Prüfungshandlungen wird das Risiko von wesentlichen Fehlaussagen in den Jahresabschlüssen aufgrund von Betrug oder Fehlern berücksichtigt. Bei der Beurteilung dieses Risikos berücksichtigt der Abschlussprüfer die für die Aufstellung und angemessene Darstellung der Jahresabschlüsse relevanten internen Kontrollen, um hierauf aufbauend die entsprechenden Prüfungshandlungen zu bestimmen, jedoch nicht, um eine Beurteilung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, der wesentlichen Einschätzungen rechnungslegungsrelevanter Sachverhalte durch den Vorstand sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresabschlüsse.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns eingeholten Prüfungsnachweise eine hinreichende und angemessene Grundlage für unsere Beurteilung bilden.

Beurteilung

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Einzelabschluss und der Konzernabschluss unter Beachtung der International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, ein in allen wesentlichen Aspekten den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Bank und des Konzerns zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr.

PricewaterhouseCoopers Slovensko s.r.o.

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
Lizenz der SKAU Nr. 161
Bratislava, 7. Februar 2011



Eva Hupková

Ing. Eva Hupková
Lizenz der SKAU Nr. 672

Unser Bestätigungsvermerk wurde in slowakischer und deutscher Sprache erstellt. In allen Fragen der Interpretation von Informationen, Auffassungen oder Einschätzungen hat die slowakische Version unseres Bestätigungsvermerks Vorrang vor der deutschen Version.

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o., Námestie 1. mája 18, 815 32 Bratislava, Slovak Republic
T: +421 (0) 2 59350 111, F: +421 (0) 2 59350 222, www.pwc.com/sk

The company's ID (IČO) No. 35739347.
Tax Identification No. of PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. (DIČ) 2020270021.
VAT Reg. No. of PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o. (IČ DPH) SK2020270021.
Spoločnosť je zapísaná v Obchodnom registri Okresného súdu Bratislava 1, pod viozkou č. 16611/B, oddiel: Sro.
The company is registered in the Commercial Register of Bratislava 1 District Court, ref. No. 16611/B, Section: Sro.



**Bericht über die Überprüfung der Übereinstimmung
des Geschäftsberichts mit dem Jahresabschluss
gemäß § 23 des slowakischen Gesetzes Nr. 540/2007 GBL.
(Zusatz zum Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers)**

An die Aktionäre, den Aufsichtsrat sowie den Vorstand der Prvá stavebná sporiteľňa, a. s.:

Wir haben den auf den nachfolgenden Seiten 62 – 127 aufgeführten Konzern- und Einzelabschluss (im Folgenden „der Jahresabschluss“) der Prvá stavebná sporiteľňa, a. s. (im Folgenden „die Gesellschaft“) zum 31. Dezember 2010 geprüft und unter dem Datum des 7. Februar 2011 hierzu einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der auf Seite 130 wiedergegeben ist.

Gemäß den Bestimmungen des slowakischen Gesetzes Nr. 431/2002 GBL über die Rechnungslegung in der geltenden Fassung haben wir ebenfalls überprüft, ob die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 enthaltenen buchhalterischen Informationen mit dem oben bezeichneten geprüften Jahresabschluss übereinstimmen.

Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft für den Geschäftsbericht

Der Vorstand der Gesellschaft ist für die Erstellung, Richtigkeit und Vollständigkeit des Geschäftsberichts gemäß dem slowakischen Rechnungslegungsgesetz verantwortlich.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers für die Überprüfung der Übereinstimmung des Geschäftsberichts mit dem Jahresabschluss

Unsere Verantwortung ist es, ein Urteil darüber abzugeben, ob die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 enthaltenen buchhalterischen Informationen in allen wesentlichen Aspekten mit dem geprüften Jahresabschluss übereinstimmen. Wir haben die Überprüfung unter Beachtung der International Standards on Auditing vorgenommen. Danach haben wir ethischen Grundsätzen zu folgen und die Überprüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Geschäftsbericht frei von buchhalterischen Informationen ist, die wesentlich von den Angaben im Jahresabschluss abweichen.

Der Umfang der Arbeiten umfasst Handlungen zur Überprüfung, ob die im Geschäftsbericht enthaltenen buchhalterischen Informationen mit den Angaben im Jahresabschluss übereinstimmen. Die ausgewählten Arbeitsschritte hängen von der Einschätzung des Wirtschaftsprüfers ab, einschließlich der Beurteilung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen im Geschäftsbericht aufgrund von Betrug oder Fehlern. Bei der Beurteilung dieses Risikos berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer die für die Aufstellung und angemessene Darstellung des Geschäftsberichts relevanten internen Kontrollen, um hierauf aufbauend die entsprechenden Überprüfungshandlungen zu bestimmen, jedoch nicht, um eine Beurteilung über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben. Die im Geschäftsbericht enthaltenen Angaben und Informationen, die nicht aus dem Jahresabschluss entnommen wurden, haben wir nicht überprüft.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns durchgeführten Arbeiten eine hinreichende und angemessene Grundlage für unsere Beurteilung bilden.

Beurteilung

Nach unserer Überzeugung stimmen die im Geschäftsbericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2010 enthaltenen buchhalterischen Informationen in allen wesentlichen Aspekten mit dem oben bezeichneten geprüften Jahresabschluss überein.

PricewaterhouseCoopers Slovensko
PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o.
Lizenz der SKAU Nr. 161



Hupková
Ing. Eva Hupková
Lizenz der SKAU Nr. 672

Bratislava, den 4. April 2011

Unser Bericht wurde in slowakischer und deutscher Sprache erstellt. In allen Fragen der Interpretation von Informationen, Auffassungen oder Einschätzungen hat die slowakische Version unseres Berichts Vorrang vor der deutschen Version.

PricewaterhouseCoopers Slovensko, s.r.o., Námestie 1. mája 18, 815 32 Bratislava, Slowakei
Telefon: +421 (0)2 59350 111, Fax: +421 (0)2 59350 222, www.pwc.com/sk

Identifikationsnummer (IČO): 35 739 347
Steuernummer (DIČ): 2020270021
Umsatzsteuer-ID (IČ DPH): SK2020270021

Spoločnosť je zapísaná v Obchodnom registri Okresného súdu Bratislava I pod vložkou č. 16611/B, oddiel: Sro.
Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Bezirksgerichts Bratislava I unter Einlage Nr. 16611/B, Abteilung: Sro eingetragen.

As a measure of the high standards in operation, PSS,a.s., for 2010 was ranked in second place as the Bank of for the Year 2010 – annual award from the weekly Trend, awarded for superior trade operation. The merit of the award is increased by the fact that compared to its competition PSS,a.s. solely concentrates on building savings.

8. Résumé

As a measure of the high standards in operation, PSS,a.s., for 2010 was ranked in second place as the Bank of for the Year 2010 – annual award from the weekly Trend, awarded for superior trade operation. The merit of the award is increased by the fact that compared to its competition PSS,a.s. solely concentrates on building savings.

The year 2010, was globally, the third year of the financial and economical crises. It was however the first year of economic growth. In Slovakia GDP growth, like it had been up to 2008, was the strongest within the European Union. Macro economic turnaround to the better was not by far as prevalent in the corporate sector or in household income or employment growth. The stagnation in the real estate sector continued, mainly in the area of demand for new developments with larger floor plans, even after the lowering of prices it stayed unattainable. On the other hand even though there was a continuation in the crisis of the real estate market, there was a rebirth in the use of bank products for the financing of homes.

From the view point of growth in the economic sector and mainly the stagnation of the real estate market, 2010 was for Prva stavebná sporiteľňa, a.s. (PSS, a.s.) very successful. As a measure of the high standards in operation, PSS, a.s., for 2010 was ranked in second place as the Bank of the Year 2010 – annual award from the weekly Trend, awarded for superior trade operation. The merit of the award is increased by the fact that compared to its competition PSS, a.s. solely concentrates on building savings.

Mission

The corporate mission of PSS, a.s. is in the long term increasing of the standard of living in Slovakia for its citizens, so that it gradually reaches a European level. PSS, a.s. understands this mission as a service for its clients. Each of its steps is planned and realized with the client in mind and the expectations of the public in regard to its activities. In every case it acts so as to retain its clients satisfaction and correct relations with partners and in keeping its good name, which for the term of its existence has not been doubted.

Basic information

Prva stavebná sporiteľňa is a joint stock company with its corporate domicile in Bratislava on Bajkalská Street 30. The company was founded by its incorporation, at the registrar of companies on October 15, 1992. The company started its operations on November 16, 1992. It has the following governing bodies: general assembly, board of directors and a supervisory board. For the year 2010 the board of directors was represented by: Ing. Imrich Béreš (on behalf of the shareholders of Slovenská sporiteľňa, a.s., the Slovak Republic and Erste Group Bank AG, Austria; performing in the Chairman position), Mag. Herbert G. Pfeiffer (on behalf of Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH. shareholder, Vienna, Austria; performing as a member of the board of directors) and Dipl. Ing. Erich Feix (on behalf of Bausparkasse Schwäbisch Hall AG shareholder, Germany; performing as a member of the board of directors).

Home construction and building savings

Home construction in Slovakia for 2010 to an extent copied that of the year 2009. Therefore in the previous years of expansion in home construction brought another decline in 2010. As public records from the Statistics Office of the Slovak Republic (SR) show, until December of 2010, in Slovakia there was initiated the construction of 16,211 homes, completed were 17,076 homes and in a construction state stayed 66,596 homes. In comparison to the same time in 2009 there is a decline in new homes of 20.2% and for finished homes a decline of 9.3%. Traditionally the most homes were completed in the Bratislava region (5,222) and in Trnava region (2,715). Reversely the least amount of finished homes was registered in the Banskobystrica region (888).

In comparison to previous years, 2010 should a real expansion in loans for living. According to information from the National Bank of Slovakia, in 2010 banks through loan and mortgage financing lent more than three billion Euro. The tendency of rocketing growth for housing loans also mirrored in the financial results of PSS, a.s., who in the year 2010 gave out 24,398 loans for housing which

represents a yearly growth of 48%. An absolute record for PSS, a.s., was in the volume of offered loans for housing which reached €428.2 million. Not only does it represent a yearly growth of 68% but also at the same time it is the largest volume of finances in the entire 18-year history of the largest building and savings institution in Slovakia. PSS,a.s. solidified in 2010 its position as a leader in the market of building and savings and in a wider content its position as the most important financial institution on the Slovak market geared toward home financing.

Building savings for the year 2010 – Private individuals

In 2010 PSS. a.s. concluded 200,465 new contracts with private individuals for building savings with a total amount of target amount in €1.68 billion, with the average target amount of €8,378. More than 20% of new contracts (40,711) were concluded under Junior Extra program. The number of building savings customers to the end of 2010 reached 818,122, whereas their deposits amounted to €1.74 billion. At the same time, PSS a.s. executed 24,231 termination of contracts bound for the purpose of saving financial resources.

In the area of loans, in 2010, PSS a.s. for its clients (individual clients) approved 3,599 building loans in the amount of €30.49 million and 20,507 bridge loans in the amount of €369.48 million. In total, PSS,a.s. gave individual clients for the year 2010, for housing needs €456.47 million, the largest part of these resources was almost €196.73 million which were used by clients for the modernization and reconstruction of homes. Another €92.71 million was invested into the purchasing of new apartments or houses, for new developments it was in an amount of €23.73 million. For other, specifically apartments, it was €143.29 million.

Building savings for the year 2010 – Legal entities

For the year 2010 PSS,a.s. concluded with building savings for legal entities 758 new contracts for building savings in the amount of €60.23 million. The average target amount for these contracts was €79,459. At the end of 2010, the number of building savings customers – legal entities reached 2,303, whereas their deposits amounted to €52.3 million. At the same time, PSS a.s. executed 54 termination of contracts bound for the purpose of saving financial resources.

In 2010, PSS a.s. for its clients (legal entities) approved 292 building loans and bridge loans in the amount of €28.27 million. In total, PSS a.s., gave legal entity clients for the year 2010, for housing needs, €28.9 million. The largest part of these resources €24.27 million was used by clients for the modernization and reconstruction. Another €4.63 million was invested in other building needs.

What is new for 2010

Private Individuals

The first activities of PSS,a.s. was to offer building savers – Private individuals February –March program of “Euro on top”. Another broadening of offers for this group of building savers was the devotion bonus (February – December 2010) and the option of concluding a new or continuing contract for building savings without additional fees (September 2010). Thanks to this, customers could save up to €50. 2010 also brought with it an easier ability to offer loans as also special options (April – June 2010) to apply for a loan with an interest rate of 1.99% p.a. which PSS,a.s. guaranteed until the end of 2010

Legal entities

In the area of building savers – legal entities, even in 2010 PSS,a.s. concentrated a higher level of attention to co-operative residential and commercial building owners (SVB), apartment associations (BD) and other building administrators (SBO). From February 2010 PSS,a.s. implemented for these groups loan programs. From April until July 2010, these entities (SVB, BD and SBO) had the opportunity to attain a loan with interest rate of 1.99% p.a., which was guaranteed by PSS,a.s. For September until December of the same year interest rates on loans for 3.99% p.a. guaranteed until the end of 2011.

From the June 1 until December 31, Legal representatives of SVB, BD and SBO could conclude contracts for building savings without additional fees. From November 10 there was a change in the terms for XXL loans program for SVB, BD and SBO in the form of better interest rates.

Employees

Up to December 31, 2010, PSS,a.s. employed 413 people including 26 employees on maternity leave. From this amount 388 employees worked at headquarters of PSS,a.s. in Bratislava, and 25 at seven regional branches. At PSS a.s. the majority of employees are women which from the total amount is 266 employees, and accounts for 64.4% of employees. At the same time women make up 41.5% of managerial positions In the 2010 the average age of employees was 41.3 years old. From the viewpoint of education, the majority of employees, up to 56%, have a higher education (University degree).

In the management system, including evaluation of employees, PSS,a.s. implemented Management by Objectives (MbO). The reason for using this system is to achieve higher capacity of employees, as also a higher interest in the development of the company and their own self.

Sales Network

Organizational work of the sales network of PSS a.s. is managed by the company internally through its own sales system. Offensive sales were divided in 2010 into eleven levels. In 2010 there was no organizational change in the sales network, however preparations are being made to take into affect from January 1, 2011. For the year 2010 within Slovakia there are 7 regional branches of PSS,a.s. supported by 7 mini regional branches (Bratislava, Nitra, Banská Bystrica, Trenčín, Žilina, Košice, Prešov). Operations of the sales network are managed by the Director of Sales Department. External sales network of PSS,a.s. up to the 31 of December 2010, was made up of 1,169 sales representatives – bound financial agents. Services of this specialized bank for the support of development in housing could be accessed by clients at 366 offices of sales representatives of PSS,a.s. throughout all of Slovakia.

The biggest change to the sales network policies of PSS, a.s. for 2010 was the implementation of two laws, and that Act No. 186/2009 Coll. on financial brokering and financial consulting, and Act. No. 129/2010 Coll. on commercial loans and other loans products for consumers and changes to supporting Acts. Both of these laws supported higher professionalism in the sales network of PSS,a.s.. On the other hand this caused a decrease in sales force of approximately 15%.

Philanthropy

Good results, which are achieved every year by PSS,a.s., allow for the realization in the area of philanthropy and charity and return part of our economic success to Slovakia and its citizens. As a proof that PSS,a.s. is not frivolous to the needs of people who require help of the "Stronger" is a third place in the TOP company philanthropy 2010 rating.

For the year of 2010 PSS,a.s. supported almost 180 projects of organizations, charities and individuals, for which was offered more than €163,000. Among the main supported organizations and projects were: supporting families and citizens affected by flooding (€13,000); Children's Fund of SR (€10,000 for the project Konto bariery); the coalition against cancer of SR (€7,000 to arrange 14 years of the public collection of funds: Den Narcisov); union for the blind and weak sighted (€3,500 training of seeing eye dogs); congress of ordain sister serving Virgin Marie, Presov (€3,300 reconstruction of building serving for social - health care); Social house for autism and families, Bratislava (€3,000 for activity); Galant, n.o., Bratislava (€1,350 purchase of anti-decubitus mattress's for the handicapped clients of DDS); Plamienok, n.o., Bratislava (€1,000 purchase of medication); EF-FETA – private centre for pedagogical consultancy (€1,000 purchase of special program FONO2).

Further support from the side of PSS,a.s. is in the form of Fund PSS,a.s. for the development of housing trade in SR. Founded in 2004 and from 2005 manages financial resources in the amount of €166 thousand p.a.. Up to the end of 2010 Fond PSS,a.s. approved for development of housing trade in Slovakia the support of 114 projects in a total amount of €1.15 million. One of the most interesting projects supported by the fund in 2010 was Hodina deťom – Guarantee program, which goal is to offer immediate assistance to children who are in crisis situations, respectively to prevent such situations. As also partnering in the program of cultural project, which goal is to bring attention to important cultural and environmental heritage in the Carpathian region and support saving and re-cultivating this region through increased interest and proadness. Thus saving for future generations.

Outlook for 2011

In 2011 Prva stavebná sporiteľňa ,a.s. plans to conclude 204,540 contracts for building savings with the average target amount of €9.7 thousand, which translates to a total target amount of €1.98 billion. Deposits of savings clients are expected by PSS,a.s. to be in the amount of €449 million and expects to give approx. 24,960 building loans and bridge loans. Financial resources designated for the financing of housing development shall reach €476 million and shall be paid out in the form of building loans, bridge loans, contracts for building savings, as also for early designated use of resources for building savings.

Consolidated and Separate Balance Sheet as of 31 December 2010 (in thousands of EUR)

	Note	2010		2009	
		Group	Bank	Group	Bank
ASSETS					
Due from the National Bank of Slovakia	7	444	444	6,445	6,445
Available-for-sale securities – government bonds	8	83,193	83,193	53,788	53,788
Due from other banks	9	96,405	95,149	111,267	108,294
Securities held to maturity	10	137,516	137,516	96,556	96,556
Loans to customers	11	1,735,978	1,735,978	1,665,085	1,667,158
Investment in subsidiaries	12	-	2,977	-	3,383
Available-for-sale securities – shares	8	149	149	149	149
Premises and equipment	13	29,892	28,337	32,530	29,829
Investment properties	14	1,136	1,136	1,126	1,126
Intangible assets	15	11,759	11,759	11,357	11,357
Current income tax prepayment		2,259	2,303	1,331	1,323
Deferred tax asset	16	12,773	12,875	10,857	10,880
Other financial assets	17	2,354	2,171	1,318	1,318
Other non-financial assets	18	10,761	10,751	8,368	8,339
TOTAL ASSETS		2,124,619	2,124,738	2,000,177	1,999,945
LIABILITIES AND EQUITY					
Due to other banks	19	2,301	2,301	6,340	6,340
Issued bonds	20	33,450	33,450	33,429	33,429
Customers' savings deposits	21	1,801,733	1,801,733	1,673,577	1,673,577
Other liabilities to customers	22	4,415	4,415	5,143	5,143
Provisions for liabilities	23	12,511	12,511	11,614	11,614
Other financial liabilities	24	5,334	5,350	6,153	6,151
Other non-financial liabilities	25	11,986	11,983	10,623	10,618
Total liabilities		1,871,730	1,871,743	1,746,879	1,746,872
Share capital		66,500	66,500	66,500	66,500
Legal reserve fund		19,536	19,485	19,536	19,485
Other reserves		22,278	22,278	22,283	22,283
Revaluation reserve for available-for-sale financial assets		1,878	1,878	1,386	1,386
Retained earnings from prior periods		113,673	113,499	115,611	115,315
Profit for the current period		29,024	29,355	27,982	28,104
Total equity	26	252,889	252,995	253,298	253,073
TOTAL LIABILITIES AND EQUITY		2,124,619	2,124,738	2,000,177	1,999,945

Consolidated and Separate Income Statement for the year ended 31 December 2010 (in thousand of EUR)

	Note	2010		2009	
		Group	Bank	Group	Bank
Interest income	27	115,814	115,813	113,264	113,339
Interest expense	27	(-49,693)	(-49,693)	(-44,175)	(-44,175)
Net interest income		66,121	66,120	69,089	69,164
Revenue from services and fee and commission income	28	27,466	27,462	23,731	23,723
Fee and commission expense	28	(-179)	(-179)	(-420)	(-420)
Net fee and commission income		27,287	27,283	23,311	23,303
Services purchased and similar costs	29	(-18,323)	(-18,285)	(-18,884)	(-18,854)
Employee benefits expense	30	(-15,534)	(-15,534)	(-15,381)	(-15,380)
Depreciation of premises and equipment, intangible assets and investment properties		(-3,820)	(-3,814)	(-4,115)	(-4,107)
Other operating costs	31	(-5,021)	(-5,014)	(-5,100)	(-5,096)
Other operating income	32	1,299	1,179	1,170	1,178
Profit before impairment and similar losses		52,009	51,935	50,090	50,208
Impairment losses and losses on write-offs or disposals of loans	33	(-11,688)	(-11,688)	(-13,382)	(-13,382)
Impairment losses and write offs of other assets	34	(-3,313)	(-3,033)	(-927)	(-927)
Profit before tax		37,008	37,214	35,781	35,899
Income tax expense	35	(-7,984)	(-7,859)	(-7,799)	(-7,795)
Profit after tax		29,024	29,355	27,982	28,104

Consolidated and Separate Statement of Comprehensive Income for the year ended 31 December 2010 (in thousand of EUR)

	Note	2010		2009	
		Group	Bank	Group	Bank
Profit after tax		29,024	29,355	27,982	28,104
Other comprehensive income:					
Revaluation reserve for available-for-sale financial assets, net of deferred tax EUR 115 ths. (2009: EUR 303 ths.)	16	492	492	1,294	1,294
other comprehensive income Total		492	492	1,294	1,294
TOTAL COMPREHENSIVE INCOME		29,516	29,847	29,276	29,398

Consolidated Statement of Changes in Equity for the year ended 31 December 2010 (in thousands of EUR)

CHANGES IN EQUITY	Share capital	Legal reserve fund	Other reserves	Revaluation reserve for available-for-sale financial assets	Retained earnings from prior years	Profit for the period	Total equity
Balance at 1 January 2009	66,388	19,532	22,372	92	123,345	22,488	254,217
Profit after tax for the year 2009	-	-	-	-	-	27,982	27,982
Other comprehensive income for the year 2009	-	-	-	1,294	-	-	1,294
Total comprehensive income for the year 2009	-	-	-	1,294	-	27,982	29,276
Transfer of 2008 profit	-	-	-	-	22,488	(-22,488)	-
Contribution to Legal reserve fund	-	4	-	-	(-4)	-	-
Increase of share capital from retained earnings	112	-	-	-	(-112)	-	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(-89)	-	89	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(-29,875)	-	(-29,875)
Other movements	-	-	-	-	(-320)	-	(-320)
Balance at 31 December 2009	66,500	19,536	22,283	1,386	115,611	27,982	253,298
Balance at 1 January 2010	66,500	19,536	22,283	1,386	115,611	27,982	253,298
Profit after tax for the year 2010	-	-	-	-	-	29,024	29,024
Other comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	-	492
Total comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	29,024	29,516
Transfer of 2009 profit	-	-	-	-	27,982	(-27,982)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(-5)	-	5	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(-29,925)	-	(-29,925)
Balance at 31 December 2010	66,500	19,536	22,278	1,878	113,673	29,024	252,889

Statement of Changes in Bank's Equity for the year ended 31 December 2010 (in thousands of EUR)

CHANGES IN EQUITY	Share capital	Legal reserve fund	Other reserves	Revaluation reserve for available-for-sale financial assets	Retained earnings from prior years	Profit for the period	Total equity
Balance at 1 January 2009	66,388	19,485	22,372	92	122,794	22,739	253,870
Profit after tax for the year 2009	-	-	-	-	-	28,104	28,104
Other comprehensive income for the year 2009	-	-	-	1,294	-	-	1,294
Total comprehensive income for the year 2009	-	-	-	1,294	-	28,104	29,398
Transfer of 2008 profit	-	-	-	-	22,739	(-22,739)	-
Increase of share capital from retained earnings	112	-	-	-	(-112)	-	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(-89)	-	89	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(-29,875)	-	(-29,875)
Other movements	-	-	-	-	(-320)	-	(-320)
Balance at 31 December 2009	66,500	19,485	22,283	1,386	115,315	28,104	253,073
Balance at 1 January 2010	66,500	19,485	22,283	1,386	115,315	28,104	253,073
Profit after tax for the year 2010	-	-	-	-	-	29,355	29,355
Other comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	-	492
Total comprehensive income for the year 2010	-	-	-	492	-	29,355	29,847
Transfer of 2009 profit	-	-	-	-	28,104	(-28,104)	-
Movement of Reserves for charitable purposes	-	-	(-5)	-	5	-	-
Dividends declared and paid	-	-	-	-	(-29,925)	-	(-29,925)
Balance at 31 December 2010	66,500	19,485	22,278	1,878	113,499	29,355	252,995

Consolidated and Separate Statement of Cash Flows for the year ended 31 December 2010 (in thousand of EUR)

	Note	2010		2009	
CASH FLOW STATEMENT ITEMS		Group	Bank	Group	Bank
Interest income received		117,596	117,595	114,703	114,779
Interest paid		(-46,526)	(-46,526)	(-44,269)	(-44,269)
Fees and commissions received*		40,676	40,676	37,635	37,635
Fees and commissions paid*		(-15,701)	(-15,701)	(-15,744)	(-15,744)
Staff costs and other operating costs paid		(-33,186)	(-33,129)	(-33,741)	(-33,694)
Other payments		(-3,773)	(-3,759)	(-3,706)	(-3,706)
Proceeds from sale of loans receivable		539	539	782	782
Collection of receivables previously written off	33	-	-	36	36
Income tax paid, including prepayments		(-10,949)	(-10,949)	(-19,264)	(-19,256)
Cash flows from operating activities before changes in operating assets and liabilities		48,676	48,746	36,432	36,563
Net increase in operating assets:		(-88,683)	(-86,425)	(-22,772)	(-22,747)
Net decrease of minimum reserve deposits with National Bank of Slovakia		-	-	2,807	2,807
Net increase of loans to customers		(-85,991)	(-83,918)	(-24,857)	(-24,857)
Net increase of other assets		(-2,647)	(-2,462)	(-817)	(-792)
Net (increase)/decrease of accrued income		(-45)	(-45)	95	95
Net increase in operating liabilities:		123,753	123,753	50,506	50,503
Net increase of liabilities to customers		125,450	125,450	54,314	54,314
Repayment of amounts due to other banks		(-2,380)	(-2,380)	(-2,847)	(-2,847)
Net increase/(decrease) of other liabilities		429	429	(-987)	(-987)
Net increase of accrued liabilities		254	254	26	23
Cash flows from operating activities		83,746	86,074	64,166	64,319
Payments for purchased premises and equipment and intangible assets		(-5,028)	(-4,877)	(-4,413)	(-4,080)
Proceeds from disposals of premises and equipment and intangible assets		633	2	20	20
Purchase of held to maturity investments		(-109,790)	(-109,790)	(-19,991)	(-19,991)
Proceeds from matured investments held to maturity		69,386	69,386	-	-
Purchase of available-for-sale securities		(-28,288)	(-28,288)	-	-
Share capital contribution to subsidiary		-	(-130)	-	-
Cash flows from investing activities		(-73,087)	(-73,697)	(-24,384)	(-24,051)
Dividends paid		(-29,925)	(-29,925)	(-29,875)	(-29,875)
Cash flows from financing activities		(-29,925)	(-29,925)	(-29,875)	(-29,875)
NET CASH FLOWS		(-19,266)	(-17,548)	9,907	10,393
Opening balance of cash and cash equivalents		111,694	108,721	101,787	98,328
Closing balance of cash and cash equivalents	36	92,428	91,173	111,694	108,721
Net increase in cash and cash equivalents		(-19,266)	(-17,548)	9,907	10,393

*part of the fees included in the lines "Fees and commissions received" and "Fees and commissions paid" enters into calculation of effective interest rate from Loans to customers and Customers' savings deposits respectively